

38-B-1197

A. Jugow

# Fünfjahresplan

Mit einem Nachwort von  
Theodor Dan

**Dr. LUDWIG CZECH**  
Brünn, Parkstraße 24.

1 9  3 1

J. H. W. Dietz Nachfolger G. m. b. H.  
Berlin SW 68

Aus dem  
russischen Manuskript  
ins Deutsche übertragen  
von  
Dr. Arkadij Gurland

ÚSTŘEDNÍ KNIHOVNA  
PRÁVNICKÉ FAKULTY UJEP  
STARÝ FOND  
C. inv.: 033660

Alle Rechte vorbehalten!

Copyright 1931

by J. H. W. Dietz Nachfolger, G.m.b.H., Berlin

Druck: Westdeutsche Verlagsdruckerei G.m.b.H., Düsseldorf

# Inhalt

1. Der Sieg der „Generallinie“ .....	5
2. Der Kampf um die Planwirtschaft .....	8
3. Der Fünfjahresplan und seine Durchführung	
a) Industrie und Eisenbahnen .....	15
b) Landwirtschaft .....	25
c) Markt und Versorgung der Bevölkerung .....	32
d) Finanzen und Geldwirtschaft .....	36
e) Arbeit .....	42
f) Soziale und kulturelle Entwicklung .....	47
g) Fünfjahresplan und Weltwirtschaft .....	50
4. Probleme der Industrie .....	53
5. Fünfjahresplan und Kollektivisierung .....	62
6. Das Kaderproblem und das agrarische Uebervölkerungs- problem .....	83
7. Finanzprobleme .....	90
8. Organisierte Planwirtschaft im Sowjetstaat? .....	97
9. Wirtschaftsaufbau und Massenschicksal .....	103
10. Die Sowjetunion – ein Land des werdenden Sozialismus? .....	110
Theodor Dan: Wohin steuert die „Generallinie“? .....	123

# 1. Der Sieg der „Generallinie“

Gegen Ende 1928 war die wirtschaftliche Situation der Sowjetunion so schwierig geworden, daß die Unumgänglichkeit entschiedener Maßnahmen sogar für die regierenden Schichten des Sowjetstaates offensichtlich wurde. Die Politik der gesteigerten Industrialisierung konnte nicht weitergeführt werden, ohne daß gleichzeitig die Voraussetzungen für die Hebung der Landwirtschaft als der einzigen Sphäre, in der eine bedeutende und relativ schnelle Kapitalbildung möglich sein könnte, geschaffen wurden. Daß die Hebung der Arbeitsproduktivität und der Lebenshaltung der 120 Millionen Bauern die beste und stabilste Grundlage für das Wachstum der Industrie und zugleich auch die Quelle des Wohlstandes für das ganze Land ist: diese Ansicht, die früher nur von den russischen Sozialdemokraten und einzelnen Wirtschaftspolitikern des Sowjetstaates vertreten wurde, fand zu dieser Zeit ihre Wortführer auch unter führenden Kommunisten wie Rykov, Bucharin, Tomskij und anderen Vertretern der Rechtsopposition innerhalb der KP. der SU.

Aber Stalin und seine Anhänger konnten sich nicht entschließen, diesen Weg zu beschreiten. Sie begriffen, daß die Entfesselung der privaten Initiative und des privaten Unternehmergeistes auf dem flachen Lande das Erstarken des privatwirtschaftlichen Sektors innerhalb der Gesamtwirtschaft zur Folge haben müßte, daß sich dann grundlegende Zugeständnisse auf politischem Gebiete nicht mehr vermeiden lassen würden und daß schließlich die Frage der Beseitigung der Diktatur auf diese Weise in den Vordergrund treten würde. Andererseits waren auch die Stimmungen der kommunistischen „Linksoption“ von einiger Bedeutung, die die geplanten Zugeständnisse gegenüber der Bauernwirtschaft als „Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse“, als „Preisgabe der Revolution und des Sozialismus“ beurteilte. Die Kommunistische Partei in ihrer Mehrheit verwarf den Weg der Hebung der Landwirtschaft auf privatwirtschaftlichem Fundament und entschied sich für einen anderen, für den direkt entgegengesetzten Weg.

Es wurde beschlossen, die Landwirtschaft in der kürzesten Frist auf der Grundlage der Kollektivisierung umzugestalten, d. h., den dringend notwendigen Aufschwung der Landwirtschaft, die Hebung der Produktivität und die Vermehrung der auf den Markt gelangenden Menge von Agrarprodukten durch die Schaffung von Großbetrieben und die Zusammenlegung bzw. eine Art Vergenossenschaftung der bäuerlichen Kleinbetriebe zu erreichen. In der Industrie sollte die Industrialisierung noch weiter beschleunigt werden. Die sofortige Verwirklichung des Sozialismus in der Sowjetunion wurde als Tagesaufgabe proklamiert.

Nun sind zwei, drei Jahre verstrichen, seit diese Politik im Sowjetstaate obgesiegt hat. Die Politik der NEP\*) wurde sehr schnell liquidiert. Die gesamte Sowjetwirtschaft funktioniert seit dieser Zeit auf einer Basis, die in vielem der Wiederauferstehung der Grundsätze des „Kriegskommunismus“ gleichkommt.

Die Evolution der Sowjetwirtschaft in der Richtung des Erstarkens privatwirtschaftlicher Elemente, eine Evolution, die deutlich sichtbar und unumstritten war, wurde unterbrochen und durch eine Politik ersetzt, die sich die gewaltsame Vernichtung aller in den „sozialistischen Sektor“ nicht hineinpassenden Wirtschaftsformen zum Ziele setzte. Diese Politik hat in der Kommunistischen Partei die Bezeichnung „Generallinie“ erhalten.

Obleich der Fünfjahresplan bereits zu einer Zeit vorbereitet wurde, in der der Kampf der herrschenden Stalin-Richtung mit der Rechtsopposition noch nicht beendet war, obgleich der Fünfjahresplan infolgedessen sogar in seiner endgültigen Variante manchen Einfluß der Ideen der NEP-Zeit verrät, verbindet sich die Politik der letzten Jahre sowohl im Bewußtsein der breiten Massen der Bevölkerung der Sowjetunion als auch in der Vorstellung des Auslandes ganz eindeutig mit dem Fünfjahresplan.

Und dies mit Recht! Ganz gleich, wie der Wortlaut des Fünfjahresplanes aussieht: die Praxis der Verwirk-

\*) NEP: Neue Wirtschaftspolitik. Unter dieser Bezeichnung ist die politische Linie bekannt, die Lenin im Jahre 1921 nach dem Zusammenbruch der ersten Versuche der sofortigen Verwirklichung des Sozialismus (Periode des „Kriegskommunismus“) inauguriert hatte. Die NEP sollte bedeuten, daß „im Ernst und für die Dauer“ auf die Versuche der sofortigen Verwirklichung des Sozialismus in der Sowjetunion verzichtet wurde, daß das Privatkapital in Industrie und Handel geduldet und auf dem flachen Lande die führende Rolle der Privatwirtschaft anerkannt wurde.

lichung des Fünfjahresplanes ist die Praxis der „Generallinie“.

Einige glauben, daß die NEP nur einen kurzlebigen Rückzug der russischen Kommunisten darstellte, daß die Grundlinie der kommunistischen Politik eben doch auf die sofortige Verwirklichung des Sozialismus ausgerichtet und daß diese geradlinige Politik vom Begriffe des russischen Bolschewismus nicht zu trennen ist. Andere wieder meinen, daß die Periode der Generallinie nur eine „linke Abweichung“, nur ein Rückfall in die Methoden des Kriegskommunismus, nur eine vorübergehende Abkehr von der Politik der NEP ist und daß die NEP unvermeidlich von neuem den Sieg davontragen wird. Diesen Streit wird die geschichtliche Entwicklung schlichten. Offensichtlich aber ist, daß die Politik der Sowjetregierung in den letzten Jahren von der Politik der voraufgegangenen Zeit qualitativ so stark abweicht, daß sie einer erneuten unvoreingenommenen Erforschung bedarf.

Ende 1928 schrieb der Verfasser dieses ein Buch über „Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme“\*), in dem die Bilanz der ersten elf Jahre der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung gezogen und ihre Problematik beleuchtet wurde. Der Verfasser gelangte damals zu dem Ergebnis, daß die NEP alle ihre Möglichkeiten erschöpft hatte. Aber die Sowjetregierung schwankte damals noch zwischen den zwei möglichen Auswegen aus der Sackgasse, der „Vertiefung der NEP“ und dem „Linkskurs“. Im Jahre 1929 war die Entscheidung gefallen, es hatte die Epoche der Generallinie, des Fünfjahresplanes, begonnen. Die vorliegende Arbeit versucht, eine Analyse der Lage der Sowjetwirtschaft in den ersten Jahren der Verwirklichung des Fünfjahresplanes und eine kritische Beurteilung der Hauptprobleme der Fünfjahresplan-Politik zu geben.

\*) A. Jugow: „Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme“, Verlag Kaden & Comp., Dresden, 1929.



## 2. Der Kampf um die Planwirtschaft

Der Wille zum Aufbau einer Planwirtschaft ergibt sich aus den programmatischen Forderungen der Kommunistischen Partei. Der erste Plan der Umgestaltung der Sowjetwirtschaft auf einer neuen ökonomischen und technischen Basis ist am Ausgang der Periode des Kriegskommunismus von der Kommission für die Förderung der Elektrifizierung ausgearbeitet worden. Er sah den radikalen Umbau der gesamten Produktion und Technik auf der Grundlage einer rapid fortschreitenden Elektrifizierung vor. Lenin selbst hat dem Elektrifizierungsplan (Plan der Goelro-Kommission) besonders große Bedeutung beigemessen, er hat die Genehmigung dieses Planes auf dem 8. Rätekongreß (Dezember 1920) durchgesetzt und den Plan als das „zweite Programm der KP. der SU.“ bezeichnet. Nach dem bekannten Worte Lenins ist „Sowjetmacht plus Elektrifizierung gleich Sozialismus“.

Das Absterben der Wirtschaft am Ausgang der kriegskommunistischen Zeit und die Unumgänglichkeit des elementarsten wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem Uebergang zur NEP hatten das Elektrifizierungsprogramm vorübergehend in den Hintergrund gerückt. Die oberste planwirtschaftliche Behörde des Sowjetstaates, der Staatliche Planausschuß, der im Jahre 1921 ins Leben gerufen wurde, mußte sich zunächst in der Hauptsache mit der Regulierung der wirtschaftlichen Vorgänge des Tages beschäftigen. Erst nachdem die Wirtschaft halbwegs in Gang gekommen war, konnten der Staatliche Planausschuß und seine Unterausschüsse an die Aufstellung von Zukunftsplänen gehen, und im Jahre 1925/26 wurde der erste Wirtschaftsplan für das folgende Jahr aufgestellt. Die Verfasser dieses Planes waren sich im klaren darüber, daß ihm nur die Bedeutung eines Entwurfes zukam, sie nannten ihn deswegen in aller Bescheidenheit „Kontrollziffern“ (die Verfasser waren Groman, Basarow, Smilga, Strumilin u. a.). Doch die Regierung hat die Kontrollziffern bereits im ersten Jahr zur bindenden Vorschrift für alle Staatsbehörden und Wirt-

schaftsverwaltungen erhoben. In den nachfolgenden Jahren wurden solche Pläne vom Staatlichen Planausschuß alljährlich aufgestellt, und sie erstreckten sich von Jahr zu Jahr auf immer größere Teile des Wirtschafts-

ganzen. Im wesentlichen sah das Planwirtschaftssystem der Sowjetunion von 1925 bis 1929 folgendermaßen aus: Auf Grund der Berichte der Produktionsorganisationen und unter Beachtung der politischen Richtlinien der Kommunistischen Partei stellten die Volkskommissariate der wirtschaftlichen Ressorts und die ihnen nachgeordneten Organisationen die Entwürfe der wirtschaftlichen Jahrespläne für die einzelnen Betriebe, Trusts, Industriezweige und für die Gesamtwirtschaft im ganzen auf. Diese Pläne wurden dem Staatlichen Planausschuß zugeleitet, der sie in bezug auf die Gesamtergebnisse für die Produktion, die Rohstoffbeschaffung, das Transportwesen, die Finanzen, die Ein- und Ausfuhr, den Inlandsverbrauch usw. miteinander koordinierte. Der Entwurf des Staatlichen Planausschusses bedurfte alsdann der Genehmigung des Rates der Volkskommissare und des Zentralexekutivkomitees und wurde nach Zustimmung des Zentralkomitees der KP. der SU. in Gestalt der „Kontrollziffern“ zur bindenden Direktive für alle Staatsorgane.

Die in diesen Jahren verrichtete Planungsarbeit beansprucht zweifellos großes theoretisches Interesse. Der Staatliche Planausschuß und seine Unterausschüsse haben viel Bemühungen daran gewandt, die wirtschaftliche Wirklichkeit zu erforschen: es wurden viele wirtschaftliche und statistische Untersuchungen angestellt, bedeutsame Monographien über einzelne Probleme der Volkswirtschaft ausgearbeitet.

Obgleich die Kontrollziffern in diesen Jahren die tatsächliche Leitung des Wirtschaftslebens nicht vollbrachten, waren sie doch von einem gewissen Nutzen für die praktische Arbeit, indem sie die Orientierung innerhalb der komplizierten Wirtschaftssituation des Sowjetstaates erleichterten.

Schon im Jahre 1928 kam jedoch in den Planwirtschaftsbehörden der Gedanke auf, den Wirtschaftsplan nicht bloß für ein Jahr, sondern für fünf Jahre im voraus auszuarbeiten, weil die Pläne für die wirtschaftliche Umgestaltung des Landes, die einen lange dauernden Neubau von Fabriken, Eisenbahnen, Kraftwerken usw. erfordern, nur in einem solchen verhältnismäßig großen Zeitraum

in vollem Umfang entfaltet werden könnten. Im Verlauf des Jahres 1928 wurde eine umfassende Vorbereitungsarbeit bewältigt, es wurden Entwürfe eines Fünfjahresplanes für die Industrie, für die Landwirtschaft, für den Transport usw. aufgestellt und ebenso auch Entwürfe für die Gesamtwirtschaft der einzelnen Bundesrepubliken und Bezirke der Sowjetunion ausgearbeitet. Der Staatliche Planausschuß brachte die einzelnen Entwürfe in ein Gesamtsystem des Fünfjahresplans. Aber die ersten Entwürfe des Fünfjahresplans wurden von der Führung der KP. der SU. verworfen. Gerade in jener Zeit gewann innerhalb der Kommunistischen Partei die Stalin-Richtung die Oberhand, die Vertreter der Rechtsopposition, von denen viele an führender Stelle im Wirtschaftsleben standen, wurden abgesetzt, die gesamte Richtung der Wirtschaftspolitik wurde revidiert, noch stürmischere Tempi der Industrialisierung wurden in Aussicht genommen und die Politik der sofortigen Verwirklichung des Sozialismus proklamiert.

Nach dem Umbau der Planwirtschaftsbehörden und der Ausarbeitung der „Direktiven für die Aufstellung des Fünfjahresplanes“ auf dem 15. Parteitag der KP. der SU. hat der Staatliche Planausschuß im Jahre 1929 zwei Varianten des Fünfjahresplanes, eine Ausgangsvariante und eine Optimalvariante, vorgelegt. Beide Varianten rechneten mit einem stark beschleunigten Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung und unterschieden sich voneinander in der Schätzung der wirtschaftlichen Ergebnisse im Durchschnitt um etwa 10 bis 20 Prozent. Die Optimalvariante geht im Gegensatz zu der Ausgangsvariante von der Voraussetzung aus, daß es im Laufe des Planjahrfünfts keine Mißerntejahre geben würde und daß sich die erforderlichen langfristigen Auslandskredite würden beschaffen lassen. Die Entwürfe wurden im Staatlichen Planausschuß, im Rat der Volkskommissare und auf besonderen Konferenzen der Planwirtschaftsfunktionäre durchberaten und dem 5. Rätekongreß der Sowjetunion (28. Mai 1929) sowie der 16. Konferenz der KP. der SU. zur endgültigen Genehmigung vorgelegt. Beide Tagungen genehmigten den Fünfjahresplan in seiner Optimalvariante. Der Fünfjahresplan wurde somit zum obersten wirtschaftlichen Gesetz, zur bindenden Direktive für alle höheren und niederen Staatsorgane.

Seit dieser Zeit sollten die Kontrollziffern im Gegensatz zur vorausgegangenen Periode für jedes einzelne Jahr des Planjahrfünfts nicht mehr als selbständiger

Jahresplan, sondern nur noch als Teilabschnitt des Fünfjahresplanes gelten. Aber bereits einige Monate nach der Genehmigung des Fünfjahresplans erfolgte die Aufstellung der Kontrollziffern für 1929/30, in denen ein Entwicklungstempo vorgesehen wurde, das über die Jahresziffern des Fünfjahresplanes um 20 bis 25 Prozent hinausging und einer Durchführung des gesamten Fünfjahresplanes binnen vier Jahren angepaßt war. Im Jahre 1931 wurde anstelle der Kontrollziffern ein Industrie- und Finanzplan ausgearbeitet, der wieder viel weiter geht und darauf ausgerichtet ist, den Fünfjahresplan in den wichtigsten Industrien binnen drei oder sogar zweieinhalb Jahren zur Durchführung zu bringen. \*)

Von Bedeutung sind auch die Wandlungen in der methodischen Ausgangsstellung, die sich im Verlauf der Ausarbeitung des Fünfjahresplanes vollzogen haben. Bei der Aufstellung der Kontrollziffern in den Jahren der NEP lag der Tätigkeit der Planwirtschaftsbehörden die Erforschung der Tatsachen, der wirtschaftlichen Prozesse, ihrer Entwicklungstendenzen, ihrer gegenseitigen gesetzmäßigen Abhängigkeit, zugrunde. Die Direktiven der Regierung äußerten sich in dieser Periode darin, daß zwar ein beschleunigtes Entwicklungstempo vorgeschrieben wurde, aber in einer Richtung, die den objektiv gegebenen wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht widersprach. Aber schon bei der Aufstellung der ersten Varianten des Fünfjahresplanes verlieren ihre Verfasser immer mehr den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen und ersetzen die Erforschung der wirtschaftlichen Gesetze durch die Anpassung ihrer Arbeit an die Zielsetzungen der Kommunistischen Partei. Bei der Aufstellung der letzten Variante des Fünfjahresplanes erklären sich schließlich ihre Verfasser, die Kommunisten Krshishanowskij, Strumilin, Grinko, Kowalewskij u. a., für „frei von der Unterwerfung unter die säkulare ökonomische Gesetzmäßigkeit“. „...Die Frage des Primats der Teleologie ist von uns bereits in den Tagen der Novemberrevolution entschieden worden, als wir uns gegen die ‚von Ewigkeit her bestehenden‘ Gesetze der kapitalisti-

\*) Im Jahre 1930 hat der Staatliche Planausschuß die Ausarbeitung eines Generalplanes für fünfzehn Jahre in Aussicht genommen, der nach der Absicht seiner Verfasser die gesamte Rekonstruktionsarbeit für die Verwirklichung des Sozialismus, die größere Planungszeit erfordert, regeln soll.

schen Entwicklung auflehnten“, so formulierte der Berichterstatter zur Frage der Methoden der Planaufstellung den Standpunkt, der dem Fünfjahresplan zugrunde gelegt worden ist. Die gewaltige Arbeit, die die Planwirtschaftsbehörden bei der Erforschung der Wirklichkeit verwirklicht haben: das Material, das bei der Erforschung der einzelnen Wirtschaftszweige und Bezirke zutage gefördert worden ist; die Versuche, „die Gesetze der Entwicklung und ihre gegenseitige Abhängigkeit zu erkennen, die statistischen und ökonomischen Koeffizienten festzustellen“; die Versuche, die Eigenart der Sowjetwirtschaft und ihre Abweichungen von den bekannten Gesetzen der Waren- und Geldwirtschaft zu erforschen, — diese ganze interessante Arbeit wurde nach dem Siege des „Linkskurses“ als „klassenfremd“ beiseite geschoben. Der Fünfjahresplan der Umgestaltung der Volkswirtschaft, der zum Gesetz für die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion geworden ist, wurde ausschließlich auf der Grundlage des willensmäßigen Bekenntnisses zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft ausgearbeitet, wobei allen Partei- und Wirtschaftsorganen der kategorische Befehl erteilt wurde: „Es gibt keine objektiven Hindernisse, die Hindernisse sind zu überwinden!“

Die Grundgedanken, von denen die Verfasser des Fünfjahresplanes ausgingen, waren vom 15. Parteitag der KP. der SU. und durch die Richtlinien des kommunistischen Zentralkomitees festgelegt. Sie lassen sich etwa folgendermaßen formulieren: Die Aufgabe der Leiter der Sowjetwirtschaft ist der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft in der Sowjetunion in der kürzestmöglichen Frist. Daß der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion isoliert vor sich gehen muß (der Gedanke, daß Europa und Amerika gegenwärtig im Zeichen einer relativen Stabilisierung stehen, hat in den Kreisen der stalintreuen Kommunisten inzwischen allgemeine Anerkennung gefunden), wird von den russischen Kommunisten zwar als erschwerender Umstand, aber keineswegs als absolutes Hindernis der Verwirklichung dieses Aufbaus empfunden. Nach der herrschenden kommunistischen Ansicht sind in der Sowjetunion „alle erforderlichen und ausreichenden Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus“ gegeben. — Die von Trotzki vorgebrachten Bedenken, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Lande und zudem in einem so rückständigen Lande, wie es die Sowjetunion ist, un-

möglich sei, werden als Zeichen des moralischen Verfalls und der opportunistischen Verseuchung abgetan.

In der Richtung der Verwirklichung des Sozialismus erscheint die planmäßige Regelung der gesamten Wirtschaft als die vordringliche Aufgabe. Das Ziel des Fünfjahresplanes ist infolgedessen zu allererst die Ausschaltung der verhängnisvollsten Eigenart der kapitalistischen Wirtschaft, der Anarchie der Produktion, durch die Aufstellung und Verwirklichung eines detaillierten Produktionsprogramms. Dem stehe ein entscheidendes Hindernis entgegen: Rußland sei nicht nur vor dem Kriege ein vornehmlich bäuerliches und industriell rückständiges Land gewesen, sondern auch bis heute geblieben. Dies Hindernis soll mit Hilfe eines entsprechenden Umgestaltungsplanes so schnell wie möglich aus dem Wege geräumt werden. Die Hauptaufgabe des Planes ist daher gesteigerte Industrialisierung, forciert industrieller Neubau, der Versuch, Europa und Amerika auf allen Gebieten der Produktion und Kultur „einzuholen und zu überholen“. In erster Linie soll der Aufbau der Schwerindustrie, der Produktionsmittelerzeugung, vor sich gehen, während der Ausbau der Konsumgüterindustrie in wesentlich langsamerem Tempo zu erfolgen hat. Alle Programme des Fünfjahresplanes sind von dem Gedanken der Autarkie, der wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit, durchdrungen und haben die absolute Unabhängigkeit der Sowjetunion von den kapitalistischen Ländern sowohl hinsichtlich der Produktion als auch hinsichtlich der Rohstoffbeschaffung zum Ziel.

Das für die Einhaltung des Industrialisierungstemplos erforderliche gewaltige Kapital will die Sowjetregierung aus der Bauernwirtschaft schöpfen. Sie verwirft die „kapitalistischen Methoden der Aneignung des Mehrprodukts der Arbeiter“ und rechnet nur in unbedeutendem Maße mit der Einfuhr von Kapital (sei es in Form von Waren, sei es in Form von Geld) aus dem Ausland. Der Fünfjahresplan sah in der Landwirtschaft das eigentliche Reservoir für die Aufbringung der notwendigen Mittel und plante daher nur eine ganz allmähliche Umstellung der Landwirtschaft vom Privatbetrieb auf die höhere Form der kollektiven Betriebsführung. Aus dem gleichen Grunde wollte der Plan nur eine „allmähliche Befreiung von den Gesetzen der Geldwirtschaft“ und rechnete für längere Zeit mit dem Bestehen des privaten Unternehmertums in industriellen Kleinbetrieben und im Handel neben der Staatswirtschaft.

Auf dem Gebiete der Hebung des materiellen und Kultur-niveaus der Bevölkerung war im Rahmen des Planes ein ausgedehntes Programm für die Verbesserung der Lebensmittel- und Industriewarenversorgung der werktätigen Massen, für die Erhöhung des Nominal- und Reallohnes der Arbeiter, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für einen Ausbau der Sozialpolitik und für eine beschleunigte Hebung des allgemeinen Kultur- und Bildungsniveaus vorgesehen.

Der Fünfjahresplan solle „das Land auf ein neues, unerhört hohes Niveau der materiellen und kulturellen Entwicklung bringen“, — so wurde seine Aufgabe von seinen Verfassern formuliert.

### 3. Der Fünfjahresplan und seine Durchführung.

#### a) Industrie und Eisenbahnen.

Am Ausgang der Periode des Kriegskommunismus war die Industrie so stark zerrüttet, daß in einigen Wirtschaftszweigen vollkommener Stillstand der Produktion verzeichnet werden mußte. Seit 1922, nach der Einführung der NEP, begann ein rapider Wiederaufbau der Industrie. In den ersten Jahren vollzog er sich hauptsächlich auf die Weise, daß in den stillgelegten alten Betrieben, die der Sowjetstaat von den Kapitalisten übernommen hatte, die Arbeit wieder aufgenommen wurde; seit 1925 ist die Sowjetunion zu grundlegenden Umstellungsarbeiten in den alten Betrieben und zur Errichtung neuer Betriebe übergegangen. Seit 1928/29 vollzieht sich der Ausbau der Industrie auf Grund der Direktiven des Fünfjahresplanes. Die folgenden Tabellen ermöglichen einen Vergleich zwischen dem Programm des Fünfjahresplanes und seiner Durchführung in den abgelaufenen Jahren.

Bruttoproduktion der planwirtschaftlich geleiteten Industrie in Millionen Rubel nach Preisen von 1926/27: \*)

Jahr	Fünfjahresplan	Tatsächl. Ergebnis	Jährl. Zunahme in %		Tatsächl. Ergebnis in % des Voranschlages
			Plan-voranschlag	Tatsächl. Ergebnis	
1928/29 . . .	13 247	13 693	21,4	23,7	103,5
1929/30 . . .	16 090	16 850	21,5	23,0	104,7
1930/31 . . .	19 649	—	22,1	—	—
1931/32 . . .	24 320	—	23,8	—	—
1932/33 . . .	33 447	—	25,2	—	—
Planjahrfünft .	103 753	—	—	—	—
do. in % von 1927/28 . . .	279,20	—	—	—	—

\*) „Fünfjahresplan des volkswirtschaftlichen Aufbaus der U. d. S. S. R.“, russisch, Verlag des Staatlichen Planausschusses, Moskau 1929, Bd. I, SS. 164/165, und „Puti Industrialisazii“, 1930, Nr. 19, sowie „Kontrollziffern der Volkswirtschaft für 1929/30“, S. 503. — In der vorliegenden Arbeit werden nur sowjetamtliche Angaben benutzt. Es muß aber vorweg bemerkt werden, daß sich die Sowjetstatistik in einem sehr

Der Plan hatte, wie wir sehen, eine Jahreszunahme der industriellen Bruttoproduktion um durchschnittlich 20 Prozent in Aussicht genommen. Die Ergebnisse der ersten zwei Jahre zeigen, daß dies Ziel vollauf erreicht worden ist.

Produktion der Schwer- und Leichtindustrie  
nach Preisen von 1926/27: \*)

J a h r	Schwerindustrie		Leichtindustrie	
	jährliche Zunahme in %			
	Plan- voranschlag	Tatsächliches Ergebnis	Plan- voranschlag	Tatsächliches Ergebnis
1928/29 . . . . .	25,0	27,9	19,0	18,7
1929/30 . . . . .	26,0	38,4	18,0	12,1
1932/33 in % von 1927/28 . . . . .	304,0	—	203,0	—

Das Ziel des Fünfjahresplanes, in erster Linie die Entwicklung der Schwerindustrie sicherzustellen, ist erreicht. Aber die gewaltigen Aufwendungen für die Schwerindustrie haben dazu geführt, daß der Ausbau der Konsumgüterindustrie in der Praxis noch langsamer vor sich gegangen ist, als im Plan vorgesehen worden war. Die Entfaltung der Produktion in den einzelnen Industriezweigen ging, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich, sehr ungleichmäßig vor sich (s. S. 17):

Obleich der Plan in einigen Industriezweigen auch nicht in vollem Umfang erfüllt worden ist, geht doch die tatsächliche Plandurchführung im ganzen so weit, daß unzweifelhaft feststeht: die Industrialisierungspolitik hat einen großen quantitativen Effekt ergeben. Dabei sind aber die Mißverhältnisse in der Entwicklung der ein-

schlechten Zustand befindet: das Berichtsmaterial ist unvollständig und widerspruchsvoll, die verschiedenen Angaben stimmen nicht mit einander überein. Außerdem richtet sich die gesamte statistische Arbeit in den letzten Jahren ausschließlich nach den politischen Direktiven der Regierung. Nichtsdestoweniger muß auf die amtlichen Angaben insofern zurückgegriffen werden, als sie erstens die einzigen sind und zweitens das relative Gewicht der einzelnen Erscheinungen und die Entwicklungstendenzen in den meisten Fällen mehr oder minder genau widerspiegeln. — Die Preise von 1926/27 sind allen statistischen Berechnungen der Produktion der folgenden Jahre — gleichsam als unveränderlicher Multiplikator — zugrunde gelegt. In Wirklichkeit hat die Inflation auch das Preisniveau sehr erheblich verändert.

\*) „Fünfjahresplan“, Bd. II, Teil 1, S. 72, und „Ein Jahr Regierungsarbeit“, russisch, Verlag des Rates der Volkskommissare, 1930, S. 120.

Einheiten	1913	1928/29		1929/30		Ergebnis der ersten zwei Jahre in % der Voranschlagssumme für die gleichen Jahre	1932/33 laut Planvoranschlag (Fünfjahresplan)	
		Planvoranschlag (t-fünfjahresplan)	Tatsächliches Ergebnis	Planvoranschlag (t-fünfjahresplan)	Tatsächliches Ergebnis			
		<b>A. Produktionsmittelerzeugung</b>						
Steinkohle . . . . .	Mill. To.	28,9	41,1	38,5	46,6	45,7	96,0	75
Naphtha . . . . .	„	9,3	13,2	13,6	14,8	17,0	109,3	22
Torf . . . . .	„	1,6	7,8	7,5	—	6,5	73,0	16
Eisenerz . . . . .	„	9,2	7,1	7,1	10,2	10,2	100,0	19
Roheisen . . . . .	„	4,2	4,1	4,0	5,0	5,0	98,9	10
Rohstahl . . . . .	„	4,2	4,6	4,8	5,3	5,5	104,0	10,4
Walzwerkserzeugnisse	„	3,5	3,5	3,9	4,1	4,4	109,2	8
Allgem. Maschinenbau	Mill. Rbl.	646,1	737	792	959	2101	193,0	—
Landwirtschaftl. Maschinenbau	„	67,0	2,0	185	262	330	109,2	498
Traktoren . . . . .	Stück	—	3200	3265	4800	9335	157,5	—
Zement . . . . .	Mill. Faß	12,3	14,0	14,4	19,5	19,4	100,8	41
Superphosphat (14%)	Taus. To.	55,0	261	183	480	376	75,4	3400
Schwefelsäure (100%)	Taus. To.	150	272	425	—	357	—	1400
Elektrizitätserzeugung	Mill. KWh.	1945	6600	6465	—	8400	—	22000
<b>B. Konsumtionsmittelerzeugung</b>								
Baumwollgewebe . . . . .	Mill. Mtr.	1625	2970	2822	3206	2414	84,0	—
Wollgewebe . . . . .	„	95	105,4	115,2	124	124,5	104,5	270
Leinengew. . . . .	Mill. qm	—	—	182,6	—	202,4	101,6	500
Gummischuhe . . . . .	Mill. Paar	28	41,5	41,7	46,0	42,7	96,4	75
Schuhe . . . . .	„	—	—	33,0	—	55,9	74,8	—

zelen Industriezweige sehr stark hervorgetreten: für Kohle und Torf ist der Plan nicht erfüllt (für Naphtha ist er überschritten, aber die Erzeugnisse der Naphtha-industrie bleiben nicht im Inland, sondern werden hauptsächlich für die Ausfuhr reserviert), während der Brennstoffbedarf der gesamten Industrie und des Verkehrs wesens über den Planvoranschlag hinausgegangen ist;

\*) „Fünfjahresplan“, Bd. I, S. 145; „Kontrollziffern für 1929/30“, SS. 435 u. 458; „Planowoje Chosjajstwo“, 1930, Nr. 12; „Ein Jahr Regierungsarbeit“, S. 120.

die Erzgewinnung und Metallverhüttung erreicht gerade die Grenze des Planes, während die Hauptzweige des Maschinenbaues ihr Programm erheblich überschritten haben.

In dem Bestreben, die Plandurchführung zu beschleunigen, hat die Sowjetregierung im September 1930 die nachfolgenden Monate Oktober, November und Dezember 1930 zu „Sturmmonaten“ erklärt, sie zu einem „Sonderquartal“ zusammengefaßt und einen erhöhten Sonderplan für diese Monate aufgestellt. Am 21. September 1930 wurde dann ein Dekret über die Verlegung des Beginns des Wirtschaftsjahres vom 1. Oktober auf den 1. Januar erlassen, das Wirtschaftsjahr fällt wieder mit dem Kalenderjahr zusammen. Offiziell wurde diese Verlegung des Jahresbeginns damit motiviert, daß man „die ganze Bausaison erfassen“ wollte, in Wirklichkeit aber ist sie die Folge des Zwanges, in den Wirtschaftsplanen nicht so sehr den Umfang der Ernte, der im September feststeht und somit die Eröffnung der staatlichen Wirtschaftsbilanz am 1. Oktober rechtfertigt, als vielmehr das Ergebnis der staatlichen Getreide- und Rohstoffbeschaffungsarbeiten zu berücksichtigen, die erst im Winter abgeschlossen werden.

Seit dieser Kalenderreform erfolgt die gesamte Rechnungslegung und Berichterstattung der Wirtschaftsverwaltung nach dem neuen System, wodurch der Vergleich zwischen den Ist-Zahlen der Plandurchführung und den Soll-Zahlen des Fünfjahresplanes unendlich erschwert wird. Der Jahresplan für 1931 läuft bereits vom 1. Januar bis zum 31. Dezember. Um eine Vergleichsmöglichkeit zu schaffen, stellen wir in der folgenden Tabelle\*) (s. S. 19) die Soll- und Ist-Zahlen für das Sonderquartal 1930, die Ist-Zahlen für das ganze Jahr 1930 (einschließlich des Sonderquartals), den Planvoranschlag für 1931 und die Ist-Zahlen für das erste Quartal 1931 (das auf das Sonderquartal gefolgt ist) zusammen.

Die Tabelle zeigt eine gewaltige Erweiterung der Zielsetzungen des Planes für das Jahr 1931 sowohl im Vergleich zu den tatsächlichen Produktionsergebnissen des Vorjahres als auch im Vergleich zu den ursprünglichen Zielsetzungen des Fünfjahresplanes (vergleiche Tabelle 3). Im ersten Quartal 1931 zeigen sich indes ganz neuartige Erscheinungen: zum erstenmal seit dem

\*) „Puti Industrialisazii“, 1931, Nrn. 2, 5/6 und 7; „Sa Industrialisaziju“ vom 1., 4. und 24. Januar 1931; Dekadenberichte über die Tätigkeit der Industrie im Jahre 1931.

	Einheiten	Sonderquartal		1930	1931	I. Quart. 1931
		Planvoranschlag	Tatsächl. Ergebnis	Tat. ächl. Ergebnis	Planvoranschlag	Tatsächl. Ergebnis
<b>A. Produktionsmittelerzeugung</b>						
Steinkohle . . .	Mill. To.	21,3	13,1	56,7	83,6	11,9
Naphtha . . .	„	5,3	5,3	1,9	25,6	5,2
Eis erz . . .	„	3,6	2,7	11,4	16,1	2,6
Roheisen . . .	„	1,5	1,2	5,3	8,0	1,1
Rohstahl . . .	„	1,8	1,5	6,0	8,8	1,2
Walzwerks- erzeugnisse . . .	„	1,5	1,2	4,9	6,7	0,9
Allgemeiner Maschinenbau	Mill. Rbl.	360	290	2208	4407	—
Landwirtsch. Maschinenbau	„	139	74	371	815	—
Zement . . .	Mill. Faß	6,5	5,1	21,7	35,0	5,0
Superphosphat (14%) . . . . .	Taus. To.	150	87	440	1112	102,0
Elektrizitäts- erzeugung . . .	Mill. KWh.	—	—	8800	12700	—
<b>B. Konsumtionsmittelerzeugung</b>						
Baumwo l- gewebe . . .	Mill. Mtr.	660	620	2454	2820	560
Wollgewebe . . .	„	33	34	129	128	29
Leinengewebe . . .	Mill. qm	46	45	204	175	40
Zucker . . .	Taus. To.	1465	—	1738	2526	—
Gummischuhe	Mill. Paar	13	12	70,5	84,0	6,2
Schuhe . . .	„	18,3	17,4	69	84,6	19,4

Beginn des Planjahrfünfts bleibt die Produktion in allen Industriezweigen hinter den Ergebnissen des vorausgehenden Vierteljahrs, des Sonderquartals 1930, zurück, und der Prozentsatz der Durchführung des erhöhten Planes für 1931 ist sehr niedrig. Das Mißverhältnis im Wachstum der einzelnen Produktionszweige hielt sowohl im Sonderquartal 1930 als auch im ersten Quartal 1931 weiter an.

Um das in Aussicht genommene Programm der Produktionserweiterung einzuhalten, muß die Sowjetregierung in weitgehendem Maße den radikalen Umbau der alten Betriebe und einen umfassenden industriellen Neubau durchführen. Das in Produktionsanlagen und Produktionsmitteln investierte fixe Kapital der russischen Industriebetriebe hatte sich 1913 auf etwa 3,5 Milliarden Rubel, im Jahre 1917 auf 4 Milliarden Rubel belaufen. Nach Weltkrieg, Revolution und Bürgerkrieg überschritt das industrielle Anlagekapital, das sich auch infolge normalen Verschleißes entwertet hatte, nicht den Betrag von 2 Milliarden Rubel. Mit der NEP begann aber der Wiederaufbau der Industrie, und 1928 soll der

Wert des Anlagekapitals nach allerdings sehr ungenauen amtlichen Angaben wieder den Friedensstand erreicht haben.

Seit 1928 hat die Sowjetregierung die Investitionen in Industriebauten noch intensiver betrieben, wobei der Hauptbestimmungszweck der Kapitalaufwendungen der Umbau alter und der Bau neuer Betriebe war, wie das den Zielsetzungen des Planes entspricht. Nach dem Fünfjahresplan sollten in fünf Jahren 16,3 Milliarden Rubel für Industriebauten aufgewendet werden. Das bedeutet, daß das Vorkriegsanlagekapital der Industrie in fünf Jahren vervierfacht werden sollte! 78 Prozent des gesamten neuinvestierten Kapitals sollten in der Schwerindustrie (Metalle, Brennstoffe, Chemie, Kraftwirtschaft) angelegt werden. Die zum Bau bestimmten Betriebe sind als technisch modernst ausgerüstete Riesenwerke gedacht. Der geschätzte Herstellungswert je Betrieb soll nur bei weniger als der Hälfte der neu zu erbauenden Werke 1 Million Rubel unterschreiten, mehr als 200 Betriebe sollen je über 10 Millionen Rubel und über 80 Betriebe je über 100 Millionen Rubel kosten. Laut amtlichen Angaben sind in den abgelaufenen zwei Jahren des Planjahrfünfts Milliardenbeträge für Industriebauten verausgabt worden, und zwar 1,7 Milliarden Rubel im Jahre 1928/29 und 2,9 Milliarden Rubel im Jahre 1929/30; der Plan ist somit für beide Jahre zusammen um 15,4 Prozent überschritten worden.

Große Sorgen bereitet allerdings der Sowjetregierung der Verlauf des **Industrieneubaus**. Trotz großen Investitionen geht die Bautätigkeit langsamer und mit ungünstigeren Ergebnissen vor sich, als im Plan vorgesehen war. In den ersten zwei Jahren des Planjahrfünfts sind nur 150 neue Betriebe und nur einige Dutzend Großbetriebe in Gang gesetzt worden. Plangemäß sollen 1931 518 neue Betriebe in Gang kommen, darunter die Riesenbetriebe in Magnitogorsk, Kusnezsk, Kertsch, die Automobilwerke in Nishnij-Nowgorod, die Spinnerei in Twerj, die chemischen Werke in Stalingrad; doch die Berichte des Obersten Volkswirtschaftsrats für die ersten Monate des Jahres zwingen zu der Annahme, daß der Plan nicht in vollem Umfang durchgeführt werden kann: von 131 Betrieben, die im ersten Quartal 1931 mit der Arbeit beginnen sollten, sind nur 58 in Gang gekommen. In der Regel überschreiten die Kosten die Voranschläge um ein Beträchtliches (so bei den Dnjeproströj-Kraftwerken, bei den

Stalingrader Traktorenwerken, bei den neuen Papierfabriken usw.). In vielen neuen Werken (so im Traktorenbau, in der Metallverhüttung, in der Glasindustrie usf.) ist die Produktion mengenmäßig geringer und qualitativ schlechter, als im Plan veranschlagt, und wesentlich teurer als in alten primitiveren Betrieben.

Die Frage der **Qualität der Erzeugnisse** ist der wundeste Punkt der Sowjetindustrie. Das Ziel des Fünfjahresplanes war nicht nur die quantitative Vermehrung der Produktion, sondern auch ihre Verbesserung, ihre qualitative Hebung bis auf das Durchschnittsniveau der Produktion in den kapitalistischen Ländern. Denn die Qualität der russischen Erzeugnisse war auch vor dem Kriege im Vergleich zum Ausland nicht sehr ansehnlich, und in den Jahren des Weltkrieges und der Revolution hat sich eine weitere erhebliche Verschlechterung ergeben. Die Ursachen sind im wesentlichen der schlechte Zustand der überalterten Maschinerie, die unbefriedigende Qualität der Produktionsrohstoffe, die mangelhafte Eignung der Arbeiter und des technischen Personals, die Lockerung der Arbeitsdisziplin und die unrationelle Organisation der Produktion und der Wirtschaftsverwaltung. Zur Zeit der Aufstellung des Fünfjahresplanes erreichten die Material- und Energieverluste und die Menge der Ausschüßerzeugnisse das Zwei- bis Dreifache der normalen Höhe, obgleich man immer noch sagen muß, daß die Materialkontrolle und die Prüfung der Fabrikate reichlich oberflächlich und großzügig vorgenommen werden. Nun jagt die Sowjetindustrie mengenmäßigen Produktionsrekorden nach, und dadurch wird die Qualität der Produktion noch mehr herabgedrückt. Verschiedene Erhebungen der Arbeiter- und Bauernkontrolle haben ergeben, daß die Qualität der Erzeugnisse sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Die Metalle werden mit einem hohen Prozentsatz von Ausschuß verhüttet, die Maschinen werden schneller abgenutzt, als es technisch notwendig wäre, die Massenbedarfsfabrikate sind häufig von schlechterer Qualität als in den ersten Jahren der NEP. Auf einer Konferenz zur Besprechung der Fragen der Produktionsqualität wurde von Kujbyschew, dem Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates, festgestellt: „Auf dem Gebiete des Kampfes um die Qualität haben wir keine Errungenschaften, mehr noch: wir müssen eine offensichtliche Rückwärtsentwicklung konstatieren. Man prahlt bei uns damit, daß man den Plan zu 100 oder



120 Prozent erfüllt hat, und derweilen hat man eine bedeutende Verschlechterung der Qualität geduldet.“ (Bericht über die Konferenz vom 10. bis 15. Oktober 1930.)

Ein weiteres Ziel des Fünfjahresplanes war die Senkung der sehr hohen **Gestehungskosten** der industriellen Produktion. Den hohen Gestehungskosten liegen die gleichen Ursachen zugrunde, die die schlechte Qualität der Erzeugnisse bedingen. In fast allen Industriezweigen sind die Gestehungskosten nicht nur 1½ bis 2 mal höher als vor dem Kriege, sondern auch 2 bis 2½ mal höher als im Ausland. Nach amtlichen Angaben war der Wert der Metallfabrikate in der Sowjetunion 2,75 mal, der Wert der Textilwaren 2½ mal so hoch wie der Weltmarktpreis. Die Kosten der Holzverarbeitung sind in der Sowjetunion 1½ mal höher als in Schweden und Finnland. Die Gestehungskosten der Kohle stellten sich Ende 1930 auf durchschnittlich 10,64 Rubel je Tonne, also um 13,7 Prozent höher, als im Plan angenommen worden war (9,76 Rubel). (Vgl. „Sa Industrialisaziju“, 21. Januar 1931.)

Im Fünfjahresplan heißt es: „Die Differenz in den Industriepreisen der Sowjetunion und des Auslandes ist nach der Revolution sowohl infolge der Preissteigerung in der U. d. S. S. R. als auch infolge des Preissturzes für Industriewaren im Ausland erheblich angewachsen, so daß der Auslandsindex für Industriewaren gegenwärtig etwa 2½ mal niedriger ist als in der U. d. S. S. R.“ Demgemäß wollte der Plan im Laufe des Jahrfünfts eine Senkung der Gestehungskosten um 35 Prozent im Durchschnitt der gesamten Industrie herbeiführen, darunter eine Senkung der Brennstoffkosten um 30 Prozent und der Rohstoffkosten um 18 bis 28 Prozent. Die Berichte für die beiden abgelaufenen Jahre zeigen indes, daß dies Ziel nicht erreicht worden ist: im ersten Jahr des Jahrfünfts sind die Gestehungskosten nur um 5,3 Prozent statt um 11,7 Prozent gesenkt worden, im zweiten Jahr um 4,3 Prozent statt um 11,2 Prozent. Im ersten Quartal 1931 sind die industriellen Gestehungskosten, statt um 8 Prozent zu sinken, „um nicht weniger als 2 bis 3 Prozent“ gestiegen. („Bolschewik“, 15. Mai 1931, S. 41.)

Schließlich wollte der Fünfjahresplan die Standortlage der **Sowjetindustrie** wesentlich verändern. In der zaristischen Zeit wurde die industrielle Entwicklung behördlicherseits hauptsächlich in den Bezirken Petersburg, Moskau, Zentralrußland, Donezbecken und

Ural gefördert. Die Grenzgebiete, darunter auch Sibirien, wurden in die industrielle Entwicklung absichtlich nicht einbezogen, man förderte in diesen Bezirken nur die Erzeugung verschiedener Rohstoffe. In ihrem Reorganisationsplan läßt sich die Sowjetregierung von dem Wunsche leiten, die verarbeitenden Industrien an die Rohstoff- und Brennstoffbezirke heranzubringen und daneben auch die einzelnen nichtrussischen Bundesrepubliken zu industrialisieren, um so ihren nationalen Sonderwünschen entgegenzukommen; von nicht geringer Bedeutung ist bei alledem aber auch die Absicht, den Schwerpunkt der Sowjetindustrie aus militärisch-strategischen Erwägungen mehr nach dem Osten, in das Innere der Union, zu verlegen. Diese Politik wird bisweilen derart auf die Spitze getrieben, daß neue Riesenerwerke in den entlegensten Gegenden errichtet werden, die Hunderte von Kilometern nicht nur von der Eisenbahn, sondern von jeder Menschengesiedlung überhaupt entfernt sind. Dadurch wird die Bautätigkeit stark verteuert und eine schwere wirtschaftliche Belastung für die Zukunft geschaffen.

Als besonders unbefriedigend hat sich der Fünfjahresplan auf dem Gebiete des **Verkehrswesens** erwiesen. Der Plan beschränkt sich hier im wesentlichen auf ein Programm der Wiederinstandsetzungsarbeiten und verlangt die Umgestaltung und den Neubau von Eisenbahnen nur in sehr begrenztem Ausmaß. Sein Eisenbahnprogramm paßt sich in keiner Weise den gewaltigen Veränderungen an, die er für die Gesamtwirtschaft in Aussicht nimmt. Bereits in den ersten zwei Jahren des Planjahrfünfts hatte sich herausgestellt, daß die Zunahme des Fracht- und Personenverkehrs über alle Voranschläge des Planes weit hinausging: der Frachtverkehr überschritt den Voranschlag 1928/29 um 16 Prozent, 1929/30 um 20 Prozent. Der Personenverkehr überschritt den Voranschlag im Jahre 1930 um 47 Prozent, und für das Jahr 1931 wird bereits mit einem Personenverkehr von 68 Milliarden Personenkilometer gerechnet.

Das Organ des Staatlichen Planausschusses („Planowoje Chosjajstwo“, 1930, Nr. 12) schreibt hierzu: „Die Transportmittel sind eine ernste Schranke für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft unseres Landes geworden. In den Bergwerken liegen in großen Mengen Erze, auf den Halden lagert Kohle, auf den Güterbahnhöfen liegen unter freiem Himmel landwirtschaftliche Frachten, namentlich Getreide, in den Fabriken sammeln



sich fertige Fabrikate an, Naphtha wird nicht in der erforderlichen Menge ausgeführt, Holz und Baustoffe bleiben liegen.“ Fügt man hinzu, daß der Personenverkehr 1931 nahezu völlig lahmgelegt war, so begreift man, daß der Zustand der Transportmittel die Durchführung des Fünfjahresplanes gefährdet.

„Der technische Zustand des Eisenbahntransports ist erschreckend . . . Der Oberbau ist in schlechtem Zustand . . ., die Anzahl der morschen Bohlen ist groß, das Gleismaterial ist zu leicht und verbraucht . . ., die Lokomotiven und Waggons sind zu einem erheblichen Teil in beschädigtem Zustand, außerdem veraltet, der Zahl nach unzureichend und von einer geringen Leistungsfähigkeit . . ., die Beförderungskapazität des Eisenbahnnetzes ist gering“, — das ist das Urteil des obersten Leiters des Eisenbahnwesens der Sowjetunion, des Volkskommissars für Verkehrswesen Ruchimowitsch in seinem Bericht an den Staatlichen Planausschuß („Prawda“, 17. Mai 1931).

An der Verkehrsdesorganisation ist in hohem Maße die Unwirtschaftlichkeit der Verkehrsverwaltung und das desorganisierende Verhalten der staatlichen Kunden der Eisenbahn beteiligt. In der Sowjetpresse wimmelt es nur so von Meldungen über Frachten, die hin- und hergeschickt werden, die an einen falschen Empfänger abgehen, über Waggons, die wochenlang leer stehen oder wochenlang nicht entladen werden, über verloren gehende Waggons oder gar ganze Züge, über böswillige Beschädigung und Beiseiteschaffung des Materials. „So absurd das in den Verhältnissen der Planwirtschaft anmutet, so müssen wir doch feststellen, daß unser Transportsystem an allen Mängeln der Planlosigkeit krankt. . . . Mit einer solchen skandalösen Benutzung der Transportmittel muß entschieden Schluß gemacht werden“, schreibt die „Ekonomitscheskaja Shisnj“ vom 15. April 1931. Ferner beschwert sich die Sowjetpresse fortgesetzt über die geringen Leistungen der Eisenbahner. Anfang 1931 wurde beschlossen, die strengste Disziplin sowohl in der Benutzung der Eisenbahnen als auch im Eisenbahndienst selbst einzuführen. Durch Dekret vom 28. Januar 1931 werden die strengsten Strafen einschließlich der Todesstrafe für disziplinarische Vergehen im Eisenbahnverkehr angedroht. Gleichzeitig ist eine Erhöhung der Eisenbahnerbesoldung erfolgt. Außerdem ist das sogenannte entpersönlichte System im Eisenbahndienst beseitigt, d. h., jede Lokomotive erhält nunmehr ihre festen Lokomotiv-

führer und Heizer, die für sie verantwortlich sind. Eisenbahnfachleute aus Amerika, Japan und Deutschland werden den Bahnen beigeordnet.

Im Mai 1931 wurde vom Staatlichen Planausschuß beschlossen, den Plan für die Eisenbahnwirtschaft zu revidieren und die für den Eisenbahnverkehr bestimmten Mittel (und zwar für das Jahr 1931 um das Doppelte) zu erhöhen sowie schließlich die radikale Umstellung des Eisenbahnwesens zu beschleunigen. Alle diese Maßnahmen haben bis jetzt wenig Positives ergeben. Das Transportproblem vermögen sie in Wirklichkeit auch nicht zu lösen, weil das Verkehrswesen infolge seiner besonderen Empfindlichkeit, die sich ja auch während des Krieges und in der Periode des Kriegskommunismus gezeigt hat, die Untragbarkeit des gegenwärtigen Tempos der wirtschaftlichen Umgestaltung für die gesamte Oekonomie des Landes stets am sichtbarsten zum Ausdruck bringt.

#### b) Landwirtschaft.

Nach den Zerstörungen und Verwüstungen, die Krieg und Revolution auch in der Landwirtschaft ange richtet hatten, vollzog sich in den ersten Jahren der NEP ein rapider Wiederaufbau. Aber schon im Jahre 1927/28 zeigten sich Rückbildungserscheinungen sowohl in bezug auf Anbaufläche und Menge des auf den Markt gelangenden Getreides als auch hinsichtlich der Viehzucht. Amtliche Erhebungen führten zu dem Ergebnis, daß die Hauptsache der niedrigen Produktivität und der geringen Lieferung für den Markt darin zu suchen sei, daß in der Landwirtschaft der Klein- und Kleinstbetrieb überwiegt, der in bezug auf landwirtschaftliche Technik und Kultur eine ungewöhnlich niedrige Stufe einnimmt.

Der Fünfjahresplan will, wie wir schon sagten, nicht, daß die Hebung der agrarischen Produktion auf der Grundlage des Erstarkens einer Schicht wohlhabender und besitzender Bauern vor sich gehe. Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion soll daher nach dem Plan dadurch gesichert werden, daß staatliche Großbetriebe (Sowchosen) geschaffen und die bäuerlichen Kleinbetriebe zu einer Art landwirtschaftlicher Genossenschaften (Kollektivbetriebe, Kolchosen) zusammengeschlossen werden; gleichzeitig soll die Produktivität des bäuerlichen Einzelbetriebes durch Zwangs- und Förderungsmaßnahmen des Staates erhöht werden. Zur Zeit der Planaufstellung hatten die nämlichen kommu-

nistischen Parteinstanzen, die den Plan zum Gesetz erhoben haben, die Kollektivisierung der Landwirtschaft bereits ins Auge gefaßt. Trotzdem ist im Fünfjahresplan nur eine allmähliche und sehr langsam vor sich gehende Umwandlung der Privatbetriebe in Kollektivbetriebe vorgesehen. Die Verfasser des Planes betonen: „Einen Kampf gegen bessergestellte, aber andere nicht ausbeutende Betriebe, ähnlich wie wir ihn gegen die Kulaken führen, wollen wir nicht in Angriff nehmen.“ Und sie sagen eindeutig: „Wenn wir das Fazit des Planes als Ganzes ziehen, kommen wir zu dem Schluß, daß im Laufe dieses Jahrfünfts die Masse der bäuerlichen Einzelbetriebe die Hauptrolle in der Erzeugung von Agrarprodukten spielen wird; deswegen muß das Anspornen der mittel- und kleinbäuerlichen Massen zur Erweiterung und Verbesserung ihrer Betriebe einer der Grundpfeiler des Planes sein.“ (Fünfjahresplan, Bd. II, Teil 1, S. 329.)

Im Fünfjahresplan (Bd. II, 1, SS. 356/357) war angenommen worden, daß die Verteilung der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf die einzelnen sozialen Sektoren und entsprechend auch die Verteilung der Produktion sich prozentual folgendermaßen entwickeln würde:

	1927/28	1932/33
Landwirtschaftliche Bevölkerung insgesamt	100,0	100,0
davon: in bäuerlichen Einzelbetrieben	98,9	89,6
in Kolchosen	0,9	9,6
in Sowchosen	0,2	0,8
Bruttoproduktion insgesamt	100,0	100,0
davon in bäuerlichen Einzelbetrieben	98,2	85,3
in Kolchosen	0,6	11,5
in Sowchosen	1,2	3,2

So sollten am Ausgang des Planjahrfünfts 90 Prozent der Landbevölkerung, die 85,3 Prozent der gesamten agrarischen Produktion liefern würden, in bäuerlichen Einzelbetrieben verbleiben.

Die **Anbaufläche** sowohl für Getreide als auch für Nutzpflanzen sollte vermehrt werden. Diesem Zweck sollte der beschleunigte Uebergang von der Dreifelderzur Vielfelderwirtschaft und die maximale Ausnutzung der Sumpf-, Sand- und Forstböden, die bis dahin noch nicht in Bebauung genommen worden waren, dienen. Ein umfassendes Programm der Mechanisierung und der gesteigerten Verwendung von künstlichem Dünger war dem Fünfjahresplan eingegliedert worden.

**Inventar und Maschinerie** der Landwirtschaft sollten in fünf Jahren verdoppelt werden und den Wert von

2 Milliarden Rubel erreichen. Die Zahl der Traktoren sollte bis 1932/33 auf 100 000 erhöht werden, die so gelieferte Antriebskraft sollte der Zugkraft von 2 Millionen Pferden gleichkommen. Der Wert des landwirtschaftlichen Inventars sollte auf diese Weise auf 24,20 Rubel je Hektar gebracht werden, was für die RSFSR (Inneres Rußland) und die Ukraine einer vier- bzw. zweifachen Wertsteigerung, für Transkaukasien und Turkestan einer fünf- bzw. sechsfachen Steigerung gleichbedeutend wäre. Die Menge der auf den Ackerflächen der Sowjetunion verwendeten **Düngemittel** sollte im letzten Jahr des Jahrfünfts um das Neunfache steigen und 9 Millionen Tonnen bzw. das 4,2 fache des Friedensstandes erreichen.

Die **Bruttoernte** wollte der Plan in fünf Jahren für Getreide um 45—50 Prozent, für Flachs um 50 Prozent, für Baumwolle und Zuckerrüben um 30 Prozent steigern. Die Verfasser des Planes bemerkten: „Im letzten Jahr des Planjahrfünfts wird es möglich sein, die Getreideausfuhr bis auf 8 Millionen Tonnen zu steigern . . . Doch wird man“, wurde vorsichtig hinzugefügt, „von einer Ausfuhr in irgendwie bedeutendem Umfang erst für die beiden letzten Jahre des Jahrfünfts reden können.“ In den abgelaufenen Jahren hat sich nun für die Entwicklung der Anbaufläche und der Bruttoernte folgendes Bild ergeben\*):

	Einheiten	1913	1928/29		1929/30		1931	1932/33
			Plan-voranschlag	Tatsächl. Ergebnis	Plan-voranschlag	Tatsächl. Ergebnis	Voran-schlag (Kontrollziffern)	Voran-schlag (Fünfjahresplan)
<b>Anbaufläche</b>	Mill. ha	116,7	120,4	118,0	130,4	127,8	143,0	141,3
davon:								
Getreide	"	12,9	98,2	95,4	105,5	103,4	108,7	111,4
Baumwolle	1000 ha	701,0	1036,0	1210,0	1377,0	1600,0	2310,0	1529,0
Flachs	"	1860,0	1430,0	1470,0	2140,0	1823,0	2100,0	1727,0
Zuckerrüben	"	622,0	784,0	878,0	962,0	1000,0	1354,0	1087,0
<b>Bruttoernte</b>								
Getreide	Mill.Ztr.	816,0	767,0	717,0	930,0	874,0	970,0	1058,0
Baumwolle	"	7,4	11,5	8,6	13,0	13,5	21,0	19,1
Zuckerrüben	"	109,0	120,0	63,5	154,5	151,7	214,4	195,5
Flachsfaser	"	4,5	—	3,6	5,2	4,3	5,7	6,2

\*) „Kontrollziffern für 1929/30“, SS. 440, 528 und 532; „Planowoje Chosjajstwo“, 1930, Nr. 1; „Fünfjahresplan“, Bd. II, Teil 1, SS. 334 u. 335. — Der Jahresplan für 1931 überschreitet sogar das, was der Fünfjahresplan für das letzte Jahr des Jahrfünfts — 1932/33 — in Aussicht genommen hatte.

Im Jahre 1929/30 machte also die gesamte Anbaufläche 90,4 Prozent, die Getreidebruttoernte 82,6 Prozent der entsprechenden im Fünfjahresplan für 1932/33 vorgesehenen Größen aus. Endgültige Angaben über die Anbaufläche von 1931 waren bei Drucklegung dieser Schrift noch nicht veröffentlicht. Die vorläufigen Angaben für den 15. Juni sprechen von einer Durchführung des Planes zu 93 Prozent, was gegenüber dem Vorjahr einer Erweiterung der Anbaufläche um 5—6 Prozent gleichkommt. Die starke Ausdehnung der Anbaufläche in den Kolchosen im Jahre 1931 war von einem gleichzeitigen Rückgang der Anbaufläche in den bäuerlichen Privatbetrieben begleitet.

Für die Förderung der **Viehzucht** sowohl in quantitativer wie in qualitativer Beziehung waren im Fünfjahresplan verschiedene Maßnahmen vorgesehen. Es sollten zahlreiche Viehzuchtsovkhos, Geflügelfarmen, Fleischfabriken und Meiereien ins Leben gerufen werden. Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Viehhaltung in den letzten Jahren im Vergleich zur Vorkriegszeit und zum Fünfjahresplane (in 1000 Stück)\*):

	1913	1927	1928	1929	1930	1932 33 (Plan)
Pferde . . . . .	35 500	31 843	33 534	34 638	30 558	36 929
Großrind . . . . .	6 000	66 442	70 541	67 112	53 900	80 937
davon Kühe . . . . .	?	29 358	30 740	30 360	26 694	35 524
Schafe u. Ziegen . . . . .	112 000	132 110	133 266	133 677	101 172	160 934
Schweine . . . . .	20 000	22 648	25 980	20 384	13 22	34 849

Nach der Einführung der NEP hatte sich somit ein Wiederaufstieg der Viehhaltung vollzogen. Im Jahre 1928 hatte der gesamte Viehbestand mit Ausnahme der Pferdehaltung den Stand von 1913 überschritten. In den letzten zwei Jahren, namentlich 1929, war aber ein neuerlicher Rückgang zu verzeichnen. Im Angesicht der Zwangskollektivisierung und der „Entkulakisierung“ zogen es die Bauern vor, ihr Vieh zu schlachten, statt es den Kolchosen zu überlassen. Im Verlauf des Jahres 1929 allein ist der Bestand an Pferden um 11,6 Prozent, an Großrindern um 20 Prozent, an Kühen um 12,1 Prozent, an Schafen um 24,3 Prozent und an Schweinen um 35 Prozent zurückgegangen.

Außer den eigenen Mitteln der Landbevölkerung wollte der Staat für die Verwirklichung der geplanten

\*) „Na agrarnom fronte“, 1931, Nr. 2; „Fünfjahresplan“, Bd. II, Teil 1, S. 333.

Umgestaltung der Landwirtschaft im Laufe des Planjahrfünfts etwa 3 Milliarden Rubel aufwenden.

Die gesamte Politik der ersten Jahre des Planjahrfünfts stand, wie schon gesagt wurde, im Zeichen der Zwangskollektivisierung. Entgegen den Absichten des Fünfjahresplanes waren am Ausgang des zweiten Jahres 25,7 Prozent und in der Mitte des dritten Jahres (am 10. Juni 1931) bereits 53,7 Prozent aller Betriebe in die Kollektivwirtschaft einbezogen. Im Jahre 1931 entfielen 49 Prozent der gesamten bestellten Fläche auf die Kolchosen und Sowchosen. Im Gegensatz zum Programm des Fünfjahresplanes wurden die bäuerlichen Betriebe vom Staate in keiner Weise gefördert, im Gegenteil: man nahm ihnen sogar die Möglichkeit, landwirtschaftliche Maschinen, Düngemittel und Kredite zu erlangen. Die Aufwendungen des Staates für landwirtschaftliche Zwecke haben den Voranschlag des Fünfjahresplanes bei weitem überschritten, aber die staatlichen Mittel sind fast ausschließlich den Kolchosen und Sowchosen zugute gekommen. In zwei Jahren hat der Staat über 3 Milliarden Rubel in Gestalt von Traktoren, Maschinen, Saatgut und Krediten in den Kolchosen und Sowchosen investiert, und im Jahre 1931 sollen weitere 3,8 Milliarden Rubel den gleichen Zwecken zugeführt werden. Den bäuerlichen Einzelbetrieb hat der Staat unentwegt bekämpft: ab Frühjahr 1930 wurden die wohlhabenden Bauern „entkulakisiert“, d. h., in ihrer wirtschaftlichen Existenz zum größten Teile vernichtet, und ab Frühjahr 1931 wurde jeder selbständig wirtschaftende Bauer zum Feinde des Sowjetregimes erklärt. Die den selbständig wirtschaftenden Bauern als angeblichen „Kulaken“ fortgenommenen guten Ländereien, Produktionsmittel, Höfe und Vieh wurden den Kolchosen übereignet. Auf diese Weise wurde eine gewisse Hebung der Technik und Bodenkultur in den Sowchosen und Kolchosen erreicht, aber der dafür gezahlte Preis war die Verschlechterung der Wirtschaftsbedingungen im „individualwirtschaftlichen“ Sektor. Der Ruin der Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Zwangskollektivisierung ist natürlich in den Produktionsergebnissen der ersten zwei Jahre des Planjahrfünfts zum Ausdruck gekommen; diese Ergebnisse wären freilich noch ungünstiger gewesen, wenn die erwähnten gewaltigen, für die russische Landwirtschaft ganz ungewöhnten Investitionen nicht erfolgt wären und das technische Niveau des Ackerbaus durch die staatlichen Maßnahmen in den Kolchosen und Sowchosen nicht gehoben worden wäre.

Der Uebergang zur Vielfelderwirtschaft ermöglichte (siehe Tab. auf S. 27) eine Erweiterung der Anbaufläche um 25—30 Prozent in zwei Jahren (die Brache ging von 30 auf 11 Prozent zurück), und die Beseitigung der Gemengelage und der Grenzfurchen hat ebenfalls zur Ausdehnung der nutzbaren Fläche beigetragen. Darüber hinaus hat der Staat den Kolchosen alle urbaren Reserveböden zur Verfügung gestellt und für die Bestellung jungfräulichen Bodens in den eigentlichen Viehzuchtbezirken (Kasakstan, Turkestan, Kirgisien) Traktoren geliefert.

Positive Ergebnisse wurden sowohl im Körnerbau als auch in der Nutzpflanzenwirtschaft erzielt. Die Getreideerzeugung blieb nach amtlichen Angaben im Jahre 1928/29 nur um 8 Prozent hinter dem Planvoranschlag zurück und erreichte im Jahre 1929/30 99,5 Prozent des Planes. Im zweiten Jahr des Jahrfünfts hat die Baumwollerzeugung den Plan überschritten, die Zuckerrübenproduktion stellte sich auf 97 Prozent und die Flachs-erzeugung auf 81 Prozent des Planvoranschlages.

Dank günstigen Witterungsverhältnissen war die Ernte 1930 ungewöhnlich gut, sie kann daher auch nach der Meinung der Sowjetwirtschaftler als sicherer Maßstab für die Beurteilung der Auswirkungen der Umgestaltungmaßnahmen in der Landwirtschaft nicht dienen. Andererseits war die Getreideversorgung im Jahre 1931 trotz der vorausgegangenen guten Ernte im Verhältnis schlechter als vor dem Kriege, weil die Bevölkerung bei ungefähr gleichbleibender Ernte seit 1913 erheblich angewachsen ist. Die Getreideernte pro Kopf der Bevölkerung stellte sich im Jahresdurchschnitt 1909—1915 auf 6,3 Zentner, im Jahre 1928/29 auf 5,1 Zentner und im Jahre 1929/30 auf 5,4 Zentner.

Eine nähere Prüfung der wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse der Kollektivierungspolitik bleibt zunächst dem Kapitel „Fünfjahresplan und Kollektivierung“ vorbehalten. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß es dem Sowjetstaat gelungen ist, die Hauptaufgabe zu lösen, die er sich bei der Inangriffnahme der Kollektivierung gestellt hatte: die Einbeziehung der bäuerlichen Einzelbetriebe in die Kolchosen und die damit erreichte Zusammenlegung der Bauernhöfe zu größeren Betrieben hat den auf den Markt gelangenden Teil der agrarischen Produktion erhöht und somit die Getreidemenge vermehrt, die der Staat zur Versorgung der Städte und zu Ausfuhrzwecken den Landwirten fortnehmen konnte.

	Bruttoproduktion an Getreide		Auf den städtischen Markt gelangendes Getreide		Marktanteil in % der Bruttoproduktion
	in Mill. Ztr.	in %	in Mill. Ztr.	in %	
<b>Vor dem Kriege*)</b>					
Grundherren . . .	100	12	46,1	21,6	47
Wohlhabende Bauern . . .	312	38	106,5	50,0	34
Mittel- und Kleinbauern . . .	410	50	60,4	28,4	14,7
zusammen	822	100	213,0	100,0	26
<b>Im Jahre 1926/27</b>					
Sowchosen und Kolchosen . . .	13	1,7	6,2	6,0	47,2
Wohlhabende Bauern (Kulaken)	103	13,8	20,6	20,0	20,0
Mittel- und Kleinbauern . . .	664	85,3	76,3	74,0	11,2
zusammen	780	100,0	103,1	100,0	13,3
<b>Im Jahre 1930</b>					
Kolchosen . . .	252,6	28,8	75,4	35,4	29,8
Sowchosen . . .	30,5	3,5	11,8	5,5	38,6
Privatbetriebe . . .	590,5	67,7	125,9	59,1	21,3
zusammen	873,6	100,0	213,1	100,0	24,4

Der Anteil des Marktes an der Produktion der Landwirtschaft ist, wie die Tabelle zeigt, von neuem beträchtlich gestiegen. Die Kolchosen und Sowchosen haben mit ihrer Marktproduktion die Getreidemenge zwar noch nicht erreicht, die vor dem Kriege von den Betrieben der Grundherren und Kulaken (Großbauern) geliefert wurde, aber sie haben ihre Marktproduktion immerhin erheblich erhöht. Bei der Berechnung des auf den Markt gelangenden Anteils der Produktion wird man die Exaktheit der amtlichen Angaben sicher anzweifeln müssen; was hier aber in Zweifel zu ziehen ist, das ist Tempo und Ausmaß der Entwicklung, nicht ihre Grundtendenz, die unbestreitbar von der größten Bedeutung für die russische Landwirtschaft ist. Seit es Kolchosen in weitem Ausmaß gibt, hat sich die Beschaffung des Getreides durch den Staat erheblich vereinfacht. Das, was früher häufig nur mit brutaler Gewalt dem Dorf abzupressen war, bekommt der Staat jetzt durch Verwaltungsanordnungen und wirtschaftliche Maßnahmen. Der Staat hatte im Jahre 1930 158 und Mitte 1931 bereits über 1227

\*) Bericht des Statistischen Zentralamts in „Prawda“, 2. Juni 1928; „Na agrarnom fronte“, 1931, Nrn. 1 und 2; „Planowoje Chosjajstwo“, 1930, Nr. 12.

Maschinen- und Traktorenzentralstellen ins Leben gerufen, in denen fast der gesamte Bestand an Traktoren und komplizierten Landmaschinen sowie der größte Teil des Bestandes an Arbeitspferden konzentriert ist. Diese Zentralstellen verrichten für die Kolchosen und teilweise auch für die selbständig wirtschaftenden Bauern die meisten mechanisierbaren Arbeiten (Pflügen, Säen, Ernten, Dreschen usw.) und bekommen als Entgelt Agrarprodukte in Natura, die sie dem Staat abliefern. Sie verfügten 1930 über 7102 Traktoren mit 86 000 PS, 1931 bereits über 46 700 Traktoren mit 665 000 PS; sie bestellten 1930 eine Fläche von 2 Millionen ha, 1931 bereits eine Fläche von über 20 Millionen ha. („Prawda“, 26. Mai 1931.) Der Staat hat praktisch den übergroßen Teil der Produktionsmittel des flachen Landes in seiner Hand und hat auf diese Weise seine wirtschaftliche Machtposition auf dem Dorfe stark ausbauen können.

Dank dem staatlichen Einfluß auf die Kolchosen und der Tätigkeit der Maschinen- und Traktorzentralstellen ist von den staatlichen Getreidebeschaffungsorganen im Jahre 1931 eine Rekordmenge an Getreide bereitgestellt worden. Nach amtlichen Angaben wurden in diesem Jahr 225 Millionen Zentner Getreide aufgebracht, während 1930 trotz der Entkulakisierung nur 162,6 Millionen Zentner beschafft werden konnten. Die Ernährungsverhältnisse der Kolchosmitglieder und namentlich der selbständig wirtschaftenden Bauern wurden verschlechtert, an Futtermitteln wurde nur eine unzureichende Menge der Landwirtschaft belassen, aber dem Staat ist es gelungen, Getreidevorräte in einem Umfang bereitzustellen, der für die Ernährung sowohl der städtischen Bevölkerung als auch des Heeres ausreicht. Mehr noch: entgegen den Absichten des Fünfjahresplanes hat die Regierung bereits im Jahre 1930/31 die Getreideausfuhr forciert und sie auf 2,2 Millionen Tonnen gebracht.

### c) Markt und Versorgung der Bevölkerung.

Der Fünfjahresplan hatte sich, wie bereits gesagt wurde, nicht zum Ziele gesetzt, den Markt ganz auszuschalten. Er wollte lediglich den Einfluß des Staates auf die Regelung der Marktarchie systematisch festigen und ausbauen. Seine Hauptrichtlinie war, „in den nächsten Jahren eine Linderung und später auch eine Beseitigung des Warenhungers im Lande durchzusetzen“ (Band I, Seite 103). Der Plan hatte angenommen, daß in den ersten beiden Jahren des Jahrfünfts die

Warenknappheit zwar gemildert werden, aber immer noch sehr akut bleiben würde; vom dritten Jahre an sollte dagegen das Angebot die Nachfrage — wenn auch nur um 75 Millionen Rubel — übersteigen, während im vierten und fünften Jahre bereits ein Warenüberfluß würde verzeichnet werden können. Die folgenden Tabellen zeigen, wie der Pro-Kopf-Verbrauch an Industriewaren und Lebensmitteln sich dem Plane entsprechend steigern sollte:

	Einheiten	1927/28	1932/33	1932/33 in % von 1927/28
Baumwollgewebe	Meter	15,2	21,30	140
Wollgewebe	"	0,48	1,17	244
Schuhe	Paar	0,40	0,74	186
Gummischuhe	"	0,22	0,38	173
Seife	kg	0,94	2,60	255
Petroleum	"	6,20	10,70	172

Der Fünfjahresplan (Bd. II, Tl. 2, S. 46) sah also eine Steigerung des Pro-Kopf-Verbrauchs an Industrieerzeugnissen um das Eineinhalb- bis Zweifache bis zum Ausgang des Jahrfünfts vor. Hinsichtlich der Ernährung wurde sogar angenommen, daß die Beseitigung der Ernährungsschwierigkeiten, die Erhöhung der Lebensmittelrationen und die Verbesserung der Ernährungsverhältnisse auf dem flachen Lande bereits in den ersten Jahren des Jahrfünfts gelingen könnte. Ueber die Steigerung des Pro-Kopf-Verbrauchs an Nahrungsmitteln, wie sie im Plan (Bd. II, Tl. 2, S. 81) vorgesehen war, unterrichtet folgende Aufstellung:

	Einheiten	1927/28	1932/33
Getreide Stadtbevölkerung	Zentner	1,79	1,79
Getreide Landbevölkerung	"	2,21	2,34
Fleisch Stadtbevölkerung	kg	49,10	62,70
Fleisch Landbevölkerung	"	22,60	26,40
Eier Stadtbevölkerung	Stück	90,70	155,00
Eier Landbevölkerung	"	49,60	72,00
Molkereiprodukte Stadtbevölkerung	kg	218,00	339,30
Molkereiprodukte Landbevölkerung	"	185,00	228,00
Sonnenblumenöl	"	7,70	13,90
Tee	"	0,17	0,59

Die Haupttendenz der Preispolitik, die die Regierung während des Planjahrfünfts verwirklichen wollte, sollte das Bestreben sein, das allgemeine Niveau der Industriepreise in der Sowjetunion durch Preissenkung den Durchschnittspreisen der kapitalistischen Länder anzugleichen und gleichzeitig durch Erhöhung der Agrarpreise die „Preisschere“ zu beseitigen, die den Verbrauch der Landbevölkerung und die gesamte Volkswirtschaft so ungünstig beeinflusst.

Aber alle Programme des Fünfjahresplanes sind auf diesem Gebiete von der tatsächlichen Entwicklung über den Haufen geworfen worden. Im Rahmen der von ihr gewählten „Generallinie“ war die Regierung gezwungen, die Bekämpfung des privaten Marktes nicht durch regulierende wirtschaftliche Einflüsse, sondern durch Repressalien zu bewerkstelligen. In den Jahren 1929 und 1930 wurde fast der gesamte legale Privathandel vernichtet, und Ende 1930 waren vom Privathandel nur noch einige kleine Märkte und etliche ambulante Händler übriggeblieben. Gleichzeitig hat aber der illegale Einzel- und Schleichhandel weite Verbreitung gefunden. Infolge des Anschwellens der Inflation und der Desorganisation des Handels hat sich die Warenknappheit weiter verschärft. Der staatliche und genossenschaftliche Handel war nicht in der Lage, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, und die Regierung hat das Kartensystem der Rationierung für fast alle Industriewaren und Lebensmittel eingeführt, wobei die Waren nur an die Werktätigen (in der gesamten Sowjetunion etwa 25 bis 30 Millionen Menschen) abgegeben werden. Später wurden zur bevorzugten Sicherung der Versorgung der arbeitenden Bevölkerung geschlossene Verkaufsstellen in den Betrieben ins Leben gerufen, die ihre Waren nur an Angehörige der Belegschaft verkauften. Infolge der Beschaffungs-, Transport-, Finanz- und Organisationsschwierigkeiten und -mißbräuche können in der Praxis auch die Arbeiter nur sehr wenig Waren in den Verkaufsstellen der Betriebe und in den Genossenschaftsläden kaufen. Regelmäßig bekommen sie nur Brot (anderthalb bis zwei Pfund), während Fleisch, Fische, Fette und Gemüse nur in geringen Mengen und äußerst unregelmäßig zur Ausgabe gelangen. Den größten Teil der Waren, die sie für ihre bescheidene Ernährung brauchen, müssen die Arbeiter im halblegalen Handel zu den überhöhten Preisen des freien Marktes erwerben. Konfektion, Schuhe, Wäsche sind nur gegen besondere Bezugsanweisungen zu haben, die wiederum nur sehr schwer zu erlangen sind.\*)

Die Ernährungslage der anderen Bevölkerungsschichten ist noch wesentlich ungünstiger. Mitte 1931 hatte die Lebensmittelversorgung der Arbeiterbevölkerung eine so katastrophale Verschlechterung erfahren, daß

\*) Um eine Vorstellung zu vermitteln von der Menge der Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände, die die Arbeiter (I. Kategorie) in Moskau und Leningrad auf Karten bekommen, führen wir nachstehend eine Tabelle an, die zugleich einen

die Regierung gezwungen war, das Rationierungssystem zu reorganisieren. Eine besondere Konferenz der Vertreter des Staatshandels und der Genossenschaften gelangte zu der Feststellung, daß die Genossenschaften nicht einmal die Verteilung der Waren bewältigen können, die im Lande in ausreichender Menge vorhanden sind. Die amtliche Erklärung besagt: „Der Hauptmangel in der gegenwärtigen Arbeit der Konsumgenossenschaften ist die Unbeweglichkeit und der Bürokratismus in ihrer Tätigkeit, die zum Einfrieren des Warenumsatzes führen . . . . Künstlich wird der Mangel an Waren gemacht . . .“ („Prawda“, 12. Mai 1931.) Es wurde daraufhin beschlossen, in einigen Großstädten warenhausartige Geschäfte zu eröffnen, in denen die Waren zu hohen Preisen, die die tatsächliche Entwertung des Tscherwonez zum Ausdruck bringen, verkauft werden. Daneben wurde der Beschluß gefaßt, die Waren, die im Ueberfluß vorhanden sind, ohne jede Rationierung in Genossenschaftsläden oder offenen Geschäften frei verkaufen zu lassen und die Organisation der Warenversorgung der Bevölkerung umzugestalten.

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei

Vergleich zwischen den Preisen in den staatlichen Verkaufsstellen und denen am freien Markt ermöglicht. Die Tabelle beruht auf amtlichen Angaben und durchschnittlichen Marktpreisen. Es wurden im Monatsdurchschnitt ausgegeben:

	Einheiten	1930	1931 (März)	Preise in Rubel		
				für	aufKarten	am freien Markt
Zucker . . . .	kg	1,5	1,5	1 kg	0,60	2,40
Tee . . . . .	g	50	25	25 g	0,40	1,20
Makkaroni . .	kg	1	0,5	1 kg	0,40	0,60
Graupen . . .	kg	1,8	1,8	1 kg	1,- bis 2,50	—
Sonnenblumenöl . .	Ltr.	0,5	gar nicht	½ Ltr.	0,21	0,50
Margarine . . .	Pfd.	—	1	1 Pfd.	0,55	—
Heringe . . . .	kg	2	1	1 kg	0,80 bis 1,20	1,- bis 1,50
Fische . . . .	kg	—	0,5	1 kg	1,-	4,-
Wirtschaftsseife . . . .	kg	0,5	0,5	1 kg	0,80	2,- bis 3,-
Toiletteseife . .	Stck.	1	1	1 Stck.	0,50	1,50
Mehl . . . . .	kg	1	2,5	1 kg	1,40	2,-
Fleisch (7 mal) .	g	600	400	1 kg	1,-	5,- bis 8,-
Butter . . . .				1 kg	—	25,-
Kartenbrot . . .	Pfd.	60	45-60	1 Pfd.	0,50	—
Weißbrot . . .				1 Pfd.	—	1,60 bis 2,-
Milch . . . . .	Ltr.	0,5	0,5	1 Ltr.	0,40	1,50
			(Nur für Kinder, jeden 2. Tag)			
Eier . . . . .				10 Stck.	—	5,-
Kartoffeln . . .				1 Pfd.	—	0,25 bis 0,40

(„Prawda“, 13. Mai 1931) führt über die Grundgebrechen der Sowjetgenossenschaften aus: „Die Mängel in der Arbeit der Konsumgenossenschaften finden ihre Erklärung hauptsächlich darin, daß die Genossenschaften, nachdem sie den Privathändler verdrängt und die Monopolstellung auf dem Markt erobert hatten, die kaufmännische Rechnung zu vernachlässigen . . . und die Bedürfnisse und Wünsche der Verbrauchermassen zu ignorieren anfangen.“ Die Diagnose ist zweifellos richtig. Aber sind diese Gebrechen nicht eine unvermeidliche Folge der gewaltsamen Beseitigung des Privathandels und der Verstaatlichung und Bürokratisierung der Genossenschaften?

#### d) Finanzen und Geldwirtschaft.

Auf finanzpolitischem Gebiete wollte der Fünfjahresplan keine radikale Aenderung der Methoden der Mobilisierung des Volkseinkommens durch den Staat und der Verteilung der so beschafften Mittel. Auf allen Gebieten des Finanz- und Kreditsystems zeigte sich im Fünfjahresplan ein friedliches Nebeneinanderbestehen zweier Systeme, des alten Systems, wie es in den kapitalistischen Ländern besteht, und eines neuen, das im Sowjetstaat emporgewachsen ist. Besonders deutlich trat diese Systemmischung in der Abgrenzung des Staatshaushaltes vom Finanzplan in die Erscheinung. Der Staatshaushalt umfaßt die Mittel, die auch in den kapitalistischen Ländern in das Budget gehen; daneben ist der Finanzplan der gesamten verstaatlichten Volkswirtschaft. In vielen Dingen ergibt sich somit eine Art „Konkurrenz“ zwischen Staatshaushalt und Finanzplan, die die gleichen Wirtschaftszweige finanzieren und die gleichen Funktionen verrichten.

Für die Finanzierung der im Fünfjahresplan vorgesehenen Aufgaben mußte der Staat nach den Berechnungen des Planes im Laufe des Jahrfünfts 86 Milliarden Rubel mobilisieren und neu verteilen. Um nun den Umfang der Mittel, die vom Staat im Planjahrfünft erfaßt werden, und den Anteil der einzelnen Finanzierungsquellen zu zeigen, führen wir folgende Aufstellung des Finanzplanes aus dem Fünfjahresplan (Bd. II, Tl. 2, Ss. 400, 401) an.

Betrachten wir nun kurz die einzelnen Einkommensquellen des Sowjetstaates, wie sie sich im Rahmen des Fünfjahresplanes darstellen.

Die Steuern sollen nach dem Fünfjahresplan auch weiterhin die Haupteinnahmequelle des Staates bleiben,

Finanzierungsquellen in Millionen Rubel ohne durchgehende Posten:

	Fünfjahresplan					Planjahrfünft	Prozentualer Anteil der einzelnen Posten	
	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33		1927/28	1932/33
1. Haushalt....	6 365	7 560	8 838	10 277	11 764	44 709	55,9	50,4
davon:								
a) Staatshaushalt.....	4 364	5 071	5 883	6 792	7 547	29 639	37,1	32,6
b) lokaler Haushalt....	2 019	2 499	2 950	3 485	4 127	15 070	18,8	17,8
2. Kreditsystem	844	940	1 319	1 582	1 933	6 628	9,1	8,3
3. eigene Mittel der Wirtschaftsorg. ...	2 363	3 166	3 802	4 457	5 170	18 961	17,8	22,3
4. Sozialversicherung ...	1 145	1 523	1 827	2 161	2 524	9 180	11,0	10,9
5. Mittel nichtstaatlicher Organisationen .....	715	1 052	1 312	1 594	1 852	6 527	6,2	8,1
zusammen	11 432	14 241	17 093	20 071	23 153	86 005	100,0	100,0

aber der Anteil der nichtsteuerlichen Einnahmen sollte von Jahr zu Jahr steigen. Unter den Steuern überwogen 1928/29 die indirekten Steuern. Ihr Anteil sollte nach dem Plan bis 1932/33 gesenkt werden. Als die drei wichtigsten direkten Steuern hatte der Plan die Landwirtschaftssteuer, die Gewerbesteuer und die Einkommensteuer vorgesehen, wobei der Anteil der Gewerbesteuer von Jahr zu Jahr zunehmen sollte. Indirekte Steuern, d. h. Verbrauchsabgaben, liegen auf allen wichtigen Bedarfsartikeln: Tee, Zucker, Kaffee, Zündhölzer, Petroleum, Salz, Textilwaren, Gummischeuhe, Hefe, Seife. Außerdem unterliegen der Besteuerung die geistigen Getränke, deren Verkauf der Staat innehat.

Als zweite, jährlich steigende Einnahmequelle hatte der Plan die Erträge des Staates und der verstaatlichten Betriebe aus wirtschaftlicher Tätigkeit in Aussicht genommen. Am ertragreichsten ist die geplante Belastung der Industrie. Die gesamten Erträge der Industrie werden auf 13,5 Milliarden Rubel geschätzt, wovon 5,2 Milliarden als Gewinn in die Preise einkalkuliert werden und 7,3 Milliarden aus der erwarteten Senkung der Gestehungskosten eingehen sollten. Ein Teil der Erträge wird in Gestalt von direkten Abführungen (Artikel 46 des Trustgesetzes) dem Fiskus zugeführt, ein weiterer Teil durch Steuern und Zwangsanleihen erfaßt, und der Rest verbleibt der Industrie zur Verwendung



für Abschreibungen und für die erweiterte Reproduktion. Das gleiche gilt auch für andere Zweige der staatlichen Wirtschaft: Handel, Banken, Genossenschaften, Verkehrsmittel usw. Der Staat, der in Industrie und Handel ein uneingeschränktes Monopol innehat, setzt die Preise so fest, daß ein hoher Gewinn für die weitere Förderung der Industrialisierung verwendbar bleibt. Die hohen Preise, von denen bereits gesprochen wurde, haben ihren Grund in erster Linie in den hohen Produktionskosten und den außergewöhnlich überhöhten Spesen und Handelsunkosten wie auch in der Inflation. Von entscheidender Bedeutung ist aber letztlich die staatliche Preispolitik, die bewußt auf die Erübrigung von Gewinnen zur Finanzierung der gesteigerten Industrialisierung gerichtet ist. Die Regierung ist mit Energie darauf bedacht, die Gestehungskosten der Erzeugnisse zu senken, aber es besteht nach dem Fünfjahresplan nicht die Absicht, etwa in gleichem Maße auch die Preise zu senken. Die Differenz zwischen Verkaufspreisen und gesenkten Gestehungskosten (die in der Sowjetpresse die Bezeichnung „Riß“ erhalten hat) sollte zugunsten des Fiskus eingezogen werden. Diese Methode erscheint den Verfassern des Planes als „eine der wirksamsten“, und sie soll auch weitgehend Anwendung finden.

Das System der Anleihen hat seit der Stabilisierung der Währung (1924) weite Verbreitung gefunden. Auch der Fünfjahresplan sieht ein umfassendes Anleiheprogramm vor. Bis 1927 handelte es sich bei den Inlandsanleihen um freiwillige Anleihen, seit 1927 werden die Anleihepapiere zwangsweise untergebracht, was indirekt auch von den Verfassern des Planes zugegeben wird. Im Laufe des Planjahrfünftes sollten Inlandsanleihen im Betrage von 4,13 Milliarden Rubel aufgelegt werden; davon war mehr als die Hälfte (2,84 Milliarden) in der Stadt unter den Arbeitern und Angestellten unterzubringen, ein verhältnismäßig geringfügiger Betrag (0,6 Milliarden) auf dem flachen Lande, und der Rest sollte auf die staatlichen Institutionen und verstaatlichten Betriebe umgelegt werden.

Die Notenausgabe als Einnahmequelle wird im Plan verhältnismäßig vorsichtig angefaßt. Der Finanzplan nennt die Notenumission „eine der Quellen der Finanzierung des Banksystems“ und eine „stille Reserve des Staates“, aber die Verfasser des Finanzplanes sagen einmal (Bd. II, Teil 2, S. 365) ganz offen: „Es wäre ganz unangebracht, den allgemeinwirtschaftlichen Plan durch

ein Hungerprogramm der Emission einem zusätzlichen Handikap auszusetzen.“

Wenden wir uns nunmehr der Ausgabenseite des Finanzplanes im Fünfjahresplan zu, so sehen wir, daß sich sämtliche Ausgaben in drei Gruppen zusammenfassen lassen: Ausgaben für wirtschaftliche Zwecke (62 Prozent im Gesamtausgabenetat des Jahrfünftes), für soziale und kulturelle Zwecke (26 Prozent) und für Verwaltung und Landesverteidigung (12 Prozent).

Die Verteilung der Ausgaben für wirtschaftliche Zwecke auf die einzelnen Wirtschaftszweige sieht laut Fünfjahresplan (Bd. II, Teil 2, S. 400/401) wie folgt aus (die Zahlen gelten in Millionen Rubel):

	1927/28	1928/29	1929/1930	1932/33
Industrie . . . . .	1909	2499	3138	4448
Landwirtschaft . . . . .	698	877	1038	1938
Bewässerungsmaßnahmen . . . . .	37	40	65	130
Forstwirtschaft . . . . .	56	70	104	154
Kraftwirtschaft . . . . .	276	314	431	837
Post und Telegrafie . . . . .	56	55	62	65
Verkehrswesen . . . . .	861	1116	1456	2790
Handel u. Genossenschaften . . . . .	691	885	1203	2146
Kommunalwirtschaft . . . . .	236	256	342	780
Wohnungsbau . . . . .	400	450	593	1190
Anstalt f. kurzfrist. Kredit . . . . .	—	95	130	170
Sonstiges . . . . .	222	260	349	313
Zusammen	5422	6917	8911	14961

Im Fünfjahresplan finden wir dann auch den Versuch, die Entwicklung des Volkseinkommens in den einzelnen Wirtschaftszweigen zu berechnen. Hierbei handelt es sich allerdings um die am wenigsten fundierten statistischen Berechnungen des Planes, die auch in kommunistischen Kreisen heftige Debatten ausgelöst haben. Es gibt z. B. nicht weniger als fünf verschiedene Angaben über die Höhe des Volkseinkommens in der Sowjetunion. Die Berechnungen des Planes (Bd. I, S. 165) sind indes auch auf diesem Gebiet trotz allen Zweifeln an ihrer Exaktheit für die Orientierung nicht ohne Interesse.

Mit Recht stellt der Fünfjahresplan fest, daß ein solches Tempo der Kapitalinvestitionen und der Zunahme des Volkseinkommens in keinem Lande der Welt seinesgleichen findet. Die jährliche Zunahme des Volkseinkommens betrug in Rußland vor dem Kriege in den Zeiten der höchsten Konjunkturbelebung nie mehr als 3—5 Prozent und sie überschritt in den USA in den



	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33
Volkseinkommen (Nettoproduktion) in Milliarden Rubel . . . . .	24,7	27,3	30,3	34,8	38,7	43,2
Jährliche Zunahme in %	—	11,0	12,8	12,8	11,3	11,7
Kapitalinvestition (in Preisen der entsprechenden Jahre) .	8,0	10,1	13,0	16,0	18,3	20,6
Davon:						
für das Anlagekapital						
der Industrie . . . . .	1,7	2,0	2,8	3,5	3,8	4,2
der Elektrifizierung . . .	0,3	0,3	0,5	0,7	0,8	0,9
der Landwirtschaft . . .	3,1	3,7	4,1	4,7	5,0	5,5
des Verkehrswesens . . .	0,9	1,1	1,5	1,9	2,4	3,0
für Betriebskapital . . . .	0,9	1,5	2,2	2,9	3,4	3,5

Jahren stürmischsten Aufschwunges nicht die Rate von 7—8 Prozent.

Die abgelaufenen zwei Jahre des Planjahrfünfts haben gezeigt, daß alle Planberechnungen auf dem Gebiete der Finanzen versagt haben. Die Verstaatlichung des gesamten Privathandels und die Kollektivisierung etwa der Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe haben den Finanzplan (d. h. den zusammenfassenden Plan für alle staatlichen Wirtschaftsorganisationen) in den Vordergrund treten lassen, und der Staatshaushalt hat an Bedeutung erheblich eingebüßt. Die Regierung hat denn auch im Jahre 1931 die Struktur der staatlichen Etatpläne radikal geändert: das eigentliche Haushaltsgesetz ist jetzt der Finanzplan, und der Staatshaushalt ist zu einem Bestandteil des Finanzplanes geworden. Ueber den Finanzplan laufen entgegen den Absichten des Fünfjahresplanes im Jahre 1931 bereits zwei Drittel des gesamten Volkseinkommens, über den Staatshaushalt\* nur 45 Prozent.

Unter Beiseiteschiebung der Programme des Fünfjahresplanes sah sich die Regierung ebenfalls im Jahre 1931 gezwungen, das Steuersystem radikal umzugestalten. Als neue Steuer ist die Umsatzsteuer eingeführt worden, die gleichsam zur Universalsteuer geworden ist und fast alle direkten und indirekten Steuern verdrängt hat. Nachdem 1931 eine neue Anleihe im Betrage von beinahe 2 Milliarden Rubel aufgelegt wird, begegnet die Zwangsunterbringung der Staatsanleihen ganz natürlichen Erschöpfungsgrenzen. So mußte die Aufbringung der Mittel vermittels des „Preismechanismus“ zur Hauptmethode der Finanzierung des Staates und der Wirtschaft werden.

Die tatsächlichen Ausgaben im Rahmen des Finanzplanes sind über die Voranschläge des Fünfjahresplanes weit hinausgegangen. Besonders angewachsen sind die Industrialisierungsausgaben, vor allem die Aufwendungen für den Industrieneubau. Die Sowjetwirtschaftler nehmen nach den Erfahrungen der ersten zwei Jahre an, daß die zur Deckung der Ausgaben in Aussicht genommenen 86 Milliarden Rubel zur Finanzierung der Fünfjahresplanpolitik nicht ausreichen werden; eine Mehraufwendung von 20 bis 30 Milliarden Rubel wird von ihnen für wahrscheinlich gehalten. Auch die Kollektivisierungspolitik hat alle finanziellen Berechnungen vollends durcheinandergebracht: die dem Staat aus der Landwirtschaft zufließenden Einnahmen sind stark zurückgegangen, und die Ausgaben sind, da die Last der Finanzierung der Kolchosen und Sowchosen nunmehr auf den Schultern des Staates ruht, beträchtlich gestiegen.

Zur Deckung der Mehrausgaben mußte der Staat zu seiner „stillen Reserve“, der **Notenpresse**, greifen, und zwar in einem Ausmaß, das alle Voranschläge des Fünfjahresplanes weit überschreitet. Nach dem Plan sollten jährlich nicht mehr als 200 bis 250 Millionen Rubel an Papiergeld neu emittiert werden (Bd. II, Teil 2, S. 334); aber die tatsächliche Notenvermehrung erreicht im ersten Jahr des Jahrfünfts 670 Millionen Rubel (zweimal mehr als im Vorjahr) und im zweiten Jahr 1621,7 Millionen Rubel.\*) Welchen Umfang die Noteninflation im abgelaufenen Halbjahr des dritten Jahres erreicht hat, ist nicht festzustellen, da die Sowjetregierung, um das Ausmaß der Papiergeldausgabe zu verbergen, die Veröffentlichung der laufenden Emissionsausweise eingestellt hat. Der pfleglichen Behandlung der Stabilität der Währung im Fünfjahresplan lag die Ueberzeugung seiner Urheber zugrunde, daß die Erschütterung der Stabilität des Tscherwonez die Durchführung des Fünfjahresplanes in all seinen Teilen gefährden könnte. Aber schon im zweiten Jahr des Jahrfünfts machten die Kommunisten aus der Not eine Tugend und versuchten, davon zu profitieren, daß sich die Idee der vollen Beseitigung des Geldes und der Einführung eines geldlosen Wirtschaftsverkehrs in ihren Kreisen immer noch großer Beliebtheit erfreut. Am 21. Februar 1930 erschien ein Dekret „über die bargeldlose Verrechnung der Staatsbetriebe untereinander“. Die Problematik dieser Reform soll im Kapitel „Finanzprobleme“ näher beleuchtet werden.

\*) „Planowoje Chosjajstwo“, 1931, Nr. 1, S. 92.

### e) Arbeit.

Die Probleme der Arbeitspolitik betrachtet der Fünfjahresplan hauptsächlich unter dem Gesichtswinkel der wirtschaftlichen Entwicklung.

Im Plan war ein sehr rapides Anwachsen der Zahl der Arbeiterbevölkerung, durchschnittlich um 5 bis 6 Prozent jährlich, in Aussicht genommen.

	Bevölkerung und Lohnarbeit (in Millionen)				
	1913	1928	1929	1930	1932/33
Gesamtbevölkerung . . . . .	139,7	151,3	154,8	158,2	169,2
Bevölkerung im arbeitsfähig. Alter (16.-59. Lebensjahr)	81,5	82,4	84,7	87,1	91,5
Im Lohn und Gehalt Beschäftigte . . . . .	11,2	11,3	12,1	12,8	15,8
davon in der Stadt . . . . .	8,2	7,0	7,3	7,6	9,6
davon Industrieproletarier .	3,5	3,5	3,7	3,9	4,6

Der Anteil des Proletariats an der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung sollte nach dem Plan von 14 Proz. im ersten Jahr bis auf 17 Prozent im letzten Jahr des Planjahrfünfts steigen. Am Ausgang des Jahrfünfts sollte die Gesamtzahl der gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten den Vorkriegsstand um 40 Prozent überschreiten.

Die abgelaufenen zwei Jahre des Jahrfünfts zeigen in der Tat eine rapide Zunahme der Lohn- und Gehaltsempfänger (im ersten Jahr um 6 Prozent, im zweiten Jahr um 9 Prozent), aber entgegen den Zielsetzungen des Planes ist die Zunahme der Zahl der Staatsangestellten (um 8 Prozent), der Handelsangestellten (um 16,5 Proz.), der Landarbeiter (um 9 Prozent) schneller vor sich gegangen als die Zunahme der Zahl der Industriearbeiter, die nur um 5 bis 6 Prozent gestiegen ist.

Als irrig haben sich auch alle Berechnungen und Annahmen des Planes hinsichtlich der **Erwerbslosigkeit** erwiesen. Die Erwerbslosigkeit hat in der Sowjetunion andere als die in den kapitalistischen Ländern üblichen Wurzeln und geht im wesentlichen auf die agrarische Uebervölkerung zurück. Die Masse der Erwerbslosen wird stets aufgefüllt von den erstmalig Arbeitssuchenden, die vom Lande in die Stadt kommen, und von Bauern, die gleichsam als Saisonarbeiter für fünf bis sechs Monate im Jahr zur Beschäftigung in der Industrie und im Baugewerbe in die Stadt ziehen. Im Durchschnitt kommen jährlich etwa zwei Millionen Menschen vom Lande in die Stadt. Amtlich wurde die Zahl der ein-

getragenen Arbeitslosen im Jahre 1927/28 auf nahezu 2 Millionen beziffert.

Nach dem Plan sollte nun die Zahl der Erwerbslosen in der Stadt bis zum Ausgang des Planjahrfünfts auf 0,5 Millionen bzw. 5,6 Prozent der städtischen Bevölkerung sinken. Was die agrarische Uebervölkerung, d. h. die Erwerbslosigkeit auf dem Lande, die ihrerseits das Erwerbslosentum in der Stadt auffüllt, betrifft, so rechnete der Fünfjahresplan mit ihrer Senkung von mehreren Millionen (nach verschiedenen Berechnungen waren es 9 bis 18 Millionen) auf 2,6 Millionen. Diese Entwicklung sollte durch die Förderung der Industrialisierung in Stadt und Land ermöglicht werden.

Entgegen allen Erwartungen des Planes hat sich die Situation anders entwickelt. An Stelle der **Arbeitslosigkeit** tritt der Sowjetwirtschaft das Problem des **Arbeitermangels** gegenüber. Drei Faktoren sind es, die die Erwerbslosigkeit in der Stadt verringert und fast völlig beseitigt haben. Einmal hat die Entwicklung der Industrie und die Zunahme der Zahl der staatlichen Institutionen (im Zusammenhang mit der Einführung des Kartensystems und den Auswirkungen der Inflation) die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den ersten zwei Jahren des Jahrfünfts um 1,8 Millionen erhöht. Zum anderen ist durch die Umgestaltung des gesamten Lebenszuschnittes auf dem Dorfe im Zuge der Kollektivisierung, die die persönliche Anwesenheit aller Angehörigen der Bauernfamilie auf dem Lande erforderte, der Zustrom der Arbeitssuchenden vom Lande in die Städte zurückgegangen. Schließlich hat die schwere Ernährungskrise, die die nicht als Lohn- und Gehaltsempfänger beschäftigten Einwohner zum Hungerdasein verurteilt, jenen Teil der städtischen Bevölkerung, den noch irgendwelche Bande mit dem Dorfe verknüpfen, gezwungen, aufs flache Land zu ziehen.

Dadurch wurde nicht nur die Erwerbslosigkeit in der Stadt beseitigt, sondern auch die Sowjetwirtschaft von der neuen Kalamität des akuten **Mangels an Arbeitskräften** für die wachsende Industrie heimgesucht. Es fehlt sowohl an Ingenieuren und Technikern als auch an gelernten und ungelernten Arbeitern. Zum wunden Punkt des industriellen Aufbaus wird seit dem zweiten Jahr des Jahrfünfts immer mehr das Fehlen der für die Industrialisierung notwendigen Personalkader. Der stetige Ausbau von Industrie und Landwirtschaft verlangt Ingenieure, Techniker, Werkmeister, Agronome und qualifizierte Arbeiter.

Bereits im Jahre 1929/30 stellte sich heraus, daß für die kommenden fünf Jahre an Ingenieuren, Technikern, Mechanikern und Agronomen allein 1,2 Millionen und an gelernten Arbeitern 3 Millionen erforderlich sein würden. Zur Bewältigung dieser Aufgabe wurde beschlossen, die Frequenz der Technischen Hochschulen und Mittelschulen zu erhöhen, besondere technische Abendkurse ins Leben zu rufen und das Lehrlingswesen in den Betrieben auszubauen.

Der Fünfjahresplan plante eine wesentliche Verbesserung der materiellen **Lebensbedingungen der Arbeiterschaft**. Im Laufe des Jahrfünfts sollte der Lohn durchschnittlich um 46,5 Prozent gesteigert werden. Aber diese Lohnsteigerung wurde von verschiedenen Dingen abhängig gemacht: erstens sollte die Lohnerhöhung von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität abhängen, wobei die Hebung der Arbeitsproduktivität den Lohnsteigerungen vorausgehen sollte, — die Arbeitsproduktivität sollte in fünf Jahren um durchschnittlich 110 Prozent, der Lohn nur um 46 Prozent steigen; zweitens sollte die Erhöhung der Löhne hauptsächlich in Industriezweigen mit rückständigem Lohnniveau erfolgen; drittens war vorgesehen, daß die Lohnerhöhung hauptsächlich in der Sphäre des sogenannten „sozialisierten“ Lohnes, d. h. der Wohnungsmieten, der kommunalen Dienste, der Sozialversicherung usw., erfolgen sollte.

Die Praxis ist auch hinter diesen bescheidenen Forderungen des Planes zurückgeblieben. Trotz erheblicher Erhöhung der Produktivität und namentlich der Arbeitsleistung der Arbeiter ist der Nominallohn in zwei Jahren nur um 6 Prozent gestiegen. Der Reallohn dagegen ist infolge der Inflation beträchtlich gesunken. Im Gegensatz zu den logischen Konstruktionen des Planes hat die Regierung die Löhne gerade in den Zweigen, in denen die Arbeitsproduktivität nicht erhöht werden konnte oder sogar zurückgegangen ist (Bergbau, Eisenbahnen), erhöhen müssen, um die normale Produktivität sicherzustellen.

Auf dem Gebiete der **Arbeitszeit** hatte sich der Plan die durchgängige Einführung des Siebensturentages zum Ziel gesetzt und für das folgende Jahrfünft sogar eine weitere Arbeitszeitverkürzung in Aussicht genommen. Ganz plötzlich erfolgte aber im zweiten Jahr, was im Plan nicht vorgesehen war, die Umstellung aller Betriebe auf die kontinuierliche Fünftagewoche, die der größt-

möglichen Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Maschinerie dienen sollte. Ohne positive Produktionsergebnisse gezeitigt zu haben, hat die Fünftagewoche die Lebenssituation der Arbeiterschaft wesentlich verschlechtert. Die weitgehende Anwendung des Systems des „sozialistischen Wettbewerbes“ und der Arbeit der „Stoßbrigaden“ der Rekordarbeiter führt in der Praxis sehr häufig nicht nur zur Durchbrechung des Siebensturentages, sondern sogar auch zu einem zehn- oder zwölfstündigen oder noch längeren Arbeitstag. („Trud“ vom 18. September 1930, „Sa Industrialisaziju“ vom 1. Oktober 1930, „Prawda“ vom 13. Mai 1931.) Die Dauer der Nachtschicht ist der Tagschicht angeglichen. („Prawda“ vom 4. Juni 1931). Die Arbeitsleistung der Arbeiter ist wesentlich gesteigert. In dem Bestreben, den Fünfjahresplan in vier Jahren und in einer Reihe von Industriezweigen schon in zweieinhalb Jahren durchzuführen, trifft die Regierung weitgehende Maßnahmen zur „Rationalisierung der Arbeit“, die zu einem erheblichen Teil auf eine Intensivierung der Arbeitsleistung hinausläuft. Fast in allen Betrieben sind die Leistungssätze erhöht, die Akkordsätze herabgesetzt worden. Zwecks Hebung der Arbeitsdisziplin in den Betrieben soll die Betriebsleitung allenthalben in die Hände eines mit weitgehenden persönlichen Vollmachten ausgestatteten Direktors gelegt werden. Durch die Dekrete vom 7. September und 11. Oktober 1930 sind die Arbeiter an die Betriebe gebunden, und der Wechsel der Arbeitsstelle wird mit Geldstrafen oder auch mit dem Entzug des Rechtes auf Arbeitszuweisung bis zu sechs Monaten geahndet. Innerhalb der Arbeitszeit haben die Arbeiter jede ihnen zugewiesene Arbeit, auch wenn sie nicht in ihr Fach schlägt, zu verrichten (Verfügung vom 4. Juni 1931). Arbeitsbücher sind eingeführt, in die alle Vergehen gegen die Betriebsordnung eingetragen werden („Rabotschaja Moskwa“ vom 31. Januar 1931). Ein System strenger Arbeitsstrafen gelangt zur Anwendung (Verfügung vom 23. Januar 1931). Weitgehende Verwendung findet entgegen den Vorschriften des Arbeitsgesetzbuches die Nachtarbeit von Frauen und Jugendlichen. Faktisch beseitigt ist das Verbot der Frauenarbeit unter Tage.

Auf dem Gebiete der **Sozialversicherung** und des Arbeiterschutzes waren im Plan erhöhte finanzielle Aufwendungen vorgesehen. Für verschiedene Arbeiterkategorien sollte darüber hinaus als neue Versicherungsart die Altersversicherung eingeführt werden (Dekret

vom 15. Mai 1929). Das Budget der Sozialversicherung sollte sich in fünf Jahren verdoppeln, wobei die Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung um das Zweifache, für die Invalidenunterstützung um das Zweieinhalbfache, für Erholungsheime, Sanatorien usw. um das Eineinhalbfache steigen sollten. Für die Finanzierung der Arbeiterschutzmaßnahmen war eine Erhöhung um 30 Prozent im Laufe des Jahrfünfts vorgesehen. In der Praxis sind in den ersten zwei Jahren des Jahrfünfts die Aufwendungen für die Sozialversicherung nicht nur hinter dem Voranschlag des Planes zurückgeblieben, sondern es ist auch die Hauptform der Sozialversicherung, die Erwerbslosenversicherung, durch Verfügung des Volkskommissariats für Arbeit vom 11. Oktober 1930 beseitigt worden (siehe w. u. Kapitel 6). Durch einen weiteren Beschluß des Zentralexekutivkomitees vom 26. Juni 1931 ist die Sozialversicherung erneut verschlechtert worden: Unterstützungen bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit werden nur noch an Arbeiter gezahlt, die seit mindestens zwei Jahren in ihrem Betrieb beschäftigt sind (für Stoßbrigadenarbeiter genügt eine Beschäftigungsdauer von 1 Jahr), und zwar wird die Unterstützung in voller Höhe nur an Gewerkschaftsmitglieder gezahlt, während Arbeiter, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, während der ersten dreißig Tage der Erwerbsunfähigkeit eine Unterstützung in halber Lohnhöhe, bei längerer Dauer der Erwerbsunfähigkeit in Höhe von zwei Dritteln des Lohnes erhalten. Die geplante Einführung der Altersversicherung ist nicht erfolgt.

In der abgelaufenen Periode des Planjahrfünfts hat die Regierung die endgültige **Verstaatlichung der Gewerkschaften** durchgeführt. Die Gewerkschaften, die sich auch früher schon in kommunistischen Händen befunden hatten, aber von Vertretern der kommunistischen Rechtsopposition geleitet worden waren, haben versucht, sich gegen den neuen Kurs des „Druckes auf die Arbeiter“ zur Wehr zu setzen. Sie wurden aber energisch zur Ordnung gerufen, die führenden Persönlichkeiten wurden abgesetzt und einige Verbandsvorstände aufgelöst. Zur Hauptaufgabe der Gewerkschaften wurde seit 1930 die, wie die amtliche Formel lautet, „allseitige Unterstützung der Durchführung der Industrialisierung und des Fünfjahresplanes“.

So sind, obgleich die Arbeiter immer noch eine privilegierte Klasse sind, ihre Lebensbedingungen im dritten Jahr des Planjahrfünfts äußerst schwierig geworden.

## f) Soziale und kulturelle Entwicklung.

Gegenüber den gewaltigen Investitionen, die der Finanzplan des Fünfjahresplanes für wirtschaftliche Zwecke vorsieht, erscheinen die von ihm geplanten Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke als recht bescheiden. Von den 86 Milliarden Rubel, die die Bilanzsumme des Finanzplanes für alle Zwecke im Verlauf des Jahrfünfts ausmachen, sollten auf soziale und kulturelle Zwecke nur 21 Milliarden Rubel entfallen. Der Unterschied wird noch gravierender, wenn man die tatsächliche Durchführung des Planes zum Vergleich heranzieht. Während die tatsächlichen Ergebnisse auf fast allen Gebieten der Wirtschaft in bezug auf den finanziellen Aufwand den Plan überschreiten (um 50 bis 100 Prozent), bleiben die Aufwendungen für kulturelle Zwecke häufig sogar hinter dem Plan zurück. Für Bildungswesen und Gesundheitsfürsorge erreichen z. B. die Aufwendungen des Staates in der Zeit von 1929 bis 1931 nur 850 Millionen Rubel gegenüber 893 Millionen Rubel nach dem Planvoranschlag („Fünfjahresplan“, Bd. II, Tl. 1, S. 58/59, und „Planowoje Chosjajstwo“, 1930, Nr. 12).

Erheblich verlangsamt hat sich in den letzten Jahren der **Wohnungsbau**. Im Zusammenhang mit der Industrialisierung erfolgt eine beschleunigte Zunahme der städtischen Bevölkerung, etwa um 6 bis 7 Prozent jährlich, während die Bautätigkeit mit diesem Tempo nicht mitkommt. Nach amtlichen Angaben sind in den ersten zwei Jahren des Jahrfünfts insgesamt 524 Millionen Rubel statt, wie im Plan vorgesehen, 1133 Millionen Rubel für den Wohnungsbau ausgegeben worden.\*) Die Wohnfläche, die auf einen Einwohner entfällt, geht von Jahr zu Jahr zurück. Sie belief sich 1924/25 auf 6,1 qm, 1927 auf 5,5 qm und 1931 auf nur noch 4,8 qm. Besonders ungünstig sind die Wohnungsverhältnisse im Donezbecken, im Kusnezkecken und in anderen Bezirken der industriellen Neubautätigkeit. Auf dem Verbandstag der Bergarbeiter wurde bekannt gegeben, daß die Wohnfläche je Arbeiter im Donezbecken 2,3 qm und im Kusnezbecken nur 0,3 qm beträgt. Dabei sind nur die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter erfaßt, die überhaupt in Wohnungen untergebracht sind; die meisten wohnen in Erdlöchern, Zelten und Baracken. („Sa Industrialisaziju“, 29. Mai 1931.)

\*) Aus Mangel an Geldmitteln hat die Regierung im Mai 1931 beschlossen, eine neue einmalige Steuer zur Finanzierung des Wohnungsbaus zu erheben.



sind bedauerlicherweise nicht veröffentlicht. Es steht aber unzweifelhaft fest, daß auf allen Gebieten mit Ausnahme der gewerblichen Fachausbildung nicht nur eine Unterschreitung der Pläne, sondern auch Rückbildungserscheinungen zu verzeichnen sind.

### g) Fünfjahresplan und Weltwirtschaft.

Eine der Hauptaufgaben des Planjahrfünfts war, Europa und Amerika „einzuholen und zu überholen“. Inwieweit ist man nun der Lösung dieser Aufgabe in dem abgelaufenen Abschnitt des Jahrfünfts nähergekommen?

Berechnungen, die wir auf Grund des vom Moskauer

Produktionsvolumen in der U.d.S.S.R. und in anderen Ländern.\*)

	Kohlenförderung (Mill. To.)			Roheisen- erzeugung (Mill. To.)			Rohstahl- erzeugung (Mill. To.)		
	1913	1930	1933	1913	1930	1933	1913	1930	1933
USA . . . . .	517	520	550	31,5	39,0	45,0	30,8	48,0	60,9
England . . . . .	292	240	265	10,4	7,0	8,0	7,8	8,8	10,0
Deutschland . . . . .	176	160	265	10,9	12,0	13,5	12,0	14,5	17,5
Frankreich . . . . .	44	54	70	9,0	10,0	12,0	7,3	9,4	11,5
U. d. S. S. R. . . . .	29	57	75	4,2	5,3	10,0	4,2	6,0	10,4
U. d. S. S. R. in % der Welt . . . . .	2,4	5,0	7,0	5,9	6,9	10,3	6,2	6,2	9,8

	Naphtha- gewinnung (Mill. To.)			Baumwoll- verbrauch (1000 To.)			Elektrizitäts- erzeugung (Milliarden Kwh)		
	1913	1930	1933	1913	1928	1933	1929	1930	1933
USA . . . . .	34,0	140	175	5786	6770	7300	117	126	160
England . . . . .	—	—	—	4274	2904	2400	16,4	18,0	23,0
Deutschland . . . . .	—	—	—	1600	1450	1450	33,0	35,0	45,0
Frankreich . . . . .	—	—	—	1300	1350	1500	—	—	—
Mexiko . . . . .	3,8	6,5	7,5	—	—	—	—	—	—
Venezuela . . . . .	—	23,0	35,0	—	—	—	—	—	—
U. d. S. S. R. . . . .	9,2	19,0	22,0	2003	1939	3100	6,5	8,8	22,0
U. d. S. S. R. in % der Welt . . . . .	20,6	9,9	11,0	9,0	8,9	11,0	2,8	3,5	7,1

\*) Die Tabelle beruht auf Angaben des Fünfjahresplanes und der Berichte für 1930 sowie auf der Schätzung der Weltproduktion für 1933 nach L. Ewentov, „An der neuen Etappe des sozialistischen Aufbaus“, russisch, Moskau 1930, S. 145. — Die Angaben für 1913 sind von uns nach außerrussischen Quellen überprüft, wesentliche Abweichungen haben sich nicht ergeben. — Bei allen diesen Angaben ist natürlich zu berücksichtigen, daß das Jahr 1930 für alle außerrussischen Länder ein Krisenjahr ist.

Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlichten Materials angestellt haben, lassen die Entwicklung erkennen, die hier vor sich gegangen ist.

Um den Preis einer gewaltigen Anspannung aller Kräfte des Landes ist es in den ersten zwei Jahren des Planjahrfünfts zweifellos gelungen, die Kluft einigermaßen zu verringern, die die Sowjetunion von den vorgeschritteneren Industrieländern trennt. Könnte ein solches Entwicklungstempo auch weiterhin eingehalten werden und wäre die Annahme der Sowjetwirtschaftler richtig, daß die kapitalistische Welt sich bis zum Jahre 1933 von der Wirtschaftskrise noch nicht erholt haben wird, so würde die Sowjetunion 1933 in der Tat in einigen Industriezweigen (Kohle, Baumwollverarbeitung) Frankreich, in anderen Industriezweigen (Roheisen, Rohstahl) England überholt haben. Einstweilen ist die Sowjetunion noch weit davon entfernt, Amerika, Deutschland, England oder Frankreich zu überholen, und sicher hat Trotzki recht, wenn er seine Kampfgenossen von gestern daran erinnert, daß „die Sowjetunion dem Volumen ihrer Produktivkräfte nach auch gegenwärtig im dritten Jahre des Planjahrfünfts dem zaristischen Rußland noch unermesslich näher steht als den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern“. („Bulletin der Opposition“, russisch, 1931, Nr. 17/18.)

Tatsächlich sind in der Sowjetunion heute noch etwa 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, während es in den USA nur 26,3 Prozent (Volkszählung 1920), in Deutschland nur 30,5 Prozent (Volks- und Berufszählung 1925) sind. Das Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung erreichte in der Sowjetunion 1929/30 300 Vorkriegsmark, in den USA 2228 Vorkriegsmark (1928), in Deutschland 771 Vorkriegsmark (1928), in Frankreich 716 Vorkriegsmark (1928), in England 1123 Vorkriegsmark (1928)\*).

Noch deutlicher wird der Abstand der Sowjetunion von den kapitalistischen Industrieländern sichtbar, wenn man die Produktion der wichtigsten Industriezweige pro

\*) „Kontrollziffern für 1929/30“, Seite 179; „Planowoje Chosjajstwo“, 1930, Nr. 12; „Die wirtschaftlichen Kräfte der Welt“, hrsgg. von der Dresdner Bank, Berlin, 1930; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1930. — Bei der Benutzung der obigen Angaben ist zu beachten, daß sowohl die Sowjetstatistik als auch die Dresdner Bank bei der Umrechnung von Sowjetrubeln in Reichsmark den amtlichen Kurs zugrunde legen, ohne die tatsächliche Wertminderung des Tschernwenez zu berücksichtigen.

Kopf der Bevölkerung in den verschiedenen Ländern miteinander vergleicht:

Pro-Kopf-Produktion  
(in der Sowjetunion für 1930, in den anderen Ländern für 1928)

	Sowjetunion	England	Frankreich	Belgien	USA	Deutschland
Kohle in kg . . . . .	454,0	5035	1300	3560	5070	2400
Roheisen in kg . . . . .	30,5	130	230	485	330	200
Rohstahl " " . . . . .	40,6	176	210	486	402	240
Elektrizitätserzeugung in Kwh. . . . .	54	328	336	468	860	440

Die Bevölkerung der Sowjetunion wird also sowohl mit Kohle und Metallen als auch mit elektrischem Strom in um ein Vielfaches geringerem Maße versorgt als die anderen Länder. Selbst wenn der Fünfjahresplan in vollem Umfange durchgeführt wird, muß die Sowjetunion noch einen sehr langen Weg zurücklegen, um ihrer Bevölkerung den Verbrauch von Industrieerzeugnissen in dem Umfang, in dem er gegenwärtig in Amerika, Deutschland, England oder Belgien zu verzeichnen ist, sicherzustellen.

## 4. Probleme der Industrie

Tempo und Methoden der Durchführung der Industrialisierung im Rahmen des Fünfjahresplanes haben sich als für die Sowjetunion schwer tragbar erwiesen. Anfänglich wurde die Industrialisierung in der Hauptsache auf Kosten der Bauernbevölkerung verwirklicht, seit dem zweiten Jahr des Planjahr fünf lastet sie schwer auch auf den Arbeitermassen. Die gesamten Ersparnisse des Landes, alle Kräfte der Bevölkerung hat die Sowjetregierung zur Durchführung der Industrialisierung mobilisiert.

Sind die wirtschaftlichen Aufgaben gelöst worden, die sich die Regierung setzte, als sie mit der stürmischen Industrialisierung der Sowjetunion begann?

Gewiß ist die hauptsächlich in den Kreisen der europäischen Kommunisten weitverbreitete Meinung völlig falsch, wonach die Sowjetunion bereits zu einem hochentwickelten Industrieland geworden sei oder in den nächsten Jahren zu werden sich anschicke. Die Sowjetunion bleibt sowohl nach der Zusammensetzung der Bevölkerung als auch nach der anteiligen Bedeutung der Landwirtschaft nach wie vor ein vorwiegend agrarisches Land. Im Jahre 1930 lebten nur 27 Prozent der Bevölkerung in Städten, und nur 4,5 Prozent der Erwerbstätigen waren in der Industrie beschäftigt. Das soziale und wirtschaftliche Antlitz des Agrarlandes kann nicht nur im Verlauf von fünf Jahren, sondern auch in einem wesentlich längeren Zeitraum keineswegs grundlegend geändert werden.

Dennoch muß ohne weiteres gesagt werden, daß in den drei bis vier Jahren, in denen der Sowjetstaat unter außerordentlichen Opfern die Industrie ausbaut, gewaltige, ihrem Umfang nach ganz ungewöhnliche Fortschritte auf dem Gebiete der Produktion und der Technik erreicht worden sind. Der Anteil der Industrie an der Gesamtwirtschaft ist erheblich gewachsen. Bereits im vorausgegangenen Kapitel wurde darauf hingewiesen, daß die wichtigsten Industriezweige nicht nur die Friedensproduktion überschritten, sondern auch eine technische Reorganisation erfahren haben. Das An-



lagekapital der Industrie überschritt Anfang 1931 den Vorkriegsumfang um das Zwei- bis Zweieinhalbfache. Auch die Aufgabe der beschleunigten Entwicklung der Produktionsmittelerzeugung ist von der Sowjetregierung gelöst worden. In den letzten Jahren entstanden und entwickelten sich neue, in Rußland früher gänzlich unbekannte Industriezweige, wie z. B. die elektrotechnische Industrie, der Motorenbau, die Automobilfabrikation, die Erzeugung von Anilinfarben, die Kunstseidenindustrie, die chemische Industrie usw. Freilich ist die Sowjetunion dadurch noch nicht unabhängig von anderen Industrieländern geworden. Sie muß auch fernerhin, will sie ihre Industrialisierungspläne durchführen, viele Maschinen, Ausrüstungsgegenstände und Erzeugnisse der Feinmechanik aus Deutschland, England und Amerika einführen. Aber sie hat in diesen Jahren zweifellos große Erfolge in der Richtung ihrer technischen Emanzipierung erzielt.

All dies zu leugnen, wäre ein gewaltiger Fehler. In den Kreisen der kommunistenfeindlich eingestellten Journalisten und Wirtschaftspolitiker ist es gang und gäbe, die in Rußland sich vollziehenden Prozesse als ökonomische Zerfallerscheinungen hinzustellen. Das Wachstum der Industrie wird gelehnt, der Umfang des industriellen Neubaus angezweifelt, und schließlich ist man geneigt, alles, was für die Verwirklichung des Fünfjahresplanes in Rußland getan wird, in „Potemkinsche Dörfer“ umzudeuten. Aus der unstrittigen Tatsache, daß die Qualität der Industrieerzeugnisse in der Sowjetunion sehr mangelhaft ist, wird dann auch die Schlußfolgerung gezogen, daß alle Waren, die in Rußland erzeugt werden, überhaupt untauglich sind und daß die neuerbauten Industriebetriebe wirtschaftlich verwertbare Fabrikate schlechterdings nicht herzustellen vermögen. Eine solche Einstellung zeigt die Unfähigkeit ihrer Vertreter, die wirklichen Prozesse zu erkennen, die sich im Sowjetstaate vollziehen. Die richtige Folgerung, die aus der Erforschung der Sowjetwirtschaft gezogen werden muß, ist die, daß sich in der Sowjetunion zweifellos eine Entfaltung der Produktivkräfte vollzieht, daß sie aber schmerzhaft und sehr unwirtschaftlich vor sich geht.\*)

\*) Prof. Franz Oppenheimer, der zugibt, daß in Rußland eine Entwicklung der technischen Produktionsmittel vor sich geht, lehnt es ab, hierin eine Entfaltung der Produktivkräfte zu sehen, und vergleicht die Industrialisierung der Sowjetunion mit der Errichtung der Pyramiden durch die ägyptischen Pharaonen („Vossische Zeitung“, 31. Mai 1931). Dies

Die Volkswirtschaft der Sowjetunion entwickelt sich ungewöhnlich unwirtschaftlich und systemlos. Neue Riesenwerke werden häufig gebaut, während das Land noch keinen Bedarf an ihren Erzeugnissen hat. Man baut Produktionsstätten nicht in den Bezirken, in denen sie benötigt werden. Man rüstet die Betriebe nicht mit den Maschinen und Apparaten aus, die dem kulturellen Niveau und der technischen Ausbildung der Arbeiter sowie den Anforderungen des Durchschnittsverbrauchers entsprechen würden. Man baut Betriebe, die Halbfabrikate und Fertigfabrikate in wirtschaftlich unzumutbaren Proportionen erzeugen. Man richtet sich bei der industriellen Neubautätigkeit häufig nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen Erwägungen.

Nicht minder wichtig ist auch ein anderes Moment. Der Neubau der Industrie ist übermäßig kostspielig und die Erzeugnisse der Sowjetindustrie sind sowohl in ihren Gesteungskosten als auch in ihren Verkaufspreisen teurer als Vorkriegs- oder Auslandserzeugnisse. Aber nicht deswegen sind die hohen Preise der Sowjetindustrie eine negative Erscheinung, weil sie die Sowjetserzeugnisse konkurrenzunfähig machen. Dank dem Außenhandelsmonopol kann die Sowjetunion jede Konkurrenz ausländischer Erzeugnisse fernhalten, während die hohen Gesteungskosten der Industrie die Ausfuhr der Industrieprodukte, wie die Praxis der letzten Jahre gezeigt hat,

Urteil trägt kaum zum Verständnis dessen bei, was in der Sowjetunion geschieht. Gewiß ist der Preis, der gezahlt wird, hoch, gewiß sind die Unkosten übermäßig und die Kapitalvergeudung gewaltig, aber in der Sowjetunion sind dennoch gewaltige Produktivkräfte und keineswegs ägyptische Pyramiden im Werden begriffen. Der Nutzeffekt der neuerbauten Traktorenwerke und Hochöfen entspricht durchaus nicht dem vom Sowjetstaat aufgewendeten Kapital, aber diese neuen Betriebe und Anlagen erzeugen die vom Lande dringend benötigte Produktion und werden bei einer Aenderung der Wirtschaftsordnung noch mehr und noch zweckmäßiger produzieren können. Kann man denn diesen gigantischen Prozeß der Industrialisierung, der die ganze Wirtschaftsweise und alle sozialen Verhältnisse verändert, mit organisch unproduktiver Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, mit dem Bau von Pyramiden, Treibhäusern usw. vergleichen?

Ebenso irren auch die, die da meinen, daß die neuen Industrierwerke der Sowjetunion gleichsam nur als potentielle Produktivkräfte angesehen werden müssen. Freilich liefern die Stalingrader Traktorenwerke schlechte Traktoren, aber auch diese schlechten Traktoren verrichten heute schon eine wirtschaftlich nützliche Funktion. Das sind nicht bloß potentielle Produktionsmittel, sondern Produktionsmittel, die bereits gegenwärtig real in Funktion sind.



in keiner Weise behindern. Noch weit mehr als andere Länder kann der Sowjetstaat, der die gesamte Produktion und Ausfuhr in seiner Hand vereint, seine Produktion zu zweierlei Preisen verkaufen: zu hohen Preisen im Ausland und zu niedrigen Preisen im Inland.

Die hohen Gestehungskosten der Sowjetzeugnisse entstehen zu allererst im Produktionsprozeß selbst infolge der schlechten Organisation, der niedrigen Produktivität der Maschinerie, der mangelhaften Ausnutzung der Kapazität und der geringen Qualifizierung des technischen und Arbeiterpersonals. Auch die hohen Ausgaben für die Unterhaltung des Verwaltungspersonals und die hohen Profit- und Abschreibungsquoten tragen sehr erheblich zur Erhöhung der Gestehungskosten bei.\*) Die Gestehungskosten werden ferner auch durch die Ausgaben für die Organisation der „Stoßbrigaden“ und der „Wettbewerbe“ wie auch durch die Unkosten aller „Rechenfehler“ und technischen Experimente der Wirtschaftsverwaltung beeinflusst. So hoch die Gestehungskosten der Erzeugnisse aber auch sind, nicht sie sind es, die die hohen Verkaufspreise bestimmen. Während die Produktionskosten der Industrierzeugnisse in der Sowjetunion um 30 bis 50 Prozent höher sind als in den europäischen Ländern, sind die inländischen Verkaufspreise der Sowjetzeugnisse zwei- bis dreimal so hoch wie die Weltmarktpreise. Die hohen Preise sind erstens bestimmt durch den Aufschlag des Handelsprofites für alle Stufen des Verwaltungsapparates und des Handelsnetzes und zweitens durch einen Sonderzuschlag, den der Staat beim monopolistischen Vertrieb der Ware auf den Preis legt. Wollte man hier die übliche Ausdrucksweise der Wirtschaftstheorie anwenden, so könnte man sagen, daß die Verteuerung der Ware nicht im Produktions-, sondern im Zirkulationsprozeß erfolgt; allerdings müßte man hier hinzufügen, daß der Aufschlag aller Unkosten und Zirkulationsspesen in der Sowjetunion, wo Produktion und Vertrieb gleichermaßen verstaatlicht sind

\*) Seit der NEP hat in der Wirtschaftsverwaltung der Sowjetunion die Richtung die Oberhand gewonnen, die darauf bestand, daß die Abschreibungen möglichst hoch angesetzt würden, damit die Lücke ausgefüllt werden könnte, die in den voraufgegangenen Jahren, in denen Abschreibungen überhaupt nicht vorgenommen wurden, entstanden waren. Einkalkuliert werden in die Gestehungskosten auch Beträge, die zur Verzinsung des vom Staat den Betrieben zugeführten Kapitals bestimmt sind, obgleich dies Kapital nicht in der Form rückzahlbarer Kredite, sondern als nicht rückzahlbare Subvention den Betrieben zufließt.

und ein Monopol des Staates bilden, zu einem erheblichen Teil bereits in dem Augenblick vorgenommen wird, da die Ware aus der Produktion in die Zirkulation eintritt (Verbrauchsabgaben, Umsatzsteuer, von den Staatsbetrieben zu tragende Zwangsanleihen usw.).

Die hohen Preise der Industrierzeugnisse werden von vielen als der beredteste Beweis für die wirtschaftliche Unzweckmäßigkeit der Industrialisierungspolitik bewertet. Auch das ist falsch! Der hohe Preis allein ist noch kein Beweis für den geringen Nutzeffekt des industriellen Aufbaus. Ja, der hohe Preis ist in der Sowjetunion in erheblichem Maße überhaupt erst die Vorbedingung des beschleunigten Industrialisierungstempes. Der Sowjetstaat hat sich die beschleunigte Durchführung der Industrialisierung zum Ziel gesetzt, er verfügt aber nicht über Auslandskredite und versucht, die inländische Kapitalbildung mit Hilfe des Systems der hohen Preise für die Industrialisierung zu mobilisieren. Wenn die Regierung intensiv bemüht ist, die Gestehungskosten zu senken, so durchaus nicht, um die Preise abzubauen zu können, sondern um den Gewinn zu erhöhen, den der Staat für sich beansprucht.

Das alles um der Industrialisierung, um der beschleunigten Akkumulation willen! Wir verwerfen das Tempo und die Methoden einer solchen Mobilisierung der Mittel durch den Staat, weil wir sie für untragbar und ruinös für die gesamte Bevölkerung halten. Aber wir meinen trotzdem, man dürfe nicht allein deswegen, weil der Sowjetstaat die übliche Dauer der Amortisierung der Produktionsanlagen überstürzt und Umfang und Tempo der erweiterten Reproduktion forciert, behaupten, daß in der Sowjetunion nicht eine Entfaltung der Produktivkräfte, sondern eine Vergeudung der Volksmittel vor sich gehe. Wenn das Kapital, das der Bevölkerung durch die hohen Preise entzogen wird, ausschließlich für die Industrialisierung verwendet werden würde, so würde es sich nur darum handeln, ob diese Methode der Industrialisierung zweckmäßig und für die Bevölkerung tragbar sei. Aber es handelt sich um ein anderes. Die ganze Praxis der Durchführung der Industrialisierung zeugt, was auch von den Sowjetwirtschaftlern nicht bestritten wird, davon, daß ein erheblicher Teil der vom Staate aus der Bevölkerung geschöpften Mittel unzweckmäßig verausgabt und nicht für die erweiterte Reproduktion verwendet wird, sondern in der Bezahlung aller möglichen „Rechenfehler“ vertan

wird oder in unzählige Kanäle fließt, über die er den präsumtiven Vertretern eines zukünftigen privaten Unternehmertums zugute kommt. Und das sind nicht zufällige Defekte des Mechanismus, das sind nicht „Wachstumskrankheiten“. Das ist die unvermeidliche Folge der Ignorierung der objektiven Gegebenheiten, das Ergebnis des forcierten Industrieaufbaues, der die Kräfte des Landes übersteigenden Kapitalbildung, der Versuche, den Sozialismus zu „erhungern“.\*) In dieser Ebene liegen die Vorbehalte, die unsere allgemeine These, daß in der Sowjetunion unzweifelhaft eine Entfaltung der Produktivkräfte stattfindet, in etwa einschränken. Die Produktivkräfte entfalten sich unter zu hohen Produktionsunkosten, und ein zu großer Teil des aufgewandten Kapitals wird unproduktiv, unwirtschaftlich verwendet.

Es wäre auch falsch, unter Produktivkräften nur die toten Produktivkräfte zu verstehen: die Gebäude, Maschinen, Produktionswerkzeuge, Rohstoffe usw. Ein Element der Produktivkräfte, und zwar, wie Marx \*\*) sagt, die größte Produktivkraft ist die Arbeiterklasse als Produzent. Das negativste Moment der Sowjetindustrialisierung besteht darin, daß, während die toten Produktivkräfte sich in einem rapiden Tempo entfalten, die lebendigen Produzenten außerordentlich unökonomisch, unter Außerachtlassung der sozialen und politischen Perspektiven „verwertet“ werden. Oder richtiger: die toten Produktivkräfte entfalten sich zu einem erheblichen Teil auf Kosten eines Raubbaus an der Arbeitsenergie der Produzenten, der russischen Proletarier.

Ein weiteres akutes Problem ergibt sich im Zusammenhang mit den Sowjetmethoden der Industrialisierung. Unter gewaltiger Anspannung aller Kräfte wird durch die Enteignung eines großen Teiles des Volkseinkommens der Bau neuer Betriebe, die Erweiterung der Industrie verwirklicht. Aber auch jetzt schon liegen genügend Gründe zu der Annahme vor, daß eine unerfreuliche Bilanz gerade in dem Augenblick wird gezogen werden müssen, in dem damit begonnen werden wird, die fertige Produktion eines erheblichen Teiles der neuen Industriebetriebe auf den Markt zu bringen: es liegen gewichtige Gründe zu der Vermutung vor, daß

\*) Näheres über diese Momente des industriellen Aufbaus im Sowjetstaate enthalten die Kapitel IV, V, VI und VII von A. Jugow, „Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme“.

\*\*) Marx, „Das Elend der Philosophie“, S. 165.

dieser neuen Produktion zwar ein umfassender und gesteigerter Bedarf, aber keine zahlungsfähige Nachfrage gegenüberstehen wird. Wären in der Sowjetunion die Geld- und Marktbeziehungen überwunden, wäre die Vermögensungleichheit beseitigt, so würde die Frage durch direkte Verteilung von Staats wegen sehr einfach zu lösen sein. Doch die Kommunisten träumen ja erst von einem solchen System. Und wenn die gegenwärtig betriebene Politik der Enteignung der letzten Spargroschen fortgeführt werden wird, so stehen dem Lande bei gleichzeitiger Verschärfung der Warenknappheit auch schwere Absatzkrisen, namentlich in den Industrien, die nicht Bedarfsgegenstände herstellen, bevor. Es scheint uns, als würde Rußland für die gegenwärtig verwirklichte eigenartige Neubauinflation, für das Anschwellen des industriellen Anlagekapitals mit einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise, einer Absatzkrise bei gleichzeitig unendlich angewachsenen unbefriedigten Bedürfnissen, bezahlen müssen.

Einige Wirtschaftstheoretiker (der repräsentativste Vertreter dieser Auffassung ist Otto Bauer \*) glauben, daß die Entbehrungen, die die Bevölkerung der Sowjetunion gegenwärtig durchmacht, als unvermeidliche Folge jeder Industrialisierung betrachtet werden müßten, daß es sich dabei um eine hohe und schwer tragbare, aber unumgängliche Bezahlung der Unkosten der Hebung einer rückständigen Wirtschaft auf das Niveau fortgeschrittener Industrieländer handle. Wir bestreiten die Richtigkeit dieser Auffassung! Freilich ist es geschichtlich richtig, daß ein großer Teil der kapitalistischen Länder die Epoche der ursprünglichen Akkumulation mit einer schrecklichen Verelendung der Massen bezahlen mußte. Aber der Fehler Bauers besteht darin, daß er einen Vergleich zieht zwischen dem heutigen Rußland und dem werdenden kapitalistischen England aus dem Anfang des achtzehnten Jahrhunderts. Seine Epoche der ursprünglichen Akkumulation mit der Errichtung der ersten Fabriken und Industriebetriebe auf Kosten der Fronarbeit eben erst aus der Landwirtschaft ausscheidender Bauern, auf Kosten der Verelendung, des Aussterbens der breiten Massen hat Rußland bereits hinter sich. Das nachrevolutionäre Rußland bedurfte für die Entfaltung seiner Industrie in keiner Weise eines Raubbaus, der an die Methoden der ursprünglichen

\*) Otto Bauer, „Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg“, Bd. I, Wien 1931, SS. 209/210.

Akkumulation in England erinnerte. Es verfügte über eine technisch gut ausgerüstete Industrie, über großes Industrie- und Finanzkapital, und durch die gesamte vorausgegangene Entwicklung war ein großes und durch die Landflucht immer wieder aufgefülltes Reservoir an Arbeitskräften geschaffen worden. Im Gegensatz zu anderen Industrieländern hatte Rußland auch einen eigenen, sich stets erweiternden inländischen Absatzmarkt und große Vorräte an eigenen Rohstoffen. Die Methoden der ursprünglichen Akkumulation, die Erreichung der Industrialisierung auf Kosten der Verelendung der breiten Massen, waren für Rußland wirtschaftlich in keiner Weise unvermeidlich. Ähnlich wie die Länder des jungen Kapitalismus (Kanada, Südamerika) hätte Rußland seine Industrialisierungsaufgabe sehr schnell lösen können. Rußland konnte industrialisiert werden auf der Grundlage der zunehmenden Produktivität und des wachsenden Wohlstandes der durch die Revolution entfesselten Bauernwirtschaft. Gewiß wäre der Fortschritt auf diesem Wege langsamer gewesen als auf dem Weg, den jetzt die russischen Kommunisten gehen, aber er wäre auch wirtschaftlich stabiler und sozial weniger qualvoll gewesen. Gerade diese Erwägungen sind es ja, aus denen heraus Bauer für Oesterreich und die anderen europäischen Länder die von den russischen Kommunisten angewandten Methoden mit Entschiedenheit ablehnt.

Noch weniger schlagen die Hinweise der Autoren durch, die behaupten, daß die Sowjetindustrialisierung nur eine Phantasterei von Fanatikern der Großindustrie sei, daß die neuen Werke der Struktur der russischen Wirtschaft und dem Niveau ihrer Bedürfnisse nicht entsprächen, daß die Mehrzahl der neu errichteten Betriebe keine Arbeit finden und mit Moos bewachsen würden, daß sie ähnlich den ägyptischen Pyramiden nur als Denkmäler des Ueberindustrialisierungswahnsinns der russischen Kommunisten bestehen bleiben würden. Auch in der Zeit des nachrevolutionären Gründertums in Frankreich sind von den damals neu entstandenen Betrieben später bei weitem nicht alle rationell verwertet worden. Und gewiß werden auch manche von den Werken, die gegenwärtig in der Sowjetunion gebaut werden, in Zukunft keine Verwendung finden und feiern müssen. Aber die große Mehrzahl der heute errichteten Industriebetriebe wird unseres Erachtens auch unter jedem anderen politischen Regime produktiv ausgenutzt

werden können. Das Rußland der Zukunft wird Metalle und Brennstoffe brauchen, unter deren Mangel es auch vor dem Kriege gelitten hat, es wird Motoren, Arbeitsmaschinen, Traktoren, landwirtschaftliches Inventar und Kunstdünger brauchen. Es ist möglich, daß Rußland im Falle eines Sturzes der Diktatur oder einer radikalen Aenderung der bolschewistischen Politik vorübergehend die Periode einer Deflation des industriellen Anlagekapitals wird durchmachen müssen, wie es in Deutschland der Fall gewesen ist, eine Periode, in der ein Teil der neuen Produktionsanlagen sich im unverwertbaren Zustande befinden wird. Aber es braucht nur die russische Bauernbevölkerung (80 Prozent der Gesamtbevölkerung) ihre Wunden auszuheilen und ihre verlorengegangene Kaufkraft wiederherzustellen, es braucht andererseits nur das erforderliche Betriebskapital im Inland und im Ausland aufgebracht zu werden, damit der Industrialisierungsprozeß auf der gegenwärtig im Werden begriffenen technischen Grundlage wieder aufgenommen wird, auf einer Grundlage, die noch viele Jahre als die modernste und technisch vollkommenste wird gelten können. Ein Teil der Arbeitsenergie, die auf die Errichtung der neuen Industriewerke verwandt worden ist, wird wahrscheinlich als unproduktiv vergeudet gebucht werden müssen, weil die volle Amortisierung infolge der Kostspieligkeit der heutigen Bautätigkeit in der Zukunft für keinen einzigen rationell geführten Betrieb möglich sein wird. Aber die Hauptmasse des heute zusammengetragenen Anlagekapitals der Industrie wird unzweifelhaft produktiv sein und im Interesse der breiten Volksmassen verwertet werden können.

Auf diesem qualvollen, unwirtschaftlichen, zickzackartigen Weg wird Rußland in die Bahn einer rapiden industriellen Entwicklung einlenken. Die ersten Schritte in dieser Richtung werden jetzt im Rußland der Gegenwart gemacht. In welchem Umfang die Industrie bei der Weiterverfolgung dieses Weges in den Händen des Staates wird erhalten bleiben können, welche Formen des Nebeneinanderwirkens von Staats- und Privatkapital sich künftighin ergeben werden, das hängt bereits direkt nicht so sehr von wirtschaftlichen Faktoren, als vielmehr von dem künftigen politischen Schicksal Rußlands ab. Auf diese Frage wird in der weiteren Darstellung zurückzukommen sein.

## 5. Fünfjahresplan und Kollektivisierung

Im Fünfjahresplan nimmt die Kollektivisierung keine zentrale, entscheidende Stelle ein. Der Plan ging, wie schon erwähnt, davon aus, daß die Landwirtschaft sich im Laufe des Jahrfünfts vornehmlich in privatwirtschaftlichen Betriebsformen entwickeln und daß die Industrie Getreide und Rohstoffe in der Hauptsache von den privaten Bauernbetrieben geliefert bekommen würde. Der Plan sah in der Kollektivisierung gewiß eine höhere Form der agrarischen Produktion, aber er zeichnete unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten der Situation ein — gemessen an der späteren Entwicklung — verhältnismäßig langsames Kollektivisierungstempo vor. Der Hauptgrund dieser Einstellung zur Kollektivisierung lag darin, daß der Plan in der Bauernwirtschaft eine Finanzierungsquelle für die Industrialisierung sah. Der Finanzplan für die Umgestaltung der Wirtschaft war auch ohnehin schwer genug ausbalanciert worden, und zwar gerade auf der Basis der Entnahme von Mitteln aus der bäuerlichen Wirtschaft. Der Fünfjahresplan konnte daher nur ganz geringfügige Investitionen in der Landwirtschaft in Aussicht nehmen, die für die Aufwärtsentwicklung des Dorfes keine genügenden Voraussetzungen schufen. So konnte der Plan auch weder den Umfang noch die Auswirkungen der Kollektivisierung voraussehen.

In der Praxis ist die Kollektivisierung zu einem der entscheidenden Bestandteile des Fünfjahresplanes, zum ausschlaggebenden Element in der gesamten Rekonstruktion der Volkswirtschaft geworden. Man muß nun fragen, warum sich denn die Sowjetregierung entgegen ihren eigenen Plänen gezwungen gesehen hat, den Weg der umfassenden Kollektivisierung zu beschreiten.

Die Förderung der Industrialisierung erforderte größere Kapitalinvestitionen, als in allen Plänen vorgesehen worden war. Die Einführung der ununterbrochenen dreischichtigen Arbeit in den Betrieben, die volle Ausnutzung der Produktionskapazität und die Er-

richtung neuer Werke stellten sehr bald gesteigerte Anforderungen an die Beschaffung landwirtschaftlicher Rohstoffe. Die zunehmende städtische, in erster Linie proletarische Bevölkerung braucht eine ständig anwachsende Menge von Agrarprodukten. Alle diese erhöhten Anforderungen konnte der Staat nur befriedigen, indem er seine Anforderungen an das Dorf heraufschraubte.

Aber das Dorf wollte und konnte diesen Anforderungen nicht gerecht werden. Die Industrialisierung stieß auf Schranken, die ihr durch die rückständige wirtschaftliche Struktur des Dorfes gesetzt waren. Es wäre falsch, die Erklärung dieser Erscheinung nur in jenem wirtschaftlichen Zerfall und in jenen Rückbildungsprozessen zu suchen, die sich als Folge der Agrarpolitik der Regierung eingestellt haben. Die Rückständigkeit der russischen Landwirtschaft wurzelt tiefer, und ihre Ursachen und Quellen sind in dem Zustand der Agrarwirtschaft zu suchen, der sie schon lange vor der Revolution kennzeichnete. Alle Forscher, die sich mit den Problemen des Dorfes beschäftigten, kamen einstimmig zu der Ueberzeugung, daß die Haupthemmnisse der Entwicklung der russischen Landwirtschaft die rückständige Produktionstechnik, die primitive Ackerbau- und Viehzuchtmethodik und die beharrliche Erhaltung eines extensiven Betriebes waren, während die entscheidenden Voraussetzungen einer solchen Wirtschaftsführung (große jungfräuliche Ländereien, umfassende Forstböden, geringe Dichte der Bevölkerung) in den meisten Bezirken bereits hinfällig geworden waren. Jahrzehntelang glaubten die russischen Bauern und mit ihnen die russischen Agrarsozialisten, die „Volkstümmler“, daß der Ausweg aus dieser Sackgasse auf dem Wege einer umfassenden radikalen Neuverteilung des Grund und Bodens gefunden werden könnte, die in der russischen Wirtschaftswissenschaft und auch im alltäglichen Sprachgebrauch die Bezeichnung der „schwarzen Landumteilung“ erhalten hatte. Aber schon in den ersten Jahren der Revolution, nachdem diese „schwarze Landumteilung“ tatsächlich verwirklicht worden war, ergab sich mit großer Eindeutigkeit, daß die Not der Bauern dadurch nicht behoben war. Die Ausdehnung des freien, unbenutzten, aber landwirtschaftlich nutzbaren Bodens war viel geringer, als es den Bauern in ihren sehnsüchtigen Träumen von der neuen Landverteilung erschienen war. Außerdem erforderte die Bebauung dieses

Bodens großes zusätzliches Kapital, das den besitzlosen Schichten der Landbevölkerung nicht zur Verfügung stand. Die Zuteilung von Ländereien des Staates, der Grundherren und der Kirche hat den Umfang der bäuerlichen Landanteile in gewissem Umfang (durchschnittlich um 20 bis 25 Prozent) vergrößert, aber sie hat einen großen Nutzeffekt nicht erbringen können, weil die Mehrzahl dieser Ländereien (bis zu 40 Prozent des Bodens des Staates und der Grundherren) sich auch früher schon in der Pachtnutzung der Bauern befunden hatte. Aber die Aufteilung des Bodens, die die Landknappheit etwas verringert hat, hat nicht nur die Hebung der Landwirtschaft auf einen höheren technischen Stand nicht bewerkstelligen können, sondern umgekehrt sogar vorübergehende Rückbildungserscheinungen ausgelöst, weil die Zerschlagung der technisch bestausgerüsteten grundherrlichen Großbetriebe mit ihr Hand in Hand ging. Die Landwirtschaft brauchte nicht nur Land, sondern auch Produktionsmittel und den Uebergang zur höherwertigen technischen Nutzpflanzenkultur. In Deutschland und in Dänemark sind zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe, die in ihrer Ausdehnung nicht größer sind als die Betriebe der russischen Bauern, durchaus rentabel und dank intensiverer Betriebsführung in der Lage, einen großen Teil ihrer Erzeugnisse auf den Markt zu bringen.

Dies Problem war schon vor der Revolution in Rußland akut geworden. Die Sowjetregierung unterband durch ihre wirtschaftlichen und Verwaltungsmaßnahmen die Entwicklung einer wirtschaftlich gefestigten bäuerlichen Oberschicht und sie förderte nicht, sondern behinderte damit die Evolution der bäuerlichen Wirtschaft auf dem Wege zu einer höheren Bodenkultur. Mit der einen Hand nahm die Regierung den Bauern ihre Rohstoffe, ihr Getreide, ihre Ersparnisse fort, mit der anderen Hand vernichtete sie jeden Antriebe zur verstärkten Kapitalbildung und zur Verbesserung der Produktionsverfahren auf dem Lande. Ihre Agrarerzeugnisse nahm der Staat den Bauern zu äußerst niedrigen Preisen, die nicht einmal die Deckung der Produktionskosten ermöglichten, fort und verkaufte den Bauern Industrieerzeugnisse zu überhöhten Preisen und in unzureichender Menge. Die berüchtigte „Preischere“ war nicht das Produkt einer bewußt feindseligen Politik der Regierung gegenüber dem flachen Lande. Sie war nur der Ausdruck der wirtschaftlichen Unumgäng-

lichkeit einer Enteignung der Bauern, die sich ihrerseits aus der Politik der gesteigerten Industrialisierung mit Notwendigkeit ergab, weil Ersparnisse (allerdings auch nur in geringem Umfange) nur auf dem flachen Lande vorhanden waren. Die Folge dieser seit dem Beginn der „Ueberindustrialisierung“ unvermeidlichen Politik war, daß die agrarische Produktion sich im zweiten Jahre des Planjahr fünfths allmählich auf reine Naturalwirtschaft umzustellen begann: immer geringer wurde der Teil der Produktion, den die Bauern für den späteren Verkauf auf dem städtischen Markt erzeugten. Die Gesamtpolitik geriet in eine Sackgasse: weil die Regierung auf die Industrialisierung nicht verzichten konnte, mußte sie andere Wege zur Hebung der Landwirtschaft suchen. Die zu dieser Zeit erstarkende Rechtsopposition innerhalb der Kommunistischen Partei empfahl den Weg der Förderung des privaten Bauernbetriebes. Sie wies mit Recht darauf hin, daß die Interessen der gesamten Wirtschaft eine Vermehrung der agrarischen Produktion und eine Erhöhung des auf den Markt gelangenden Anteils der landwirtschaftlichen Erzeugung verlangten. Und da auch die kommunistische Theorie (Lenin) für die nächste Periode den privatwirtschaftlichen Weg der agrarischen Entwicklung für den allein möglichen hielt, forderte die Rechtsopposition, daß man sich nicht nur mit dem unvermeidlichen Prozeß der Differenzierung der Bauernbevölkerung und mit dem zunehmenden wirtschaftlichen Gewicht der wohlhabenden Bauern abfand, sondern auch durch entsprechende staatliche Maßnahmen die Hebung der Produktivität der Landwirtschaft aktiv förderte. Während sie aber die wirtschaftlichen Wege der Hebung der Landwirtschaft richtig zeichnete, ließ die Opposition die zweite unumgängliche Voraussetzung der Hebung der Landwirtschaft, die Beseitigung der Diktatur und die Teilung der Macht mit den Bauern, absichtlich im Dunkeln. Aber die Mehrheit der KP. d. SU., geführt von Stalin, war sich dieser Perspektive deutlich bewußt. Stalin konnte sich nicht entschließen, den Bestand der Diktatur in Gefahr zu bringen, er fürchtete die politischen Folgen jeden Versuches der Entfaltung der Produktivität des Dorfes, er fürchtete die Entfesselung der Aktivität des Bauerntums. Die Mehrheit der Partei entschied sich für einen anderen Weg der Hebung der Landwirtschaft und der Erhöhung ihrer Produktion für den Markt: für den Weg der Schaffung von Sowchosen und vor allem von Kolchosen. Daß die Regierung den Weg der Kollektivisierung beschritt, war nicht das Produkt

ihres „sozialistischen Fanatismus“, sondern Zwangsfolge der gebieterischen Notwendigkeit, die Fortführung der Industrialisierung durch die Beschaffung des nötigen Kapitals, der erforderlichen Rohstoffe und Nahrungsmittel zu ermöglichen. Dies war der gewiß nicht einzige mögliche, aber mit der Diktatur allein vereinbare Weg.

Nachdem sie den Weg der umfassenden Kollektivisierung \*) eingeschlagen hatte, versuchte die Regierung zunächst, eine umfassende Agitation zu entfalten, die Kolchosbauern wirtschaftlich zu fördern und auf die privaten Bauernbetriebe einen Druck auszuüben, der zwar fühlbar, aber in den ersten Anfängen noch nicht ausgesprochen terroristisch war. Man kämpfte um die Grundsätze der Kollektivierungspraxis: ob sie auf der Grundlage der Freiwilligkeit vor sich gehen oder durch Gewaltmaßnahmen erzwungen werden sollte. Die Einstellung der verschiedenen Schichten der Dorfbevölkerung zur Kollektivisierung war in dieser Periode nicht einheitlich. Die Kleinbauern und Landarbeiter, die ihrer wirtschaftlichen Lage nach nichts zu verlieren hatten, gingen ohne Widerstreben in die Kollektivbetriebe. Sie glaubten, daß sie in den Kolchosen in jedem Fall besser auskommen würden als in ihren eigenen Betrieben ohne Pferde und ohne Inventar, und den Landarbeitern war es ganz und gar gleichgültig, wem sie ihre Arbeitskraft verkaufen sollten. Als Genossenschaftsanteile brachten sie in die Kolchosen ihren Boden bzw. ihre Arbeitskraft ein. Trotz der verschiedenen Höhe der eingebrachten Anteile war der Kleinbauer und Landarbeiter sowohl rechtlich als auch materiell mit den bessergestellten Kolchosmitgliedern auf eine Stufe gestellt. Diese Gleichstellung, diese Beseitigung seiner früheren gedrückten Lage war für den Dorfarmen ein gewichtiger Grund zum Eintritt in den Kolchos.

Aber um die Produktion in den neuerrichteten Kolchosen in Gang zu bringen, mußte man auch noch andere Schichten heranziehen. Die entscheidende Schicht der Landproduzenten, die Produktionsmittel besitzenden Mittelbauern, mußte ebenfalls von der Kollektivisierung erfaßt werden. Doch die Haltung der Mittelbauern

\*) Raumangel hindert uns an einer ausführlicheren Behandlung der überaus interessanten wirtschaftlichen und sozialen Prozesse, die mit der Kollektivisierung der russischen Landwirtschaft zusammenhängen. Zur näheren Information verweisen wir auf das Buch von Olga Domanewskaja: „Agrarsozialismus in Sowjetrußland“, E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin 1931.

gegenüber den Kolchosen war eindeutig ablehnend: die Interessen dieser Schicht waren darauf konzentriert, den eigenen Betrieb auszubauen, seine Rentabilität zu erhöhen. Eine kollektivistische Mentalität ist den Mittelbauern völlig fremd. Ihre ganze Einstellung widerstrebt den Arbeitsmethoden der Kolchosen. Die „Gleichmacherei“, die den Dorfarmen im Kolchos auf gleiche Stufe mit dem wohlhabenderen Besitzer stellte, rief einen entschiedenen Protest der Mittelbauern hervor. Noch feindlicher verhielt sich gegenüber den Kolchosen der wirklich wohlhabende Großbauer, der sogenannte Kulak. Die neuentstandenen Kolchosen gerieten in eine schwierige Lage; sie forderten vom Staate — in einem für ihn offensichtlich untragbaren Umfang — verstärkte Finanzierung, Kreditgewährung und technische Unterstützung. Die Hauptaufgabe der Regierungspolitik, die Landwirtschaft technisch zu heben und ihre Produktion für den Markt zu fördern, konnte in diesem wirtschaftlichen Wettstreit nicht gelöst werden. Die Geister, die sie selbst gerufen, trieben die Regierung auf den Weg der Zwangskollektivisierung. Mit den Mitteln wirtschaftlicher und administrativen Terrors wurden die Bauern in die Kolchosen gedrängt. Den weiter selbständig wirtschaftenden Bauern wurde jede Möglichkeit genommen, Kredite, Produktionsmittel, Industrieerzeugnisse zu erlangen und ihre Produkte legal zu verkaufen. Die Aufnahme der Kulaken in die Kolchosen wurde untersagt. Gleichzeitig griff die Regierung zur „Entkulakisierung“, d. h. Enteignung der bessergestellten Schichten der Landbevölkerung.

Diese Maßnahme wurde nicht nur als Mittel zur Einschüchterung der der Kollektivisierung ablehnend gegenüberstehenden Bauern angewandt, sie war nicht nur eine Methode des politischen Kampfes gegen die dem Sowjetregime allgemein feindlich gesinnten wohlhabenden Dorfelemente, ihre Hauptaufgabe war vor allem die Enteignung der besten Böden, der Maschinen und Werkzeuge, des Viehbestandes und der Wirtschaftsgebäude, die sich bis dahin im Besitz der Bauern befunden hatten. Das ganze Vermögen der Entkulakisierten wurde den Kolchosen übereignet, wo es den „unteilbaren Fonds“, praktisch als Anteil des Staates am Kolchos, zugeführt wurde. Die Bauern, die sich der Entkulakisierung widersetzen, wurden mit ihren Angehörigen zu Hunderttausenden in die nordrussischen Bezirke zur Beschäftigung bei Zwangsarbeiten deportiert, viele Tausende von



ihnen wurden erschossen. Auf dem Dorfe entstand eine Katastrophenstimmung. Die lokalen Behörden wie auch die Vertreter der Zentrale machten den Versuch, die gesamte Bauernwirtschaft zu kollektivisieren. In vielen Orten setzten Bauernaufstände ein. Dies war der Anlaß zum Rückzug: am 2. März 1930 ordnete Stalin die Abschwächung der Terrormaßnahmen auf dem flachen Lande an. Die Regierung hatte der Bauernmasse sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß sie den Bauern, die ihre selbständigen Betriebe weiterführten, nicht die Möglichkeit geben würde, in Ruhe zu existieren und zu arbeiten, daß sie alle außerhalb der Kolchosen verbleibenden Bauern als Feinde des Sowjetregimes behandeln würde. Die Repressalien und Strafexpeditionen der Regierung haben in der Einstellung der Mittelbauern eine Wandlung herbeigeführt, ihren Widerstand gebrochen. In Massen strömten nun die Mittelbauern in die Kolchosen. In den Bezirken, in denen der Druck der Behörden am stärksten war, war auch die Beteiligung der Mittelbauern an den Kolchosen am größten. Im März 1930 hatte die Zahl der kollektivisierten Betriebe in einigen Bezirken 80 bis 90 Prozent der Gesamtzahl der Betriebe erreicht. Sie sank aber nach dem „Rückzug“ der Regierung im Durchschnitt bis auf 25 Prozent, um dann nach der neuen Welle des wirtschaftlichen Druckes im Frühjahr 1931 erneut bis auf 52 Prozent zu steigen.

Es liegt kein Anlaß zu der Annahme vor, daß die breiten Massen der Bauernbevölkerung, die 1930 und 1931 in die Kolchosen gegangen sind, ihre Besitzermentalität abgelegt und sich von der Ueberlegenheit der kollektiven Wirtschaftsführung überzeugt haben. Die meisten Bauern (von den Kleinbauern und Landarbeitern abgesehen) gingen in die Kolchosen, weil sie sonst keinen erträglichen Ausweg sahen. Sie gingen in die Kolchosen, um zunächst einmal abzuwarten, was da kommt, und besserer Zeiten zu harren. In den meisten Fällen verrichten die Bauern ohne offenen Widerspruch die ihnen in den Kolchosen zugewiesene Arbeit. Aber die Beteiligung der Bauern an der Kolchostätigkeit ist nach den eigenen Angaben der Sowjetpresse häufig nur fiktiv, und es haben Kolchosen weite Verbreitung gefunden, in denen die Vergenossenschaftung der Arbeit nur äußerlich durchgeführt ist, während die Bauern die ganze Feldarbeit und vor allem die Verteilung der Erträge in privatwirtschaftlichen Bahnen durchführen. Die Formen der politischen Mimikry in den Kolchosen sind sehr

mannigfaltig, man darf diesen Selbstschutz der Bauern nicht unterschätzen. Nach dem mißglückten Versuch vom Frühjahr 1930, kollektivwirtschaftliche Kommunen mit absoluter Vergesellschaftung der gesamten Produktion ins Leben zu rufen, war die Regierung gezwungen, im privaten Nutzungsrecht der Bauern als Kolchosmitglieder ihre Höfe, ihr Milchvieh, ihren Gemüsebau und andere Formen ihrer „Verbrauchswirtschaft“ zu belassen. Auf diese Weise hat die Mehrzahl der Kolchosmitglieder gegenwärtig zwei Betriebsbestandteile, einen kollektivisierten Betrieb und daneben einen privaten Betrieb; da aber die Mentalität der Bauern die alte geblieben ist, bedeutet das in den meisten Fällen eine rein formalistische, oberflächliche Einstellung der Kolchosmitglieder zu ihren Pflichten gegenüber dem Kolchos und um so intensivere Förderung ihres eigenen mehr oder minder privaten Betriebes.

Bei ihrem Eintritt in die Kolchosen brachten die Bauern als Anteil ihren Grund und Boden, ihre Produktionsmittel und ihr Vieh ein. Da zwischen dem Umfang des eingebrachten Anteils und dem auf den einzelnen entfallenden Teil des Kolchosertrages kein direkter Zusammenhang bestand, waren die Bauern, als sie in die Kolchosen gingen, keineswegs daran interessiert, so viel wie möglich an Inventar und Vieh in die Kolchosen einzubringen, sie zogen es im Gegenteil vor, ihre Habe vorher zu verkaufen, ihr Inventar irgendwie beiseite zu schaffen und ihr Vieh beizeiten abzuschlachten. Daraus erklärt sich die von uns bereits erwähnte Verringerung des Viehbestandes in der Periode der Zwangskollektivisierung.

Um in den Kolchosen eine produktive Arbeit zu gewährleisten, mußte ihnen die Regierung sowohl mit langfristigen Krediten als auch mit direkten Subventionen unter die Arme greifen. Sie hat den Kolchosen alle Reserveländereien zur Verfügung gestellt, ihnen alle Vorräte an landwirtschaftlichen Maschinen und Produktionsmitteln überlassen und in beschleunigtem Tempo eine Anzahl von Werken umgebaut oder neu errichtet, die Traktoren, Pflüge, Erntemaschinen und landwirtschaftliches Inventar herstellen sollten. Zum erstenmal seit vielen Jahren nahm die Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen, Sortensaatgut, Zuchtvieh und Düngemitteln im Importplan eine bedeutende Stelle ein. In den ersten Jahren der Ueberindustrialisierung wurden aus dem Dorfe nur Mittel herausgepumpt, ohne daß

irgendeine Gegenleistung erfolgte. Seit der Inangriffnahme der Kollektivisierung war aber der Staat genötigt, während er die Lasten des privatwirtschaftlichen Sektors des Dorfes vermehrte, gleichzeitig doch auch einen Teil des früher der Landwirtschaft entzogenen Kapitals in Gestalt von Krediten und Maschinen in die Kolchosen zurückfließen zu lassen. Doch der Bedarf des kollektivwirtschaftlichen Sektors der Landwirtschaft war so groß, und die finanziellen und Produktionsmöglichkeiten der verstaatlichten Wirtschaft waren so begrenzt, daß die Regierung die Produktion der Kolchosen nur zu einem Teil auf höherer maschineller und technischer Grundlage organisieren konnte; im übrigen war sie darauf angewiesen, lediglich die Vorteile auszunutzen, die sich aus der Zusammenlegung der früher schon in der Bauernwirtschaft verfügbaren Zugtiere, Produktionswerkzeuge und Maschinen ergaben. Die höhere Ausnutzung der vorhandenen Pflüge, Eggen, Dreschmaschinen, die höhere Belastung der Zugtiere sollte den geringen Umfang der möglichen Maschinisierung kompensieren. Der Mangel an Maschinen und Düngemitteln trug zweifellos dazu bei, die in den Kolchosen erreichbaren Produktionsvorteile wesentlich herabzumindern.

Die Methoden der Zwangskollektivisierung und Entkulakisierung übertrafen in ihrer Grausamkeit alle terroristischen Methoden, die von der Regierung bis dahin angewandt worden waren. Unermessliche Qualen hat die Dorfbevölkerung in der Zeit der Kollektivisierung erleiden müssen. Große Zerstörungen hat die Kollektivisierung auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Produktion angerichtet. Und man kann wohl sagen, daß es andere Wege, andere Methoden einer weniger schmerzhaften, **vielleicht langsameren**, aber bestimmt dauerhafteren Lösung der durch die Entwicklung auf die Tagesordnung gestellten wirtschaftlichen Aufgaben gegeben hätte. Für die Methoden und das Tempo, die die Sowjetregierung bei ihren Versuchen der Hebung der Landwirtschaft angewandt hat, haben Wirtschaft und Bevölkerung der Sowjetunion in tausendfachen Opfern und wirtschaftlichem Ruin ihren Preis bereits erlegen müssen, sie werden dafür auch in Zukunft mit neuen sozialen und politischen Erschütterungen und erneuten wirtschaftlichen Rückfallserscheinungen zu zahlen haben.

Wenn wir aber die Methoden und Formen der Kollektivisierungspolitik der Sowjetregierung ablehnen, so wollen wir uns doch die Beurteilung der Ergebnisse der Zwangskollektivisierung nicht zu einfach machen.

Vor allem hat sich eine soziale Nivellierung des flachen Landes vollzogen. Der Differenzierungsprozeß, der sich in den ersten Jahren der NEP auf dem Lande abspielte, ist von einem neuen Nivellierungsprozeß abgelöst. Zugleich hat aber auch die geringe Kapitalbildung aufgehört, die auf dem Dorfe eingesetzt hatte und die der Steuer-, Kredit- und Finanzpolitik der Regierung als Grundlage diente. Der reichwerdende Bauer, dieses Schäfchen, das sofort geschoren wurde, sobald es Wolle ansetzte, war nach der Kollektivisierung fast gänzlich vernichtet. Das war die erste für die Urheber der Kollektivisierung überraschende Folge ihrer Eingriffe, ganz neue Quellen mußten für die Finanzierung des Fünfjahresplanes ausfindig gemacht, ganz neue Methoden zur Enteignung und Mobilisierung der nötigen Mittel erarbeitet werden. Andererseits hat sich in der Kollektivisierungsperiode auf dem Dorfe selbst eine gewaltige innerlandwirtschaftliche Kapitalverschiebung mit blitzartiger Geschwindigkeit vollzogen: Vieh, Produktionsmittel, Inventar, Wirtschafts- und Wohngebäude gingen aus den Händen der reichen und wohlhabenden Bauernschichten in den Besitz der Kolchosen und Sowchos, d. h. praktisch in die Verfügungsgewalt des Staates, über. Das war einer der Faktoren, die am meisten dazu beigetragen haben, den wirtschaftlichen Einfluß des Staates auf die Landwirtschaft zu mehren.

Als der Fünfjahresplan aufgestellt wurde, verwarfen die regierenden Kreise die Vorschläge des kommunistischen Linksoptionellen Preobraschenskij, der die Politik des Raubes an der Bauernwirtschaft als einzig mögliche Methode rapider Industrialisierung offen befürwortete. Es ist der Hohn der Weltgeschichte, daß die Regierung, die diesen Weg grundsätzlich bekämpfte, durch ihre eigene Politik gezwungen wurde, die ganze Tonleiter der Methoden der ursprünglichen Akkumulation von der Beschlagnahme der Arbeitsprodukte der Bauern bis zur Enteignung ihres Vermögens und ihrer physischen Ausrottung der Bevölkerung ihres eigenen Landes vorzuspielen.

Läßt man die politischen und sozialen Prozesse, die die Kollektivisierung begleiten, zunächst beiseite und betrachtet man sie unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Ergebnisse, so muß man zweierlei feststellen. Die Kollektivisierung hat in erster Linie die Ausschaltung des privaten Besitzers in 50 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Ersetzung durch einen



kollektiven Besitzer, in der Praxis häufig durch Staatsbeamte, mit sich gebracht. Die Praxis der ersten zwei, drei Jahre der Kolchostätigkeit berechtigt zu der Folgerung, daß die Ausschaltung der privaten Besitzer ihre wirtschaftlichen Vorteile nicht erwiesen hat. Die Sowjetpresse ist voll von Nachrichten über bürokratisches, formalistisches und unwirtschaftliches Verhalten der Kolchosleitungen, Nachrichten, die keine zufälligen Erscheinungen herausgreifen, sondern das typische und vorherbestimmte Ergebnis einer unter Zwang und Gewalt stehenden Verwaltung der gesellschaftlichen Wirtschaft zum Ausdruck bringen. Es bedarf keines weiteren Beweises für die geringe Eignung der zentralen Wirtschaftsführung in dem Umfang und mit den Methoden der Sowjetwirtschaft, als die Tatsachen, die seit der Inangriffnahme der Kollektivisierung in der russischen Landwirtschaft dauernd zu verzeichnen sind. Jahrhundertlang hatte der Bauer, wie er das auch heute noch in allen anderen Ländern tut, auf seiner Scholle gewirtschaftet, und immer war es ihm gelungen, die Produktionsprozesse in dem Umfang, den seine wirtschaftlichen Möglichkeiten zuließen, zu bewältigen. Jetzt muß in den Kolchosen zu außergewöhnlichen Druckmaßnahmen, zu „Sturmkampagnen“, zum „sozialistischen Wettbewerb“ gegriffen werden, damit die Bauern das notwendige Saatgut nicht aufessen, sondern für die Aussaat aufheben, damit sie rechtzeitig den Boden bestellen und die Ernte einbringen. Im Herbst 1930 mußte die Regierung zu besonderen Maßregeln greifen, um die Kolchosbauern zu bewegen, die Felder abzuernten und die Ernte zu dreschen; die Bauern hatten gleich zu Beginn der Erntearbeit ihre Anteile untereinander aufgeteilt und eingebracht und alsdann die Arbeit eingestellt. In manchen Kolchosen wird beobachtet, daß die Bauern versuchen, nur fiktiv als Mitglieder zu gelten, die Vorteile der Kolchosen für ihren persönlichen Betrieb auszunutzen und die Kolchosmittel auf allen möglichen und unmöglichen Wegen in ihren privaten Betriebsbestandteil hinüberzupumpen. Die bäuerliche Mentalität ist die des Privateigentümers geblieben, das Vermögen der Kolchosen betrachten die Bauern als das fremde, ihnen nicht gehörige Vermögen des Fiskus und in der Kolchosleitung sehen sie eine ihnen feindliche Obrigkeit. Daraus erklären sich die zahlreichen Fälle der direkten Sabotage der Kolchosarbeit durch die Bauern. Nur schmale Schichten der Bauernbevölkerung, überzeugte Anhänger der Kolle-

tivisierung, und auch weite Kreise der Bauernjugend, die vom Pathos des sozialistischen Aufbaus erfaßt sind und denen die Rolle imponiert, die ihnen der Staat im Rahmen dieser Aufbauarbeit zuweist, können als aktive Mitglieder der Kolchosen gelten, die mit Inbrunst und Ueberzeugung gegen den dumpfen Widerstand der großen Masse der Bauern anzukämpfen versuchen.

Neben der Kollektivisierung im engeren Sinne hat sich gleichzeitig eine andere Entwicklung vollzogen, die mit der Kollektivisierung organisch nicht unbedingt zusammengehört und die, wenn auch in anderem Tempo, ohne die Kollektivisierung ebenso möglich wäre, die aber in Rußland gerade in der Periode der Kollektivisierung und unter dem Banner der Kollektivisierung vor sich gegangen ist. Wir meinen die produktionstechnische Umgestaltung der Landwirtschaft, wie sie in den letzten Jahren Wirklichkeit geworden ist. Die Kolchosen haben gewiß nicht genug Maschinen, Traktoren und Düngemittel. Aber die technische Struktur der bäuerlichen Klein- und Kleinstbetriebe war so rückständig, der Wert des in ihnen angelegten Kapitals so gering, daß schon die einfache Rationalisierung des Ackerbaus und die Einfügung auch der geringsten technischen Vervollkommnungen einen relativ bedeutenden Erfolg erbringen mußten. An die Stelle des Hakenpflugs ist in den Kolchosen der Pflug, auch der vom Traktor gezogene Pflug getreten. Es wird gereinigtes Sortensaatgut verwendet, und an die Stelle der Dreifelderwirtschaft, die die russische Landwirtschaft in verhängnisvoller Weise zu einer reinen Konsumwirtschaft machte, tritt unter Anpassung an die natürlichen und klimatischen Verhältnisse das Fruchtwechsellsystem. Wesentlich ist der Umfang der Anbaufläche erweitert worden, wozu die Zusammenlegung der zersplitterten Bauernbetriebe mit ihrer großen Gemengelage zu einem einheitlichen Acker und die Verringerung der Brache um etwa zwei Drittel wesentlich beigetragen hat. Im Laufe eines Jahres ist das Weizen-Roggenproblem gelöst worden: die Landwirtschaft hat den Anbau des Roggens, der hauptsächlich der Selbstversorgung diente, eingeschränkt und den Anbau des marktgängigen Weizens ausgedehnt. Bedeutende Erfolge sind in den ersten Jahren des Jahrfünfts auch in bezug auf die Ausdehnung der Nutzpflanzenfläche erzielt worden. Freilich sind die phantastischen Hoffnungen der Sowjetregierung nicht erfüllt worden, die darin gipfelten, daß es ihr

gelingen würde, die Einfuhr amerikanischer Baumwolle einzustellen oder den Anbau von Zuckerrüben, Ölpflanzen, Flachs und Hanf so weit auszudehnen, daß die Entwicklung der entsprechenden Industriezweige in dem vom Fünfjahresplan vorgesehenen Tempo gesichert wäre; aber schon die Durchführung dieser Pläne zu 50 oder 70 Prozent ist ein gewaltiger und unbestreitbarer Erfolg.

Das Gebiet, auf dem die produktionspolitischen Ergebnisse des Fünfjahresplanes eindeutig negativ waren, ist die **Viehzucht**. Im Zusammenhang mit der Kollektivisierung ist die Viehhaltung in all ihren Zweigen (Milchvieh, Schlachtvieh, Zugvieh) beträchtlich, in einigen Zweigen sogar um die Hälfte, zurückgegangen. Infolge dieser Rückbildungserscheinungen hat sich auf dem Gebiete der Arbeitsviehhaltung und namentlich der Lieferung von Fleisch- und Molkereiprodukten eine geradezu katastrophale Situation herausgebildet. Auch die Bodendüngung hat sich wesentlich verschlechtert. Der ungünstige Einfluß der Kollektivisierung auf die Viehhaltung ist nicht zu bestreiten. Aber um die wirtschaftliche Bedeutung dieser Erscheinung richtig zu beurteilen, muß man bedenken, daß der Rückgang der Viehhaltung die politische Folge der gewaltsamen Durchführung der Kollektivisierung und nicht etwa das wirtschaftliche Ergebnis der Umgestaltung der Landwirtschaft gewesen ist.

Trotz dem „Erdbeben“, das die Kollektivisierung verursacht hatte, trotz den Verwüstungen, die sie hervorgerufen hat, trotz dem Chaos und der Unwirtschaftlichkeit, die sich als Folge des Bürokratismus und der behördlichen Exzesse eingestellt haben, ist die wirtschaftliche Ueberlegenheit des neuen Systems der Produktion und Technik bereits im ersten Jahre zutage getreten. In der Tat hätte man in diesem Jahr des „Erdbebens“, der Umgestaltung des gesamten Lebens- und Arbeitszuschnittes des Dorfes eine akute Hungersnot erwarten dürfen. Sie ist jedoch nicht eingetreten. Gewiß sind dabei die außergewöhnlich günstigen Witterungsverhältnisse des Jahres 1930 von großer Bedeutung gewesen, aber die beste Witterung hätte nichts genützt, wenn der Anbau nicht in ausreichendem Maße besorgt und die Erntearbeit nicht verrichtet worden wäre. Daß das geschehen ist, war nur möglich dank den gewaltigen Kapitalinvestitionen und der Reorganisation der gesamten Landwirtschaft, die in diesem Jahr erfolgt sind.

Eine Folge der verbesserten Produktionstechnik war auch die Steigerung der Marktproduktion der Kolchosen, die weit höher war als in den vorausgegangenen Jahren, wenn sie auch noch hinter der der alten Grundherrenbetriebe oder der europäischen Landwirtschaft (siehe Tabelle auf S. 31) weit zurückbleibt. Ein wichtiges positives Ergebnis der sozialen und ökonomischen Umstellungen der letzten zwei Jahre ist die radikale Beseitigung jener produktions-technischen und kulturellen Rückständigkeit und Routine, die bis dahin das Charakteristikum der russischen Landwirtschaft gewesen ist. Das Arbeiten nach den Sitten und Gebräuchen der Vorväter, die patriarchalische Leitung durch die Greise, die Angst haben, sich an den überlieferten Geboten zu versündigen, das Mißtrauen gegenüber der wissenschaftlichen Bodenbearbeitung und der Technik, die Scheu vor Neuerungen, — dies alles ist radikal beseitigt und wird nicht wiederkehren. Die Maschine und die Bodenkultur haben dem Dorf eine neue Technik gebracht, aber sie haben gleichzeitig auch einen neuen Lebenszuschnitt und neue materielle und kulturelle Bedürfnisse geschaffen.

Doch infolge der Politik, die die Sowjetregierung gegenüber dem flachen Lande betreibt, erbringt die Hebung der Landwirtschaft auf ein höheres produktions-technisches Niveau keine stabilen, positiven Ergebnisse und kann sie nicht erbringen. Das äußert sich am deutlichsten in dem Kampf, der innerhalb der Kolchosen um die Fragen der Verteilung der Erträge und der Festsetzung der Arbeitsbedingungen tobt. Im Jahre 1929/30 haben die Kolchosen ihre Erträge in den meisten Fällen nach der Zahl der „Esser“, der **Familienangehörigen**, verteilt. Nachdem der Bruttoertrag der Kolchoswirtschaft bekannt war, bekam zunächst der Staat auf Grund einer besonderen Verfügung zu den amtlich festgesetzten niedrigen Preisen bis zu 33 Prozent der Ernte, alsdann wurden die gesetzlich festgelegten Abführungen an den „unteilbaren Fonds“, an den Aussaatfonds, an den Sicherheitsfonds usw. vorgenommen, und der Rest wurde auf die Kolchosmitglieder aufgeteilt. Die Verteilung der Erträge nach der Zahl der Angehörigen förderte notwendigerweise die Zuwanderung von Elementen der städtischen Bevölkerung, die noch irgendwelche Beziehungen zum Dorfe aufrechterhalten hatten, und machte die Kolchoswirtschaft andererseits zu einer reinen Selbstversorgungswirtschaft. Das trug nicht zur Hebung

der Arbeitsleistung der einzelnen Kolchosbauern bei und das führte auf der anderen Seite zur Verringerung des auf den Markt gelangenden Teiles der Kolchosproduktion.

Um die Auswirkungen dieses Systems zu bekämpfen, hat die Regierung im Jahre 1931 ein neues Dekret über die Organisation der Arbeit in den Kolchosen erlassen. Darin wurde die Verteilung der Erträge nicht nach der Zahl der Haushaltsangehörigen, sondern nach der Arbeitsleistung angeordnet. Das System der nivellierenden Ertragsverteilung wird abgeschafft, der Kolchosbauer hat seinen Anteil am Ertrag nur entsprechend der von ihm aufgewandten Arbeitsleistung zu beanspruchen. Dabei wird zwecks Steigerung der Arbeitsleistung die Lohnberechnung nicht im Zeitlohn, sondern im **Akkordlohn** erfolgen. Um die Akkordentlohnung in der Landwirtschaft zu ermöglichen, haben die zuständigen Regierungsorgane ein kompliziertes System der Errechnung von Tagewerken je nach Art und Gegenstand der Arbeit aufgestellt. Die Einführung der Akkordbezahlung der gestern noch selbständigen Besitzer, die an die fabrikmäßige Arbeitsordnung nicht gewöhnt sind, hat starke Unzufriedenheit ausgelöst und begegnet in der Praxis einem heftigen Widerstand der Bauern. In den meisten Kolchosen steht das Akkordsystem nur auf dem Papier. In vielen Kolchosen wird die bevorstehende Arbeit zunächst in Tagewerken berechnet, und dann werden „die Tagewerke auf die einzelnen Höfe im Kolchos nach der Zahl der Haushaltsangehörigen unter Berücksichtigung des Alters umgelegt“. In anderen Kolchosen wird die Arbeit in der Berechnung verteilt, daß „alle Kolchosmitglieder die Möglichkeit bekommen, einmal den Kolchospflug anzufassen“ („Prawda“, 10. Juni 1931).

Um die Produktivität der Landwirtschaft und den auf den Markt gelangenden Teil der Produktion zu erhöhen, hat die Regierung außer den Kolchosen, wie bereits erwähnt wurde, auch die Sowchosen ins Leben gerufen. Sowchosen heißen in der Sowjetunion landwirtschaftliche Großbetriebe, die nach dem Prinzip von landwirtschaftlichen Fabriken organisiert sind, die sich im Besitz des Staates befinden und in denen die Bauern als Lohnarbeiter Beschäftigung finden. Solche Sowchosen gibt es in verschiedenen Bezirken der Sowjetunion. Die Art der Arbeitsorganisation ermöglicht es ihnen, einen großen Teil der Produktion auf den Markt

zu bringen. Sowchosen gibt es im Körnerbau, im Zuckerrübenbau, in der Tabakwirtschaft, im Baumwollbau, in Teepflanzungen und in der Viehzucht. Im Jahre 1930 bestellten die Sowchosen eine Fläche von 4,5 Millionen Hektar, im Jahre 1931 eine Fläche von 7,8 Millionen Hektar. In den vorausgegangenen Jahren hatte der Staat den Sowchosen die größten ehemaligen Herrengüter zugewiesen, Musterbetriebe, die mit den besten Abschnitten der benachbarten Ländereien in weitem Ausmaß bedacht wurden. Außerdem hat der Staat ab 1929 neue Riesensowchosen in früheren Viehzuchtbezirken am Don, an der Wolga, in Kasakstan und in Mittelasien geschaffen. Die Sowchosen wurden mit Traktoren, Vieh, Mäh-dreschern und anderen Maschinen reichlich versehen. Ebenso sind die Sowchosen in bezug auf geschultes Personal und Finanzierungsmöglichkeiten in einer bevorzugten Lage.

Sowjetamtliche Untersuchungen verzeichnen in den Sowchosen hohe Produktivität und einen beträchtlichen Prozentsatz der Produktion für den Markt, vermerken aber daneben auch erstaunliche Unwirtschaftlichkeit, schlechte Arbeitsorganisation und sehr hohe Gestehungskosten.

Das Hauptbestreben der Regierung bei der Organisation der Kolchosen und Sowchosen war die Sicherung der Lebensmittelversorgung der Stadt und der Rohstoffversorgung der Industrie. Hat nun die Regierung dieses Problem zu lösen vermocht? Nach der Praxis der letzten zwei Jahre lassen sich folgende Feststellungen treffen: Hinsichtlich des Körnerbaus ist die Aufgabe insofern gelöst worden, als die Menge der vom Staat beschafften Produktion erheblich gestiegen ist und die Durchführung der Beschaffungsarbeit sich vereinfacht hat, weil der Staat es nunmehr mit großen Produzentenorganisationen und nicht mit einzelnen Kleinbetrieben zu tun hat. Wesentlich ungünstiger sind die Ergebnisse der Rohstoffbeschaffung. Die Bruttoernte ist zwar gestiegen, aber die vom Staat aufgebrachte Menge ist nicht groß, obgleich auch auf diesem Gebiet größere Fortschritte erzielt worden sind. Auf dem Gebiete der Viehzucht sind, wie bereits geschildert wurde, Rückbildungserscheinungen zu beobachten.

Aber alle diese Erfolge auf dem Gebiete der Steigerung der Produktion gewährleisten nicht die Stabilität des kollektivwirtschaftlichen Systems. Die Fortnahme der Erzeugnisse der Kolchosbauern zu niedrigen Preisen;

die ständigen, dauernd sich mehrenden Eingriffe des Staates in die Organisation der Arbeit und die Verwaltung der Kolchosen; die Beschränkungen, die den Kolchosmitgliedern in der Verwertung der ihnen verbleibenden Ernteanteile auferlegt sind; seit der Einführung des Akkordsystems schließlich auch die Hinausdrängung der überschüssigen Bevölkerung, die sich jetzt von den Kolchosen ernährt: all dies begründet in den Kolchosen einen Zustand der Labilität, führt zu einem ständigen Kampf um den Umfang der eingebrachten Anteile, um die Zuweisung der Arbeit, um die Berechnung der Tagewerke und schließlich zu noch schärferen Konflikten zwischen den Kolchosmitgliedern und den Vertretern der Behörden. Obgleich die Hektarerträge der Kolchosbauern und sogar die Teile der Ernte, die ihnen je Hektar verbleiben, höher sind als in den selbständigen Bauernbetrieben, blicken die Kolchosbauern (namentlich die ehemaligen Mittelbauern unter ihnen) neiderfüllt auf die selbständig wirtschaftenden Landwirte, die, wenn auch nicht ganz unbelästigt, ihre Produkte am freien Markt zu einem Preise, der den staatlichen Richtpreis um das Fünfzehnfache überschreitet, verkaufen können. Aber die Agrarpolitik der Regierung führt nicht nur zu einem Dauerzustand der Labilität und Unsicherheit in den Kolchosen, sie bedingt auch wirtschaftliche Rückbildungserscheinungen in der Sphäre der selbständigen Bauernwirtschaft (50 Prozent der Betriebe im Jahre 1931), die von der Kollektivisierung noch nicht erfaßt worden ist. Trotz allen Befehlen und Drohungen haben die selbständig wirtschaftenden Bauern ihre Anbauflächen, namentlich für marktgängige Produkte, im Jahre 1931 eingeschränkt.

Gegenwärtig läßt sich die Schlußbilanz der Kollektivisierung kaum ziehen; besonders schwierig ist die Herauskristallisierung der zukünftigen Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft der Sowjetunion. Die Kollektivisierung ist ein sehr komplizierter Prozeß, der noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Die sozialen Verhältnisse auf dem neuen Dorfe haben noch keine endgültige Gestalt gewonnen. Es läßt sich schwer sagen, welche negativen Erscheinungen die organische Folge des Kolchossystems sind und welche von ihnen lediglich auf das Konto der „Kinderkrankheiten“ der Kolchosen geschrieben werden müssen. Zu- oder abnehmender Einfluß des Staates kann hier zum entscheidenden Faktor werden. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete wird die

Bedeutung unzweifelhaft positiver Ergebnisse der technischen Umgestaltung der agrarischen Produktion durch die Unwirtschaftlichkeit herabgemindert, die ihrerseits auf die Ersetzung des Privatbesitzers durch die Kollektivverwaltung zurückgeht und mit einer durch die staatlichen Eingriffe verstärkten Bürokratisierung Hand in Hand geht. Ebenso wenig lassen sich begründete Schlüsse auf Grund der Bruttoernte und der Ernteerträge von 1930 ziehen, weil die Ergebnisse dieses einen Jahres durch den außerwirtschaftlichen Faktor der Witterung stark beeinflußt sind.

Immerhin lassen sich unter Berücksichtigung dieser Vorbehalte einige allgemeine Entwicklungstendenzen skizzieren.

Das Schicksal der Kolchosen hängt unmittelbar von der Bauernpolitik der Regierung ab. Hat der Staat politisch und wirtschaftlich die Möglichkeit, seine diktatorische Politik durchzuführen und die jetzige Entwicklung zur **Umbildung der Kolchosen** zu fördern, so müssen die Kolchosen in kurzer Frist zu Sowchosen, d. h. zu Staatsgütern, werden. Sie müssen dann den gleichen Prozeß der Verstaatlichung durchmachen, den seinerzeit die Konsumgenossenschaften der Sowjetunion durchgemacht haben. Die Bauern werden sich allmählich in Lohnarbeiter verwandeln, die in staatlichen Agrarfabriken beschäftigt werden.

Wir meinen allerdings, daß eine solche endgültige Beseitigung des gesamten Bauerntums als Klasse kaum durchgeführt werden kann, und zwar sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus sozialen und politischen Gründen. Die Verwandlung der gesamten Bauernbevölkerung in Lohnarbeiter würde voraussetzen, daß der Staat den gesamten Verbrauch der Bauern und ihrer Angehörigen zu decken in der Lage ist, einen Verbrauch, der mit der Verwandlung der Bauern in Lohnarbeiter erheblich anwachsen muß; ferner würde der Staat die Kolchosen in vollem Umfang mit allen erforderlichen Produktionsmitteln versehen müssen. Aber wenn die volle Liquidierung des Bauerntums aus diesen Gründen nicht als wahrscheinlich gelten kann, so bringt doch schon die Tendenz zu einer solchen Liquidierung der Bauernklasse (vgl. z. B. das Akkordsystem) wachsende Konflikte und politische Gefahren mit sich. Diese Gefahren sind um so größer, als die Beseitigung des Bauerntums ein gewaltiges politisches Hindernis in der Besitzermentalität der Bauern vorfindet, die nur in Generationen

überwunden werden kann. Es ist durchaus bezeichnend, daß die Regierung sich nicht entschließen kann, diesen Weg mit der ihr sonst eigenen Geradlinigkeit zu gehen.

Ganz anders würde das Schicksal der Kolchosen aussehen, wenn die Sowjetregierung gestürzt würde oder ihre gegenwärtige Politik revidierte. Sie braucht nur den Zwang zum Eintritt in die Kolchosen und zum Verbleiben in diesem Zwangssystem aufzuheben, damit ein Massenaustritt der Bauern einsetzt. In diesem Fall würde der private Bauernbetrieb sehr schnell zur herrschenden Form des landwirtschaftlichen Betriebes werden. Die genossenschaftliche Betriebsführung würde sich nur in einer geringen Zahl bereits fest fundierter landwirtschaftlicher Kommunen erhalten können, deren Mitglieder sich von Erwägungen politischer und ideeller Natur leiten lassen. Die genossenschaftliche Wirtschaftsform in der gemeinsamen Verwertung landwirtschaftlicher Maschinen, in der Organisation des Absatzes und der Kreditbeschaffung, die den gesamten Produktionsprozeß im Bereich der privaten Initiative des einzelnen Besitzers beläßt, würde allerdings auch dann bestehen können.

Welche Wege die „Entgenossenschaftung“ der heutigen Zwangskolchosen einschlagen wird, läßt sich gegenwärtig nicht entscheiden. Je nach der Gestaltung der politischen Situation sind hier verschiedene Formen möglich: sowohl der Zerfall der gegenwärtigen Kolchosen in ihre ursprünglichen Bestandteile als auch die Inbesitznahme größerer Betriebseinheiten durch die heutigen Kolchosleiter, sowohl die Verpachtung der Kolchosen oder ihrer Bestandteile an einzelne unternehmungslustige Bauern als auch eine neue „schwarze Landumteilung“. Daß eine solche neue Gesamtaufteilung des Grund und Bodens im Bereich des Möglichen liegt, ist eine der bedrohlichen Folgen jener Methoden, mit denen die Umgestaltung der Landwirtschaft in der Kollektivierungsperiode verwirklicht worden ist.

Bei alledem steht fest, daß die Hebung der Landwirtschaft auf ein höheres technisches und kulturelles Niveau eine Tatsache ist, die auch durch die schwersten Erschütterungen, die der russischen Landwirtschaft noch bevorstehen mögen, nicht aus der Welt geschafft werden kann. Die Bauernmasse hat die Vorteile des Fruchtwechselsystems am eigenen Leibe erfahren, sie wird nie mehr zum Hakenpflug und zur Holzegge zurückkehren. Ebenso werden auf dem flachen Lande auch die neuen

Maschinen und Produktionsmittel bleiben, die die Kollektivisierung dem Dorfe beschert hat, und es werden die neuerrichteten Riesenwerke für die Herstellung von Traktoren, Mähdreschern und landwirtschaftlichen Maschinen und für die Erzeugung von Düngemitteln auch in der Zukunft für den Bedarf der Landwirtschaft arbeiten.

Betrachtet man diese Wandlung unter geschichtlichem Aspekt, so kommt man zu diesem Ergebnis: Vor dem Kriege stand die russische Landwirtschaft vor dem Problem der Ueberwindung ihrer rückständigen Struktur durch den Uebergang von einer extensiven zu einer intensiven Wirtschaft, von primitiven Produktionsformen zum maschinellen und technisierten Betrieb. Indem die Februarrevolution die Zerschlagung der grundherrlichen Großgüter und die Beseitigung der Ueberbleibsel einer ständischen Wirtschaftsweise Wirklichkeit werden ließ, schuf sie erst die Voraussetzungen für die Lösung des produktionstechnischen und produktionspolitischen Problems. Wenn die Politik des Staates diesen Prozeß gefördert oder wenigstens nicht hintangehalten hätte, so hätte sich die Umgestaltung der Landwirtschaft auch auf der Basis des Privatbetriebes, wenn auch nur langsam, vollzogen. Aber die Entwicklung ist so gegangen, daß das politische Regime — von der Februarrevolution an bis zu den letzten Jahren — dieser Umstellung der Landwirtschaft entgegenwirkte. Vom Februar bis zum Oktober wurde die Hebung der Landwirtschaft einerseits durch die „schwarze Landumteilung“, andererseits durch die zögernde und unentschlossene Politik der Provisorischen Regierung behindert. Später, in der Zeit des Kriegskommunismus und der NEP bis zum Jahre 1928, stieß die Entfaltung der Produktivkräfte des Dorfes auf eine Schranke in der Politik der Sowjetregierung, die bald mit größerer, bald mit geringerer Aktivität den Kampf gegen das wirtschaftlich erstarkende, reicher werdende Bauerntum führte. Erst seit 1928 ist der Weg der Entfaltung der Produktivkräfte der Landwirtschaft eingeschlagen: die Entwicklung verläuft nunmehr in den Bahnen der Kollektivisierung, — eine gewiß schmerzhaft, verzerrte, an Rückschlägen reiche Entwicklung, aber bis zu einem gewissen Grade eben doch eine Entfaltung der Produktivkräfte. Die Hebung der Landwirtschaft steht auf der Tagesordnung, die Umgestaltung der Produktions- und technischen Struktur der Landwirtschaft konnte,

wenn auch unwirtschaftlich und kostspielig, vor sich gehen. Gewiß sind die Probleme der landwirtschaftlichen Technik und Produktionspolitik noch nicht gelöst, aber sie sind ihrer Lösung ein entscheidendes Stück nähergekommen. Das Dorf von heute ist nicht mehr das gleiche wie vor der Kollektivisierung, und es wird nie wieder das gleiche werden. Die Produktion der russischen Landwirtschaft hat sich trotz allem in der Richtung einer Angleichung an das Niveau der fortgeschrittensten Agrarländer entwickelt. Das Verhängnis der russischen Revolution ist es aber, daß diese Entwicklung sich in einer so verzerrten, weder dem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes noch der Mentalität der russischen Bauernbevölkerung angepaßten Form hat vollziehen können. Aus diesem Verhängnis können auch noch in der Zukunft schwere Erschütterungen erwachsen.

## 6. Das Kaderproblem und das agrarische Uebervölkerungsproblem

Die im Fünfjahresplan in Aussicht genommene Aufgabe der Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft hat mit der größten Schärfe das „Problem der Kader“ in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik treten lassen. Aehnlich wie in der ersten Periode der Industrialisierung das unzureichende Anlagekapital der Industrie der wunde Punkt der Wirtschaftspolitik gewesen ist, ist jetzt der Mangel an technischem Personal und qualifizierten Arbeitskräften ein entscheidendes Hindernis auf dem Wege der Plandurchführung. Der Umfang der technischen Aufgaben, das Tempo und die Schwingungswerte der Arbeit haben an die Auffüllung der Kader des Industriepersonals ganz außergewöhnliche Anforderungen gestellt. Für die Durchführung des Fünfjahresplanes braucht man vor allem technische Leiter, Ingenieure, Agronome, Wirtschaftler, Organisatoren mit so hoher Qualifizierung und in einer so großen Zahl, wie sie weder Rußland vor dem Kriege oder heute noch das industriell hochentwickelte Amerika aufzuweisen haben. Zur Aufstellung der Baupläne für ein Hüttenwerk, dessen Leistungsfähigkeit der Kapazität der gesamten Hüttenindustrie Vorkriegsrußlands gleichkommt oder zur Leitung eines solchen Werkes braucht man Ingenieure, die nicht nur eine ausgezeichnete technische Vorbildung, sondern auch eine große praktische Erfahrung und organisatorisches Talent besitzen. Vor dem Kriege verfügte Rußland nur über eine schmale Schicht von Betriebs- und Organisationsingenieuren, und die meisten russischen Großbetriebe standen unter der Leitung ausländischer Fachleute. In der nachrevolutionären Zeit hat sich zweifellos eine Anzahl von befähigten, zur Lösung großer Aufbauaufgaben geeigneten Ingenieuren aus der Gesamtmasse der technischen Angestellten hervorgetan, und ebenso sind auch aus den Reihen der kommunistischen Funktionäre und der in die Verwaltung eingegliederten Arbeiter begabte Organisatoren und Betriebsleiter — allerdings in nicht zu großer Zahl —



hervorgegangen. Doch die verfügbaren Kader sind in ihrer durchschnittlichen Zusammensetzung weder der Zahl noch der Qualifizierung nach den großen Aufgaben des Industriebaus gewachsen. Auch die gewaltigen landwirtschaftlichen Großbetriebe, die ihrem Umfang nach sogar die agrarischen Betriebe der USA und Kanadas in den Schatten stellen, verlangen zahlreiche Betriebsleiter und Techniker. Zudem ist die wirtschaftliche Struktur der Kolchosen und Sowchosen so eigenartig, daß die üblichen landwirtschaftlichen Vorkenntnisse und praktischen Erfahrungen für die Tätigkeit eines Kolchosleiters nicht ausreichen. Bereits in den ersten zwei Jahren des Planjahr fünfths machte sich der Mangel an Betriebsleitern in Industrie und Landwirtschaft akut bemerkbar. Die schlechte Konstruktion und mangelhafte Durchführung der Bauentwürfe ging im wesentlichen auf diese Erscheinung zurück. Ueberdies hatten die russischen Wirtschaftsführer zur Zeit der Aufstellung des Fünfjahresplanes das Problem der Kader in seiner ganzen Tragweite überhaupt nicht erkannt. Die ganze Problematik war im Fünfjahresplan nur skizziert, ohne im Detail untersucht und durchgearbeitet worden zu sein. Der „Plan der Sicherung der Spezialistenkader für die Volkswirtschaft der U. d. S. S. R.“ wurde erst 1930 aufgestellt. Seine Verfasser heben nachdrücklich die „große Kluft zwischen dem Spezialistenbedarf der Volkswirtschaft und der Möglichkeit seiner Deckung“ hervor. Sie sagen: „Daß die Zahl der Spezialisten bei uns quantitativ nicht so reichlich ist, ist allgemein bekannt; . . . der Mangel an Spezialisten ist nicht selten die Ursache der Nichtdurchführung der Produktionsprogramme oder der schlechten qualitativen Ergebnisse. Von noch größerer negativer Bedeutung ist die niedrige Qualifizierung der Fachleute. In einer Situation, in der die gesamte Volkswirtschaft umgestaltet wird und die besten Errungenschaften der internationalen Wissenschaft und Technik ausgewertet werden müssen, muß sich der Spezialist auf dem Niveau des technischen Wissens der Gegenwart bewegen.“\*)

Eine Erhebung über die Zahl der verfügbaren Fachleute, die im Jahre 1929/30 veranstaltet wurde, errechnete die Gesamtzahl der Industriefachleute, der Landwirte mit Spezialvorbildung und der Wirtschaftsfachleute auf 308 000

\*) „Plan der Sicherung der Spezialistenkader für die Volkswirtschaft der UdSSR.“, russisch, Moskau 1930, SS. 7, 27, 34.

(an anderer Stelle wird in der gleichen Erhebung die Zahl von 290 000 genannt). Indes kommt im Jahre 1930 die bescheidenste Schätzung des Bedarfes an leitenden Spezialisten auf eine Zahl von über einer halben Million für das dritte Jahr und über einer Million für das fünfte Jahr des Planjahr fünfths.\*) Der prozentuale Anteil der Ingenieure an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist in Rußland sehr niedrig. Während in Deutschland die Zahl der Ingenieure im Durchschnitt 5 Prozent der Arbeiter ausmacht, betrug in Rußland am 1. Oktober 1929 „das anteilige Gewicht der von Ingenieuren bekleideten Posten 1,3 Prozent, das der Posten mit mittlerer technischer Qualifizierung 1,9 Prozent“. Im Jahre 1931 ist dies Verhältnis noch ungünstiger geworden. In den größten Industriebetrieben werden zahlreiche Posten, deren Ausfüllung eine abgeschlossene technische Hochschulbildung erfordert, von Technikern mit Mittelschulbildung oder von Praktikanten bekleidet.

Auf zweifache Art hat die Regierung versucht, das **Spezialistenproblem** zu lösen: einmal durch Verkürzung der Ausbildungszeit, zum anderen durch Heranziehung ausländischer Fachleute; in beiden Richtungen sind die positiven Ergebnisse sehr gering gewesen. Die Reorganisation der technischen Hochschulen, deren Pensum auf zwei Jahre zusammengedrängt wird, die praktische Beschäftigung der Studierenden in den Betrieben neben dem Studium und die Abschaffung der Diplomarbeiten haben gewiß zur Abkürzung der Studienzzeit beigetragen und die Zahl der Ingenieure vermehrt. Aber die Vorbildung dieser Ersatzingenieure ist so mangelhaft, daß sie in den Betrieben in vielen Fällen weniger technisches Wissen an den Tag gelegt haben als die älteren gelernten Arbeiter. Im Mai 1931 sah sich die Regierung gezwungen, das dreijährige Studium wieder einzuführen. Die Heranziehung von Ausländern hat infolge der politischen und Lebensbedingungen in der Sowjetunion ebenfalls einen geringen Nutzeffekt erbracht. Die Gesamtzahl der ausländischen Ingenieure und Techniker erreichte 1931 etwa 1000, die Zahl der ausländischen Arbeiter nicht mehr als 8000. Die Aufgaben, die der technischen Leitung der Sowjetbetriebe zugewiesen sind, sind indes nicht nur deswegen so kompliziert, weil es

\*) Der Fünfjahresplan schätzte den Bedarf an Ingenieuren für das ganze Jahr fünfth auf 41 500, den Bedarf an sonstigen Fachleuten auf weitere 93 000. (Vgl. oben den Abschnitt „Arbeit“ in Kapitel 3.)



an Fachleuten mit ausreichender Vorbildung mangelt; von nicht geringer Bedeutung ist auch der Umstand, daß alle technischen Spezialisten und Wissenschaftler einem ausgeprägten Mißtrauen auf seiten der Behörden begegnen und als verkappte oder künftige „Schädlinge“ behandelt werden. Für alle Auswirkungen der utopischen Politik, für alle „Rechenfehler“ der Behörden werden die technischen und Wirtschaftsfachleute verantwortlich gemacht. Die Schauprozesse von 1930 und 1931 haben das deutlich gezeigt. Diese ungünstige Arbeitsatmosphäre wirkt sich dahin aus, daß die Ingenieure und Techniker keine eigene Initiative und kein großes Interesse an den Tag legen und sich der Verantwortung zu entziehen bemühen.

Nicht minder akut empfindet die Sowjetindustrie den Mangel an **geschulten Arbeitern**. Schon im Jahre 1931, zu einer Zeit, da erst ein Drittel der vom Fünfjahresplan projektierten Betriebe in Gang kommen soll, wird ein starker Mangel an erfahrenen Häuern, Hüttenarbeitern, Drehern, Chemiarbeitern, Textilarbeitern usw. beklagt. Die Zahl der technisch geschulten Arbeiter ist in Rußland nie sehr groß gewesen. In der Kriegs- und Revolutionszeit ist ein erheblicher Teil dieser Arbeiter durch Todesfall oder Ueberalterung aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden. Eine nicht geringe Anzahl gelernter Arbeiter ist während der Revolution auf Verwaltungsposten im Staatsapparat berufen worden. Alle Erhebungen stellen fest, daß die Schicht der alten Arbeiter in den Betrieben sehr schmal ist und von Jahr zu Jahr weiter zusammenschrumpft. Während in Deutschland auf je hundert Arbeiter 62,6 gelernte entfallen, sind es in der Sowjetunion nur 43,3. Alle neu erbauten Fabriken sind mit komplizierten Maschinen und vervollkommenen Apparaten ausgerüstet, deren Bedienung hohe Qualifizierung erfordert. Gewiß genügen für einige der neuen Betriebe, die mit automatischen Werkbänken für die Massenfabrikation arbeiten, auch Arbeiter niedriger Qualifizierung, die jedoch über ein hohes allgemeines Kulturniveau verfügen müßten. Aber die Auffüllung der Arbeiterkader in der heutigen Sowjetunion vollzieht sich wie auch im Vorkriegsrußland hauptsächlich durch Zuzug von Angehörigen der Landbevölkerung, die zum erstenmal Arbeit in der Fabrik suchen. Die ersten Entwürfe des Fünfjahresplanes wollten das Problem der Heranbildung von gelernten Arbeitern durch die Schaffung von tech-

nischen Ausbildungskursen, durch die Ausdehnung der Werkschulen und den Ausbau des Lehrlingswesens lösen. Doch die Erfahrungen der ersten zwei Jahre des Planjahrfünfts haben ergeben, daß diese Ausbildungsmethoden für die Auffüllung der Arbeiterkader weder zahlenmäßig noch qualitativ ausreichen. Obgleich diese drei Methoden in beschleunigtem Tempo zur Anwendung gebracht werden, werden 1931 für 518 neue Großbetriebe nur 560 000 neue Arbeiter ausgebildet worden sein, während sich der tatsächliche Bedarf auf 1 200 000 beläuft. Diese Schranke will die Regierung nunmehr durch die Verdichtung der Arbeit und die Intensivierung der Arbeitsleistung in den Betrieben überwinden. Es spricht aber vieles dafür, daß gerade die Unlösbarkeit des Problems der Kader der Grund sein dürfte, warum ein großer Teil dieser Betriebe die Arbeit im Jahre 1931 nicht aufnehmen können. Dabei wird im vierten und fünften Jahr des Planjahrfünfts eine noch größere Zahl von gelernten Arbeitern erforderlich sein!

Wenn nun der Mangel an technischem Personal und gelernten Arbeitskräften seine Ursache darin hat, daß diese Kräfte in der Sowjetunion in Wirklichkeit überhaupt nicht vorhanden sind, so steht es mit dem Mangel an ungelerten Arbeitern anders. Hier ist der Arbeitermangel nur eine vorübergehende Erscheinung, die übrigens auch nur in den Städten auftritt. Die **Arbeiterknappheit in den Städten** verbirgt nur die **unsichtbare Arbeitslosigkeit** in der gesamten Sowjetunion. Die Kollektivisierung hat es mit sich gebracht, daß die Elemente der städtischen Bevölkerung, die noch mit dem Dorfe verbunden waren, auf das flache Land abwanderten. Das Problem der agrarischen Uebervölkerung hat dadurch an Schärfe gewonnen. Autoritative Wirtschaftstheoretiker, wie P. Maslov, Oganowskij, Tschernyschew u. a., haben die Zahl der Bauern, deren Unterhalt auf dem flachen Lande nicht gesichert ist, auf 9 bis 12 Millionen geschätzt. Berechnet man aber die Zahl der Arbeitskräfte, die für die Erledigung der landwirtschaftlichen Arbeiten bei rationeller Organisation benötigt werden (verschiedene Erhebungen haben zutage gefördert, daß die Bauern bei einer Verdichtung ihrer Arbeit bis zur Grenze der allgemeinen Arbeitszeit nur 120 bis 150 Tage im Jahr beschäftigt sein würden), so wird man zu dem Ergebnis gelangen, daß die überschüssige Bevölkerung des flachen Landes auf etwa 18 Millionen zu beziffern ist. Alle diese Zahlen sind

natürlich umstritten. Schon die Schwankung von 9 bis 18 Millionen zeigt die Ungenauigkeit der Berechnungen. Aber diese Zahlen vermitteln zum mindesten eine Vorstellung von der Tragweite der Problematik. Eine genaue Berechnung des Umfanges der agrarischen Uebevölkerung ist bis jetzt nicht vorgenommen worden. Unzweifelhaft jedoch ist, daß auf dem russischen Dorf bereits vor Inangriffnahme der Kollektivisierung mehrere Millionen Menschen eine überschüssige Bevölkerung bildeten, deren Umfang in den Kollektivisierungsjahren noch weiter angewachsen ist. Kolchoszählungen vom Jahre 1930 zeigten, daß in den Kolchosen nur 50 Prozent der Arbeitszeit ihrer Mitglieder ausgenutzt wurden. Die Verteilung der Kolchoserträge nach der Zahl der Haushaltsangehörigen in den Jahren 1929 und 1930 hat wiederum zur Vermehrung der Landbevölkerung beigetragen, denn dank dieser „Ernährungsgarantie“ konnten frühere Stadtbewohner irgendeinem Hilfs- und Nebenerwerb auf dem Lande nachgehen, der vom Staat nicht erfaßt werden konnte. Aber schon 1931 hat der Staat, der den Selbstversorgungscharakter der Landwirtschaft überwinden und die Produktion für den Markt steigern will, diese Entwicklung nicht länger dulden können. Die Einführung des Akkordsystems, die Erhöhung des Arbeitspensums der Kolchosbauern, der verschärfte Kampf gegen Pseudo-Kolchosen und Schleichhandel werden die Faktoren sein, die die Ueberschußbevölkerung des Landes wieder in die Stadt treiben. Der Uebergang der Landwirtschaft zu höheren Wirtschaftsformen löst auf dem Dorfe arbeitsmarktpolitisch zwei parallellaufende Prozesse aus. Durch die Anwendung von Erntemaschinen und mechanischem Antrieb werden Arbeitskräfte freigesetzt, durch den Uebergang zu intensiveren Kulturen mit größerem Arbeitsfassungsvermögen und durch die Industrialisierung der Landwirtschaft werden wieder Arbeitskräfte absorbiert. Nach Berechnungen von Sowjetwirtschaftlern würden Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft im Laufe eines Jahrzehnts Arbeitsmöglichkeiten für 3 Millionen Menschen schaffen, während durch die Mechanisierung der agrarischen Produktion nur 2½ Millionen Menschen verdrängt würden. Wir haben allen Anlaß, die Exaktheit dieser Zahlen in Zweifel zu ziehen, aber sie bezeugen zum mindesten, wie ernsthaft die Sowjetwirtschaftler damit rechnen, daß die Landwirtschaft nur im allergünstigsten Falle keine neuen Millionen von

Arbeitslosen freisetzen, jedenfalls aber die Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte nicht wird verringern können, die sie schon vor der Kollektivisierung freigesetzt hatte.

So sehen wir, daß das Problem der Kader um zwei Mittelpunkte kreist: akuter Mangel an technischen Spezialisten und gelernten Arbeitern\*) auf der einen, latente, verborgene Millionenarbeitslosigkeit von erstmalig Arbeitssuchenden und ungelernten Arbeitern auf der anderen Seite. Trotz all seinen „Sturmmethoden“ hat der Fünfjahresplan diese Probleme nicht gelöst und nicht lösen können. Man kann nicht in drei, fünf oder zehn Jahren das soziale Antlitz eines Landes grundlegend verändern, jedem Arbeitsfähigen seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsgelegenheit geben, die der Proletarisierung anheimfallenden Millionenmassen der Bauernbevölkerung produktiv beschäftigen und dazu noch ein ganzes Heer von hochqualifizierten Spezialisten und bestvorgebildeten Arbeitern aus dem Boden stampfen. Das sind Aufgaben, die nur intensive Arbeit mehrerer Generationen bewältigen kann.

\*) Der Mangel an Arbeitskräften hat nicht nur die Fesselung der Arbeiter an die Betriebe bewirkt, sondern auch dazu geführt, daß die Sowjetregierung in großem Ausmaß die Arbeitskraft von Häftlingen und Deportierten zur Verrichtung von Zwangsarbeiten heranzieht. Zu Holzfällerarbeiten, zum Wege- und Straßenbau, zu Verladungsarbeiten, schicken die Behörden Gefangene aus Konzentrationslagern, darunter Bauern, die wegen Widerstandes gegen die „Kollektivisierung“ verschickt, Arbeiter, die wegen ihres Eintretens für bessere Arbeitsbedingungen ins Gefängnis geworfen, Angestellte, die des „Schädlingtums“ beschuldigt worden sind. Die Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Zwangsarbeiter erinnern schreckhaft an die Lage der Zuchthausinsassen in der zaristischen Katorga, in den Bergwerken Sibiriens und Sachalins.

## 7. Finanzprobleme

In den ersten Jahren des Planjahr fünfths sind die private Industrie und der private Handel in der Stadt fast völlig vernichtet worden, und gleichzeitig ist der Anteil der Privatbetriebe in der Landwirtschaft zurückgegangen. Dadurch wurden die Tragpfeiler der Finanzwirtschaft der Sowjetunion untergraben und alle finanziellen Schwierigkeiten ungeheuer verschärft. Der Staat mußte nunmehr nicht nur die Ueberindustrialisierung, sondern auch die Kollektivisierung finanzieren. Andererseits sind die Einnahmen des Staates aus Steuern und Anleihen infolge der Desorganisierung der agrarischen Wirtschaft zurückgegangen. Der Staat muß die Finanzierung der Volkswirtschaft in erheblichem Maße mit Hilfe der Notenausgabe durchführen. Alle Festlegungen des Planes in bezug auf den Geldumlauf wurden über den Haufen geworfen. Wie schon erwähnt wurde, ist in zwei Jahren mehr Papiergeld ausgegeben worden, als in fünf Jahren zusammen ausgegeben werden sollte. Die Entwertung des Tscherwonez ist eine unbestreitbare Tatsache.

Die Furcht vor einer finanziellen Katastrophe hat die Regierung veranlaßt, eine grundlegende Reform der gesamten Finanzwirtschaft in Angriff zu nehmen. Anfang 1930 wurden einige Gesetze erlassen, die das Steuer-, Kredit- und Geldsystem radikal veränderten. Wesen und Richtung der Reform waren vorgezeichnet durch den allgemeinen politischen Kurs, der seit Inangriffnahme des Fünfjahresplanes vorherrscht. Alles, was in den Jahren der NEP die Sanierung des Geldsystems, die Erhebung der Steuern, den Wiederaufbau des Kreditnetzes und die Stabilisierung des Tscherwonez ermöglichte, wurde als „bürgerliches Ueberbleibsel“ beiseite geschoben. Die Regierung hat ihren eigenen Weg eingeschlagen. Auf dem Gebiet der Steuerpolitik erfolgte die Ersetzung mehrerer bestehender direkten und indirekten Steuern durch eine einheitliche Umsatzsteuer, die neun Zehntel aller bisherigen Steuereinnahmen erbringen soll. Von einem Gesamtsteueraufkommen von 10,8 Milliarden Rubel im Jahre 1931 sollen 9,4 Milliarden

Rubel aus der Umsatzsteuer eingehen. Die Grenzen zwischen direkten und indirekten Steuern waren in der Sowjetunion schon früher stark verrückt worden. Da Industrie und Handel verstaatlicht sind, wurden die meisten direkten Steuern auch früher auf den Verbraucher abgewälzt, in den Preis einkalkuliert. Die einheitliche Umsatzsteuer hat dies System nur formell konsolidiert und die ganze Steuererhebung auf Steuern begründet, die vom Verbraucher getragen werden.

Nachdem fast alle Privatbetriebe vernichtet sind, mußte die steuerliche Belastung der Unternehmungen des Staates und der Genossenschaften erhöht werden. Auf diese Weise haben die Steuern ihre Geltung als Methode der Beschaffung neuer Geldmittel außerhalb des verstaatlichten Wirtschaftssektors eingebüßt; sie dienen nur noch der Verlagerung bereits durch den Staat mobilisierten Kapitals von einem Betrieb zum anderen oder von der Peripherie zum Mittelpunkt. Seit langem wurde in kommunistischen Kreisen darum gekämpft, ob die nötigen Kapitalien durch ein umfassendes Steuersystem oder vermittels des „Preismechanismus“ beschafft werden sollten. Bis Ende 1929 hatte keiner dieser extremen Standpunkte den Sieg davontragen können, und es behauptete sich ein gemischtes System. Erst Ende 1929 hat das Zentralkomitee der KP. d. SU. unter dem Eindruck der Veränderungen, die sich innerhalb des Wirtschaftsganzen vollzogen hatten, den Beschluß gefaßt, „das Volkskommissariat für Finanzen und den Obersten Volkswirtschaftsrat zu beauftragen, ein System der Besteuerung der Staatsbetriebe auf der Grundlage einer einheitlichen Gewinnabführung auszuarbeiten“ (5. Dezember 1929). Dieser Beschluß sieht vor, daß alle Mittel, die aus dem vergesellschafteten Sektor beschafft werden, auf zweierlei Weise aufgebracht werden sollen: durch „Aufschlag auf die Gestehungskosten der Erzeugnisse“ und durch „Abführung von Betriebsgewinnen“.

Die neue Umsatzsteuer ist die Verwirklichung dieser Verfügung des kommunistischen Zentralkomitees. Die unsozialen Züge sowohl der neuen Umsatzsteuer als auch des „Preismechanismus“, ihr automatischer Druck auf alle Verbraucher, der keinerlei Differenzierung zuläßt, wurden von den Sowjetwirtschaftlern damit gerechtfertigt, daß es im Sowjetstaat weder ein gleichartiges Preisniveau noch eine gleichwertige Geldeinheit für die verschiedenen Verbraucherschichten gäbe.

Noch radikaler war die Kreditreform, die am 30. Januar 1930 zum Gesetz erhoben wurde. Bis dahin gingen die Kreditanstalten bei der Gewährung von rückzahlbaren Krediten an die Staatsbetriebe von Erwägungen der Kreditsicherheit und der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer aus. Obgleich die Kreditgebarung der Sowjetbanken keineswegs besonders streng war und Fälle vorkamen, in denen bereits verfallene Wechsel der Staatsbetriebe auf Anordnung der Behörden prolongiert wurden, waren doch die Kreditinstitute in der Regel bestrebt, die Kreditverpflichtungen und Wechselschulden der Staatsbetriebe den gleichen Bedingungen zu unterwerfen, denen die Kredittransaktionen in allen Banken der Welt unterliegen. Durch das Dekret vom Jahre 1930 wurde dies System abgeschafft. Das Kreditsystem wurde in der Richtung der „Befreiung von den im wirtschaftlichen Zirkulationsprozeß noch verbleibenden spontanen Elementen der Waren- und Geldbeziehungen“ reorganisiert. Die Warenkreditierung wurde eingestellt. Der Wechsel mit dem ganzen Arsenal der mit ihm verbundenen Formen und Methoden (strenge Einhaltung der Fälligkeitsfristen, Wechselgirierung, Diskont, Wechselprotest) wurde aus dem Geschäftsverkehr der Staats- und Genossenschaftsunternehmungen eliminiert. An die Stelle des Wechsels trat der Befehl der Planwirtschaftsbehörden, an die Stelle der Prüfung der Kreditwürdigkeit und Zahlungssicherheit rückten politische Erwägungen im Zusammenhang mit der Aufgabe der Verwirklichung des Fünfjahresplanes. Diese Kreditreform bedeutete einen entschiedenen Bruch mit den Grundsätzen der kaufmännischen Kalkulation, auf denen das gesamte Wirtschaftsleben der Sowjetunion seit der Einführung der NEP basiert hatte.

Ein weiterer Bestandteil der Kreditreform war das Verbot direkter Waren- und Kreditbeziehungen der Staatsbetriebe untereinander und die Konzentrierung aller Formen der Kreditgewährung in der Staatsbank und ihren Organen. Die neue Regelung sah vor, daß alle finanziellen Transaktionen sämtlicher Staatsbetriebe von der Staatsbank abgewickelt werden sollten, die die Verrechnung zwischen den einzelnen Betrieben erledigt, die entsprechenden Beträge auf dem einen Konto abbucht und dem anderen gutschreibt und in den Fällen, in denen es die Direktiven des Planes erfordern, Kredite im Namen des Staates gewährt.

Von noch größerer Bedeutung für die Wirtschaft war der Versuch der Regulierung des Geldsystems, der

gleichzeitig mit der Kreditreform in Angriff genommen wurde. In dieser Zeit herrschte in den regierenden Kreisen die Ansicht vor, daß die Inflation im Sowjetstaat auf der Grundlage des Planwirtschaftssystems keine negativen Auswirkungen haben könne. Die Vertreter dieser Auffassung waren überzeugt, daß das klassenmäßig differenzierte Rationierungssystem dem Staate die Möglichkeit gäbe, alle negativen Folgen der Inflation auf die nichtwerttätigen Bevölkerungsschichten abzuwälzen. Aber die Inflation war mittlerweile so stark angeschwollen und ihre negativen Folgen waren so offensichtlich geworden, daß die Regierung nunmehr zu außerordentlichen Maßnahmen greifen mußte, um die definitive Untergrabung der Tscherwonezwährung zu verhindern. Es wurde das System der bargeldlosen Verrechnung der Staatsbetriebe, Genossenschaften und Kolchosen untereinander in der Form von direkten Befehlen oder Schecks auf die Staatsbank eingeführt. Jeder Bargeldverkehr innerhalb des vergesellschafteten Sektors sollte verschwinden. Sogar die Auszahlung von Löhnen und Gehältern versuchte die Regierung durch Ueberweisung an die Sparkassen vorzunehmen.

Von diesen Maßnahmen versprach sich die Regierung sehr viel. Man glaubte, daß der Zahlungsmittelbedarf auf das Mindestmaß reduziert und die Gefahr der Inflation damit beseitigt werden könnte. Viele Kommunisten gingen noch weiter und wiesen nach, daß die Reform sehr bald zum endgültigen Absterben des Geldes insofern führen würde, als sie den Uebergang zum direkten Produktaustausch, zu einer geldlosen Wirtschaft verwirklichte. Bereits Mitte 1931 waren die Folgen dieser Reform zutage getreten: „Die Tatsache,“ schrieb der Finanzkommissar Grinko, „ist nicht zu leugnen, daß die Praxis der Durchführung der Kreditreform von 1930 Ergebnisse, die den Aufgaben dieser Reform direkt entgegengesetzt sind, gezeitigt und unserer Volkswirtschaft einen beträchtlichen Schaden zugefügt hat.“ („Finansy i Sozialistitscheskoje Chosjajstwo“, 1931, Nr. 12.)

Das Land ist an den Scheckverkehr nicht gewöhnt. Nun wurden Hunderttausende von Konten in laufender Rechnung eröffnet. Es fehlte aber an geschultem Bankpersonal, die Berechnungen wurden ungenau vorgenommen, häufig war auch direkter Betrug im Spiel. Das hat dazu geführt, daß der Abrechnungsverkehr zwischen Käufern und Verkäufern so sehr durcheinander-

geraten war, daß kein einziger Betrieb seinen finanziellen Status überblicken und eine Bilanz für 1930 aufmachen konnte. Das System der Gefälligkeitsschecks und fingierten Anweisungen hatte weite Verbreitung gefunden und war für die Staatsbetriebe eines der Mittel zur Erlangung zusätzlicher Geldzuweisungen der Staatsbank, die einfach nicht in der Lage war, den Stand ihrer Kundenkonten zu überprüfen.

Die Reform hat den Zahlungsmittelbedarf nicht verringert. Im Gegenteil: seit der Reform ist die Inflation noch schneller angewachsen. Außerdem werden die Geldumlaufkanäle durch alles mögliche Ersatzgeld verstopft, und das erschüttert die Stabilität des Tscherwonez noch mehr.\*) Nach Angaben der Zeitschrift des Finanzkommissariats hat die Industrie allein infolge des durch die Reform angerichteten Durcheinanders 1,5 Milliarden Rubel mehr an Krediten bekommen, als im Finanzplan festgesetzt worden war.

Im März 1931 wurde eine Novelle zur Finanz- und Kreditreform beschlossen. Es wurde nunmehr angeordnet, daß die Staatsbank bei Ueberweisungen von Staatsbetrieben zunächst den Stand des Kontos zu prüfen und sich Anweisungen, unterschrieben sowohl vom Zahlungspflichtigen als auch vom Zahlungsempfänger, vorlegen zu lassen hat. Die Bevorschussung der Produktionsprogramme durch die Staatsbank wird eingestellt, Zahlungen haben nur auf Grund von Geschäftsabschlüssen zwischen Käufer und Verkäufer zu erfolgen. Schließlich werden alle Staatsbetriebe angewiesen, in ihrem geschäftlichen Verkehr die Grundsätze der kaufmännischen Kalkulation zu beachten.

Diese Revision der Kreditreform begegnete einem heftigen Widerstand auf seiten der Wirtschaftsorganisationen. Betriebe und Trusts betonten, daß der Abschluß von Verträgen eine ganz unnütze und überflüssige Formalität sei. Die Staatsbetriebe arbeiteten nicht für den privaten Markt, und die Beziehungen der Staatsbetriebe untereinander seien durch die höchsten Organe der Wirtschaftsverwaltung genau abgegrenzt. Die Be-

\*) Offiziell wird der Tscherwonez an den Auslandsbörsen nicht notiert, aber Tscherwoneztransaktionen werden in deutschen, türkischen, polnischen, lettischen und anderen Banken abgewickelt. Der tatsächliche Tscherwonezkurs betrug im Juni 1931 bei einer gesetzlichen Parität von 21.60 RM ungefähr 2.— RM. Der Wert des Tscherwonez im Ausland war im Laufe eines Jahres um ungefähr ½ gesunken.

triebe seien verpflichtet, ihre Produktion unter Einhaltung bestimmter Bedingungen an die Syndikate und Genossenschaften abzuliefern, und die Abnehmer hätten genaue Anweisungen darüber, wem und zu welchen Preisen sie diese Produktion abzunehmen hätten. Der Abschluß von Verträgen setze den freien Willen der vertragschließenden Parteien voraus, während in der Sowjetwirtschaft alle geschäftlichen Beziehungen der Betriebe im voraus geregelt seien und für freie Abreden kein Spielraum bliebe. Nachdem die Regierung die Betriebe energisch angewiesen hatte, Verträge „im Rahmen des Planes“ zum 1. Mai 1931 zum Abschluß zu bringen, haben die meisten Staatsbetriebe tatsächlich Verträge abgeschlossen, aber sie sind dabei nach folgendem System verfahren: die Produktionsprogramme wurden zur Basis genommen und auf die Lieferanten und Abnehmer in Vertragsform umgelegt; dabei waren die Vertragspartner vorsichtig genug, die Verträge mit Vorbehaltsklauseln zu versehen, in denen die Erfüllung von der rechtzeitigen Zahlung bzw. Rohstofflieferung usw. abhängig gemacht wurde; was die Lieferungspreise betrifft, so blieben sie auch in den neuen Verträgen der Festsetzung durch die Richtlinien der höheren Instanzen vorbehalten.

Erhebliche Konflikte haben sich zwischen den Staatsbetrieben und der Staatsbank auch auf dem Gebiete der Kreditgewährung und Finanzierung ergeben. Die Finanzbehörden verlangen von den Betrieben genaue Kalkulation und drohen ihnen an, daß, falls die gegenseitigen Verrechnungen und die Verrechnung mit der Bank nicht in Ordnung gebracht würden, die Staatsbank die Zwangsversteigerung der Staatsbetriebe als insolventer Schuldner durchsetzen würde. „Leute, die es vorziehen, das Gnadensbrot der Staatsbank zu essen, die das Wirtschaften verlernt haben und sich in der Rolle von stets an der Leine geführten Versorgungsobjekten wohlfühlen, . . . können nicht begreifen, was die Zwangsversteigerung des Vermögens einer insolventen Wirtschaftsorganisation bedeutet; . . . manche grinsen sogar angesichts solcher Aussichten.“ („Sa Industrialisaziju“, 21. April 1931.) Dies ist die Ansicht der Staatsbank. Die Wirtschaftler erwidern darauf: „Wird es denn die Staatsbank fertig bringen, die Magnitostrojwerke wegen Ueberschreitung des Finanzplanes pfänden zu lassen, und an wen wird die Staatsbank die Eisenbahnen mit ihrem Defizit zwangsverramschen können?“ Und die zweifel-süchtigen Genossenschaftler fragen die Staatsbank

höhnisch: „Was soll denn geschehen, wenn die Genossenschaft Gegenstände des täglichen Bedarfs, die für die Versorgung der Arbeiter benötigt werden, in einem Zeitpunkt bekommt, da ihre Kredite erschöpft sind? Werdet ihr uns dann das Geld sperren und die Ware zurückgehen lassen?“

Die Einführung des neuen Systems bedeute eine Untergrabung des Fünfjahresplanes, meinen mit Recht die Wirtschaftler. Und hierin liegt der Kern des Problems.

Die Finanz- und Kreditreform von 1930 hat sich nicht nur aus Gründen der technischen Durchführung unrealisierbar gezeigt. Die utopischen Versuche des Aufbaus des Sozialismus müssen, wie das auch in der kommunistischen Zeit der Fall gewesen ist, ihren sichtbaren Zusammenbruch zu allererst auf dem besonders empfindlichen Gebiete der Geld- und Finanzwirtschaft erleiden. Hier treten die Widersprüche zwischen dem Wesen der Wirtschaftsweise und ihrer äußeren Hülle kraft zutage. Alles ist verstaatlicht, alles dem Plan unterworfen. Man sollte meinen, der Geldbedarf sei eine absterbende Angelegenheit. Indes wird überall akuter Geldmangel empfunden: der Bauernmarkt wird unterdrückt, aber er herrscht im Lande, der illegale Markt in der Stadt ist da, die staatlichen Trusts versuchen das beste Stück an sich zu raffen, viele Wirtschaftler bringen ihre selbstsüchtigen Interessen zur Geltung, und schließlich müssen auch Millionen von werktätigen Menschen an den privaten Markt appellieren. Das alles verschärft den Zahlungsmittelbedarf und läßt die Prinzipien der Geldwirtschaft triumphieren. Die Abschaffung des Geldes war im Jahre 1931 genau so undurchführbar wie zehn Jahre zuvor. Andererseits haben alle diese Versuche, über die objektiven Gegebenheiten hinwegzugehen, einen zentralisierten bürokratischen Apparat geschaffen, dessen Funktionieren sich weder nach wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit noch nach einem durchdachten, und lebenswahren Plan richtet. Unter diesen Umständen kann es eine wirksame wirtschaftliche Kalkulation nicht geben.

## 8. Organisierte Planwirtschaft im Sowjetstaat?

Die Anhänger einer organisierten, planmäßigen Wirtschaftsordnung, die Sozialisten aller Richtungen beschäftigt die Frage, inwieweit die Sowjetunion die kapitalistische Anarchie der Produktion überwunden und eine organisierte Planwirtschaft verwirklicht hat.

Wie ist diese Frage, moralische und politische Erwägungen einmal zurückgestellt, zu beantworten? Das Diktaturregime der Kommunistischen Partei, die Beseitigung aller dem Regime feindlichen politischen Kräfte und in noch höherem Maße die Verstaatlichung und Zentralisierung der gesamten Wirtschaft, ihre Unterstellung unter einen einheitlichen Willen — den Willen der Partei — sind zweifellos geeignete Voraussetzungen für eine planmäßige Wirtschaftsführung. Organisierte oder unorganisierte Widerstände der verschiedenen sozialen Gruppen, wie sie für Länder mit vorherrschender Privatwirtschaft typisch sind, ausschlaggebende Einflüsse privater Wirtschaftsinteressen sind ausgeschaltet, ja sogar lokale, nationale, bezirkliche Eigenbestrebungen und Widerstände sind durch den Druck der Partei gebrochen oder auf das Mindestmaß zurückgeschraubt.

In keinem anderen Lande verfügt der Staat über so weitgehende Beeinflussungsmöglichkeiten im Ablauf des Wirtschaftslebens, über einen so gewaltigen Spielraum im beweglichen Manövrieren mit ganzen Industriezweigen und riesigen Warenmengen, über so umfassende Möglichkeiten, jeden beliebigen sozialen Widerstand ökonomisch lahmzulegen.

Neben dem politischen Terror und dem ganzen politischen Aufbau des Sowjetsystems ist es gerade diese wirtschaftliche Allmacht, die dem Staat eine gewaltige, einzigartige Machtfülle und eine unerhörte Widerstandsfähigkeit verleiht, die ihm die Möglichkeit gibt, Erschütterungen und Heimsuchungen zu ertragen, unter denen jedes andere Staatssystem zusammenbrechen müßte, und sich bei Niederlagen und Mißerfolgen an dem einen Frontabschnitt auf etliche andere zurückziehen und zu stützen.



Unter den Kritikern der Sowjetwirtschaft ist die Meinung weit verbreitet, daß die Sowjetpläne lediglich auf dem Papier stehen, lediglich lebensfremde Konstruktionen seien. So ist es in der Tat in den Jahren der NEP gewesen. Aber im Verlauf der letzten Jahre hat sich der Staat des Wirtschaftsorganismus in einem Maße bemächtigt, daß er in das Wirtschaftsleben aktiv eingreifen und es weitgehend beeinflussen kann. Man muß gewiß zu diesem weitgehenden Einfluß des Staates Stellung nehmen, man muß feststellen, inwieweit die vom Staat entworfenen Pläne in die Wirklichkeit umgesetzt werden, — aber man kann nicht leugnen, daß die Entschlüsse und die Politik der regierenden Schicht einen gewaltigen Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben ausüben. In welchem anderen Lande könnte man in zwei, drei Monaten ganze Klassen (Kulaken, Privathändler) aus der Welt schaffen, in welchem anderen Lande könnte man binnen zwei, drei Jahren die Struktur ganzer Wirtschaftszweige oder sogar der gesamten Wirtschaft grundlegend umgestalten?

Vor wenigen Jahren war es anders: wenn die Regierung irgendeine Maßnahme in Aussicht nahm, die den objektiven Entwicklungstendenzen widersprach, so wurden alle ihre Pläne von der tatsächlichen Entwicklung überrannt. Jetzt werden auch die utopischsten Pläne in die Praxis umgesetzt, sie zerbrechen mit mechanischer Gewalt die „objektiven Gegebenheiten“ und werden, wenn auch vielleicht nur äußerlich, realisiert. Wird aber einmal die „Rebellion“ der inneren Bewegungsgesetze der Wirtschaft zu umfassend, so gibt die Regierung nach. Die gleichen Faktoren, die dem Sowjetstaat die Durchführung seiner Offensivaktionen ermöglichen, geben ihm auch die Möglichkeit, in stürmischem Tempo einen Rückzug zu vollziehen, ohne die entscheidenden Frontstellungen, die „Kommandohöhen“, aufzugeben.

In viel höherem Maße als früher hat die Regierung den Verwaltungsapparat in der Hand. Der Widerstand der einzelnen Bundesrepubliken mit ihren lokalen Machtbestrebungen, der Widerstand der verstaatlichten Gewerkschaften, der Widerstand der Genossenschaften ist gebrochen. Die Befehle der Zentrale werden widerspruchslos durchgeführt, Zuwiderhandlungen schwer bestraft.

Trotz alledem gibt es in der Sowjetunion keine Planwirtschaft. Der Staat ist so stark geworden, daß

er jeden Widerstand mechanisch brechen kann. Er ist so stark, daß er durch die Konzentrierung seiner ganzen Machtfülle auf den einen oder anderen Frontabschnitt die Durchführung seiner Befehle erzwingen kann. Aber er ist nicht stark genug, um die Rebellion der Wirklichkeit, der tatsächlichen Gegebenheiten zu unterdrücken und ein normales Funktionieren des wirtschaftlichen Ganzen zu organisieren. Es geht ein ewiger Krieg vor sich, in dem der Sowjetstaat bis jetzt äußerlich den Sieg davonträgt, aber eine organisierte Planwirtschaft ist dadurch nicht geschaffen. Der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung, die gegenseitige Kräftelagerung der verschiedenen Gesellschaftsschichten, das allgemeine Kulturniveau, — dies alles sind, wie wir schon zeigten, schwere Hindernisse auf dem Wege zur Planwirtschaft. Wenn sich der Staat darauf beschränkte, den Ablauf der Wirtschaftsprozesse in durchführbarem Umfang zu regulieren und Planungselemente in einer Richtung durchzusetzen, in der sie die Grundgesetze der Wirtschaft nicht verletzen würden, könnte er sehr viel Positives erreichen. Aber sein Bestreben, die **gesamte Wirtschaft** zu verwalten, durch die bloße Ueberbetonung des Willens zum Sozialismus ihn auch in der Tat zu verwirklichen — und dies in einem rückständigen Agrarlande! —, zerstört die Grundpfeiler der Planwirtschaft.

In der kapitalistischen Wirtschaft gibt es einen Faktor, der zwar schlecht und unvollkommen, aber immerhin im Entscheidenden als wirtschaftlich regulierendes Moment funktioniert. Das sind die Marktbeziehungen, die Preise, die Profite. Eine organisierte gesellschaftliche Wirtschaft bedarf an Stelle dieses unvollkommenen Regulativs eines Planes, einer exakten Vorherbestimmung der Funktionen und Aufgaben jedes einzelnen Elementes des Wirtschaftsganzen. Einen solchen regulierenden Faktor gibt es im Sowjetstaate nicht. Die Sowjetpläne vermögen dieser Aufgabe nicht gerecht zu werden. Als Regulativ wirken nur die Befehle der Regierung, die die Durchführung dieser oder jener Pläne beschließt, die diese Pläne je nach der Situation revidiert und die ihre Beschlüsse nicht auf Grund eines Planes und eines organisierten Systems, sondern lediglich mit Hilfe der eigenen Unnachgiebigkeit und Hartnäckigkeit durchsetzt. Die Wirtschaft der Sowjetunion ist eine **gebundene**, eine gefesselte Wirtschaft, aber sie ist **keine Planwirtschaft**.

Die Stärke der Planwirtschaft liegt im System und



in der Voraussicht. Die Stärke der Sowjetwirtschaft liegt in der Zentralisierung und dem einheitlichen, durch nichts begrenzten Willen des Staates, der im „Sturmtempo“ zunächst alles durchsetzen kann, was er will. Es ist dem Sowjetstaat nicht gelungen, die Anarchie der Produktion zu beseitigen und sie durch ein planmäßiges System zu ersetzen. Er liquidiert die Produktionsanarchie nur von Fall zu Fall und schafft auf diese Weise neue Disproportionen, neue Desorganisation.

Der Fünfjahresplan wurde gerade als System der Planwirtschaft aufgestellt und proklamiert. Aber als Planwirtschaftssystem hat er seine Prüfung schon in den ersten Jahren nicht bestehen können. Sowohl von seinen Urhebern als auch von der tatsächlichen Entwicklung wurde er durchbrochen und umgemodelt. Als die Gefahren der Nichtdurchführung des Fünfjahresplanes zutage traten, begannen die Kommunisten mit „Sturmkampagnen“ für die Verwirklichung des Planes. Der „sozialistische Wettbewerb“, die einander durchkreuzenden Pläne der einzelnen Wirtschaftszweige und Betriebe fanden weite Verbreitung. Die lokalen Instanzen proklamierten die später auch von der zentralen Behörde übernommene Parole der Durchführung des Planes in vier Jahren, ja sogar schon in drei oder zweieinhalb Jahren. Alle Pläne wurden auf diese Weise zerbrochen. Immer tiefergehende Disproportionen bildeten sich zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen heraus: für die industrielle Bautätigkeit gab es nicht genug Geldmittel und Baustoffe, die Transportmittel konnten dem steigenden Beförderungsbedarf nicht gerecht werden, die Betriebe verfügten nicht über die nötige Zahl von gelernten Arbeitern und technischem Personal. Die Direktiven des Planes wurden abgelöst von „außerordentlichen Direktiven“, und an deren Stelle traten wieder neue „überaußerordentliche Direktiven“. Viele Maßnahmen des Fünfjahresplanes führten zu völlig unvorhergesehenen Auswirkungen: die vergewaltigte Wirklichkeit setzte sich zur Wehr, und selbst tote Mechanismen, tote Maschinen lehnten sich gegen die an ihnen versuchten Experimente auf. An Stelle der Anarchie der Produktion und der der kapitalistischen Welt eigenen Krisen entstehen in der Sowjetwirtschaft immer weiter um sich greifende Disproportionskrisen, entsteht und steigert sich eine neue Anarchie, die durch die gebundene Wirtschaft, die lebensfremden Pläne und die Vergewaltigung der objektiven Entwicklungsbedingungen erzeugt wird.

Eine Planwirtschaft muß voraussehen können! Indes waren alle entscheidenden Probleme, auf die der Sowjetstaat in den ersten Jahren des Planjahrhüftes stieß, vom Plan nicht vorhergesehen worden. Der Plan hatte viele, außergewöhnlich wichtige wirtschaftliche Erscheinungen außer acht gelassen, die sich nach den ersten Versuchen seiner Durchführung sofort Beachtung erzwangen. Es genügt der Hinweis darauf, daß der Plan weder die Beseitigung des Privathandels noch die Einführung der Lebensmittelrationierung, weder die Beseitigung der Arbeitslosigkeit noch die versuchte Abschaffung des Geldes, noch schließlich die allumfassende Kollektivisierung der Landwirtschaft vorhergesehen hatte.

Auch von dem Grundgedanken des Planes, der Industrialisierung auf Kosten der Ersparnisse der Bauernwirtschaft, ist die Prüfung nicht bestanden worden. Unter dem Druck der beschleunigten Industrialisierung war die Regierung entgegen allen Plänen gezwungen, die durchgängige Kollektivisierung mit Gewalt durchzuführen, was wiederum dazu geführt hat, daß die Regierung — auch hier entgegen allen Absichten des Planes — die Landwirtschaft finanzieren und neue, andere Finanzierungsquellen für den gesamten Wirtschaftsplan suchen mußte.

Die Planwirtschaft sollte eine krisenlose Wirtschaft sein oder einer solchen nahekommen. Die Sowjetwirtschaft kommt aber aus einander fortgesetzt ablösenden Krisen (der Kohlenwirtschaft, der Metallwirtschaft, der Lebensmittelversorgung, des Geldumlaufs, der Textilindustrie und sogar der Getreidewirtschaft) nicht heraus und bewegt sich offensichtlich auf eine Krise der Ueberproduktion an Anlagekapital hin. Während die Produktion in gigantischem Umfang anwächst, sinkt die Kaufkraft der Massen. Die Tragweite der sich gegenwärtig herausbildenden Disproportionen wird freilich bisweilen unterschätzt. Man sieht in ihnen „Kinderkrankheiten“, kleinere Defekte eines Mechanismus, der sich noch nicht ganz eingespielt hat. Indes verbergen sich in der Sowjetwirtschaft unter dem bescheidenen Namen „Disproportionen“ organische Gebrechen der Planlosigkeit und des Produktionschaos, die den ganzen wirtschaftlichen Organismus jetzt schon schmerzhaft erschüttern und in Zukunft in eine akute Krise auszuarten drohen.

Der Sowjetstaat konzentriert in seiner Hand eine ungewöhnlich große wirtschaftliche Macht. Kurzfristig

wäre es, das zu leugnen. Aber selbst der mächtigste Staat findet in den Gesetzen der Wirtschaft die Schranken seiner Willkür und seines freien Willens! Nach einem bekannten Sprichwort kann das englische Parlament alles, aber es kann aus einer Frau nicht einen Mann machen; ähnlich kann der Sowjetstaat sehr vieles, aber er kann die Gesetze der Wirtschaft und auch die Gesetze der sozialen Entwicklung nicht aus der Welt schaffen: in verzerrter, häufig ganz unvorhergesehener Gestalt bringen sie ihr Wesen zum Durchbruch, erzwingen sie ihre Beachtung.

Alle politischen Parteien konnte man beseitigen, aber ihre Forderungen fanden einen Widerhall in der Kommunistischen Partei selbst. Ganze Klassen konnten „abgeschafft“ werden, aber ihre soziale Natur kam in den oppositionellen Strömungen innerhalb der Kommunistischen Partei zur Geltung. Der Privathandel konnte vernichtet werden, aber die unerwartete Folge seiner Vernichtung war die Störung der Warenzirkulation und eine allgemeine Warenknappheit. Die Bauernwirtschaft konnte zur Hälfte liquidiert werden, aber die Kollektiven waren zu einem erheblichen Teil lebensunfähig und standen nur auf dem Papier. Der Versuch der Abschaffung des Geldes konnte unternommen werden, aber er zerstörte alle Grundlagen der wirtschaftlichen Kalkulation.

Um den Preis unerhörter Gewalt und gewaltiger Anspannung aller Kräfte konnten schließlich in kurzer Frist tote Produktionsmittel geschaffen werden. Aber es konnte nicht zugleich die menschliche Arbeitskraft mit der erforderlichen Qualifizierung aus dem Boden gestampft, es konnte nicht zugleich die nötige Massenkaufkraft geschaffen, nicht in dem gleichen Sturmtempo die Psyche der Massen umgemodelt, ihr Kulturniveau gehoben, der Ablauf aller Lebensprozesse beschleunigt werden. Durch Sturmkampagnen konnte das Entwicklungstempo für einen Teil der wirtschaftlichen und sozialen Prozesse gesteigert werden, aber der Preis war die Unterbindung oder Verlangsamung anderer Prozesse, die Zerstörung der Proportionen zwischen den einzelnen Bestandteilen des einheitlichen gesellschaftlichen Organismus.

## 9. Wirtschaftsaufbau und Massenschicksal

„Der Fünfjahresplan wird verwirklicht werden“, schreiben die Kommunisten heute. „Der Fünfjahresplan wird vorzeitig, in vier Jahren, in zweieinhalb Jahren, verwirklicht werden“, schreiben sie morgen. Die hypnotische Wirkung dieser Behauptungen überträgt sich allmählich auch auf die skeptischsten Beobachter. Nicht nur in den Spalten der kommunistischen Zeitungen, sondern auch in der Presse der internationalen Bourgeoisie (in Deutschland, Amerika, Frankreich usw.) und sogar in der Presse der sozialistischen Parteien Europas erscheinen bisweilen Abhandlungen, die behaupten, daß der Fünfjahresplan mit Erfolg durchgeführt wird.

Doch alle, die von den Erfolgen des Planes reden, erliegen einem verhängnisvollen Irrtum. Die meisten Wirtschaftspolitiker und Publizisten fallen einem eigenartigen Vorgang zum Opfer: im Prozeß der Forschung hat sich das Forschungsobjekt gewandelt, an die Stelle des Ganzen tritt ein Teil.

Was ist der Fünfjahresplan? Der im Mai 1929 von den höchsten Organen des Sowjetstaates und der Kommunistischen Partei zum Gesetz erhobene Plan war nicht nur ein Plan der Entfaltung der **Produktion**, sondern darüber hinaus auch ein Plan der Hebung des **Wohlstandes** und des **Kulturniveaus** der werktätigen Massen. Man braucht sich nur den Wortlaut des Planes anzusehen, um sich davon zu überzeugen, daß ungefähr ein Drittel des ersten Bandes und beinahe die Hälfte des zweiten Bandes der Untersuchung der Möglichkeiten der Deckung des Verbrauchs und der Befriedigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung gewidmet sind. Die Parteikonferenz, die den Fünfjahresplan genehmigt hat, hat als seine Hauptzielsetzungen auch den „in der Geschichte noch nicht dagewesenen Aufschwung der kulturellen Neugestaltung“, die „entscheidende Ueberwindung der kulturellen Rückständigkeit“, die „Zunahme des Industriewaren- und Lebensmittelverbrauchs der Bevölkerung“ hervorgehoben.

Was nun wird verwirklicht? Der Plan als Ganzes oder nur sein produktionspolitischer Teil? Schon in der voraufgehenden Darstellung wurde gesagt: sieht man im Fünfjahresplan nicht ein planwirtschaftliches System der Hebung der Volkswirtschaft und des Volkswohlstandes, sondern nur den Versuch des Staates, durch Anspannung aller Kräfte und Möglichkeiten die größtmögliche Entwicklung der Produktion in der kürzesten Frist zu erreichen, so muß man sagen, daß die erzielten quantitativen Ergebnisse gewaltig sind. Freilich mögen die sowjetamtlichen Angaben zu hoch gegriffen sein; aber selbst wenn man die erforderlichen größeren Korrekturen vornimmt, bleibt das Wachstumstempo sehr hoch. Trotz allen wunden Punkten und Disproportionen der Entwicklung wird der Plan in Industrie und Landwirtschaft schneller verwirklicht, als seine Kritiker erwartet hatten.

Ganz anders steht es mit allen Zielsetzungen des Planes, die sich auf die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung beziehen. Der Grundgedanke des Planes war gewiß der Ausbau der Schwerindustrie unter Hintanstellung der Entwicklung der Konsumgüterindustrien. Im Plan wurde darüber gesagt: „Das Land wird einen beispiellosen Versuch gewaltigen wirtschaftlichen Neubaus auf Kosten eines strengen Sparsamkeitsregimes und des Verzichts auf die Befriedigung der Bedürfnisse des heutigen Tages um der historischen Aufgaben willen verwirklichen.“ Aber das „strenge Sparsamkeitsregime“, von dem die Verfasser des Planes von so hoher Warte aus schrieben, war nichts gegen die traurige Wirklichkeit, wie sie sich schon im dritten Jahr des Planjahrfünfts abzeichnete. In den Kapiteln „Probleme des Verbrauchs“, „Sozialer und kultureller Aufbau“, „Wohnungsbau“ usw. hatte der Plan genau berechnet, wie der Verbrauch der Bevölkerung sich steigern, die Wohnungsverhältnisse sich bessern, die kulturellen und sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden würden. Es hieß dort (Bd. II Tl. 1, S. 39): „Die Verwirklichung des Industrialisierungsplanes wird von den Arbeitern Opfer fordern, aber wir werden dem gesamten Proletariat einen stets wachsenden Verbrauch sichern können.“

Die Dinge haben sich ganz anders, viel erschreckender gestaltet. Jeder Bewohner der Sowjetunion weiß genau, daß er seit dem zweiten Jahre des Planjahrfünfts zu darben begonnen hat, daß die Warenknappheit an-

gewachsen und nicht gemildert worden ist, daß in den Genossenschaftsläden die allernotwendigsten Waren fehlen. Alle gewissenhaften ausländischen Beobachter, selbst die, die die produktionspolitischen Errungenschaften bewundern, verzeichnen den Rückgang des Verbrauchs und die zunehmende Verelendung der Bevölkerung.

Der Verbrauch ist unter den Stand der Jahre des Kriegskommunismus gesunken. Sogar die Arbeiterationen sind so niedrig, daß die Zeiten der NEP den Arbeitern als paradiesisch erscheinen. Die Lage der anderen Bevölkerungsschichten ist noch wesentlich schlimmer. Wie in den Abschnitten „Arbeit“ und „Soziale und kulturelle Entwicklung“ bereits gezeigt worden ist, haben sich die Wohnungsverhältnisse verschlechtert, der Stand des Bildungswesens, der Gesundheitsfürsorge und der Sozialversicherung ist in den ersten drei Jahren des Planjahrfünfts unverändert geblieben, teilweise sogar gesunken. Die Löhne und Arbeitsbedingungen bleiben hinter den bescheidenen Programmen zurück, die im Plan entworfen worden waren. Unter dem Einfluß des „sozialistischen Wettbewerbs“ und der Arbeit der „Stoßbrigaden“ ist die Arbeitsleistung der Proletarier in den Betrieben stark gesteigert worden. Auf allen Gebieten der materiellen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Bevölkerung bleibt die Plandurchführung hinter den Planvoranschlägen weit zurück.

Kann man denn von der Realisierung des Fünfjahresplansystems sprechen, wenn an Stelle eines allgemeinen materiellen und kulturellen Aufstiegs nur eine Vermehrung der Produktion auf Kosten einer wesentlichen Verschlechterung der Lebenslage der breiten Massen erreicht worden ist? Die wechselseitige Abhängigkeit liegt hier deutlich zutage: der erste Teil des Fünfjahresplanes kann nur durchgeführt werden, weil des Planes zweiter Teil nicht verwirklicht wird. Um die Produktion zu steigern, hat der Staat einen beträchtlichen Teil der Kaufkraft der Bevölkerung beschlagnahmt und den Verbrauch der Massen beschnitten. Die Erfahrungen der ersten zweieinhalb Jahre des Jahrfünfts zeigen, daß die Verwirklichung der wichtigsten Produktionspläne, die den Inhalt der Generallinie ausmachen, daß die Verwirklichung der Industrialisierung und Kollektivisierung in den gegenwärtigen Verhältnissen nur auf Kosten der Verschlechterung des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung möglich ist und

daß, je höher das Tempo der Produktionszunahme, um so schneller auch der Prozeß der Verelendung der Bevölkerung und der Zerstörung ihrer physischen und geistigen Kräfte vor sich gehen wird. So führen die Wirtschaftspolitiker und Publizisten, die, sei es mit Befriedigung, sei es mit Sorge, von der **Verwirklichung des Fünfjahresplanes** schreiben, ihre Leser in die Irre.

Eine genaue Prüfung der Ergebnisse der ersten Hälfte des Planjahrfünfts muß zu folgendem Ergebnis führen: **Von einer Durchführung des Fünfjahresplanes als eines Programms der Hebung des wirtschaftlichen und kulturellen Niveaus des Landes ist keine Rede, es gibt nur ein übersteigertes Wachstum der Produktion auf Kosten der Unterbindung und Zurückschraubung der sozialen und kulturellen Aufwärtsentwicklung.**

Doch in diesem Zusammenhang entsteht (vgl. z. B. Otto Bauer in seinem Buche „Rationalisierung — Fehlrationalisierung“, SS. 222/223) die berechtigte Frage, ob die werktätigen Massen der Sowjetunion vielleicht nur noch zwei bis drei Jahre zu leiden hätten. Vielleicht wird nach der Realisierung des ersten Fünfjahresplanes, des Planes des Ausbaus der Schwerindustrie, ein zweiter Fünfjahresplan in Kraft treten, vielleicht wird auf der nunmehr ausgebauten technischen Basis im Laufe des zweiten Jahrfünfts die Industrie der Konsumgüter sich entwickeln und der Wohlstand der Bevölkerung gehoben werden können? In abstrakter Betrachtung läßt sich eine solche Möglichkeit gewiß konstruieren. Zuerst vollzieht sich die Entwicklung der Produktivkräfte, dann wachsen gleichsam als Ueberbau günstige materielle Lebensverhältnisse der breiten Massen empor, und schließlich gibt es auch eine kulturelle Entwicklung, Demokratie usw. Liefert aber die Sowjetwirklichkeit in ihren Entwicklungstendenzen die nötigen Unterlagen für eine solche Annahme? Die bereits vorliegenden Entwürfe eines zweiten Fünfjahresplanes \*) und eines allgemeinen Fünfzehnjahresplanes zeigen, daß irgendwelche Planänderungen in der Richtung eines Ueberganges vom Ausbau der Schwerindustrie zur Förderung der Konsumgüterindustrie und zur Erhöhung der Aufwendungen für kulturelle Zwecke nicht zu verzeichnen sind. Die Pläne,

\*) Der Entwurf des zweiten Fünfjahresplanes (1933—1937) sieht eine Steigerung der Kohlenförderung von 83,6 Millionen Tonnen (Jahresplan für 1931) auf 600 Millionen Tonnen (1), der Naphthagewinnung von 25 Millionen Tonnen auf 150 Millionen Tonnen, der Roheisenerzeugung von 8 Millionen Tonnen auf 60 Millionen Tonnen usw. vor („Trud vom 19. Mai 1931).

die in diesen Entwürfen vorgezeichnet werden, würden zu ihrer Durchführung allein einige Jahrzehnte beanspruchen.

Alle Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie sich in der Sowjetunion vollzieht, führen zu ganz anderen Konsequenzen: sie verlangen immer stürmischer anwachsende Investitionen für die Schwerindustrie, sie fordern immer größere Opfer und Entbehrungen der Bevölkerung.

Wir sagten schon, daß der Fünfjahresplan nicht plangemäß, sondern in Sturmkampagnen, nicht geradlinig, sondern in einer Wellenlinie durchgeführt wird. Die einen Wirtschaftszweige überschreiten den Plan, die anderen unterschreiten ihn. Die einen befinden sich schon im letzten Jahre des Jahrfünfts, die anderen erst im ersten. Diese Disproportionen sind bereits im Jahre 1929 zutage getreten, sie vermehren sich von Jahr zu Jahr. Am Ausgang des ersten Planjahrfünfts werden sie die Quelle akutester innerer Widersprüche und Plan-durchbrüche sein. Die Industrie wird Kohle verlangen, und der größte Teil der Kohlenschächte wird erst im Bau begriffen sein. Die neuerbauten Kraftwerke werden über einen Ueberschuß an Elektrizität verfügen, während die künftigen Stromverbraucher, die neuen Fabriken, teils unvollendet dastehen, teils infolge des Mangels an Erzen oder Chemierohstoffen nicht in der Lage sein werden, ihre Produktion zu entfalten. Die neuen Maschinenbauriesen, in entlegenen Gegenden errichtet, werden unter dem Ueberfluß an Waren ersticken, die die Eisenbahn nicht wird verfrachten können . . . Nur wenn darauf verzichtet wird, den Produktionsplan des Fünfjahresplanes unbedingt in der vorgesehenen Frist durchzuführen, nur wenn alle Bedingungen des wirtschaftlichen Lebens geändert werden, nur wenn wachsende Ersparnisse der breiten Massen ermöglicht werden und der Staat von der Finanzierung aller Zweige der Wirtschaft ausschließlich aus eigenen Mitteln entlastet wird, können in der Sowjetunion die Voraussetzungen für eine Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der breiten Volksmassen geschaffen werden.

Bereits in den Jahren 1930 und 1931, als die Hauptanforderungen an den Staat nur auf dem Ausbau der Schwerindustrie beruhten, war die Ueberspannung der finanziellen Möglichkeiten, der Transportmittel und der technischen Kräfte gewaltig. Um wieviel mehr muß sich

diese Ueberspannung steigern, wenn der Ausbau der Schwerindustrie in der zweiten Hälfte des Jahrfünfts in noch schnellerem Tempo vor sich gehen und daneben noch eine Reihe von Riesenbetrieben mit der Arbeit beginnen wird?!

Kann man denn unter diesen Umständen annehmen, daß es der Regierung im Jahre 1933 ohne größere Störungen gelingen wird, die verfügbaren Energien auf die Durchführung eines neuen Fünfjahresplanes mit neuen Tendenzen umzuschalten? Weder im Oktober 1933 noch auch viel später wird der Ausbau der Schwerindustrie endgültig abgeschlossen sein. Noch lange Zeit hindurch werden weitere Milliarden ausgegeben werden müssen, damit die unvollendeten Betriebe fertiggestellt, die „Kinderkrankheiten“ überwunden, die Disproportionen ausgeglichen, die Sünden der Vergangenheit wiedergutmacht, die bestellten ausländischen Maschinen abgenommen und in Valutawerten bezahlt, die „abgetöteten Kapitalien“, die in der Bautätigkeit fehlinvestiert worden sind, wieder „belebt“ werden. Es werden noch weitere Jahre vergehen, ehe die Textil- und Schuhfabriken erbaut, die Textil- und Schuhfabrikationsmaschinen aus dem Eisen und der Kohle der Schwerindustrie hergestellt, ehe sie in den Fabriken aufmontiert sein und der notleidenden Bevölkerung die nötige Ware liefern werden. Werden aber die breiten Volksmassen, deren gesamte „Ersparnisse“ vom Staate jahrelang enteignet wurden, zu diesem Zeitpunkt nicht nur die entsprechenden Bedürfnisse haben, sondern auch über die zu ihrer Deckung notwendige zahlungsfähige Kaufkraft verfügen? Und wie wird das Verkehrswesen mit dieser zusätzlichen Belastung fertig werden? Wo werden die für diese neuen Fabriken notwendigen Rohstoffe und Halbfabrikate beschafft werden, nachdem in den ersten Jahren des Planjahrfünfts die erforderlichen Maßnahmen für die rechtzeitige Erweiterung der Rohstoffherzeugung nicht getroffen worden sind und häufig sogar ein rapider Rückgang der Produktion gerade auf diesen Gebieten verursacht worden ist? Wo wird man Baumwolle, Flachs, Wolle, Häute u. dgl. mehr hernehmen können? Wo wird die Konsumgüterindustrie die gelernten Arbeiter aufreiben, nachdem bereits die Schwerindustrie alle für die industrielle Tätigkeit halbwegs geeigneten Elemente der Bevölkerung mobilisiert haben wird? Und woher wird man schließlich die Geldmittel für die zusätzliche Finanzierung der Konsumgüterindustrie beschaffen? Soll

denn die Konfiszierung des Volkseinkommens durch den Staat noch weiter ausgebaut werden?

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die werktätigen Massen der Sowjetunion nicht zwei oder drei Jahre, sondern viel länger werden warten müssen. Die Jahre, die verstrichen sind, haben gezeigt, daß die Geduld und Langmut eines durch den Terror gefesselten und zersplitterten Volkes sehr groß ist. Aber irgendwo, an irgendeinem Punkt muß einmal auch hier die Grenze erreicht sein. Und auf jeden Fall ist diese Grenze dort gegeben, wo die Auszehrung der Arbeitskraft und die Hungersnot der Massen nicht weiter getrieben werden kann. Die Aussicht, daß nach Abschluß des ersten Jahrfünfts mit der Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung schon in den nächsten Jahren würde begonnen werden können, ist wirklichkeitsfremd. Der erste Fünfjahresplan wird noch lange nach 1933 nicht abgeschlossen sein. Und daß die beiden Aufgaben gleichzeitig unter Beibehaltung der gegenwärtigen Politik erfüllt werden könnten, liegt nicht im Bereich des Möglichen. Das lehrt die Erfahrung der Vergangenheit und die Analyse aller Faktoren der Zukunft. Die Tendenzen der gegenwärtigen Ueberindustrialisierungsprozesse binden den Staat durch ihr Beharrungsvermögen so sehr, daß ihre Ummodelung nicht auf dem Wege der „Umschaltung“ der Wirtschaft durch Befehl der Regierung, sondern nur unter der Voraussetzung einer radikalen Aenderung der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik erreicht werden kann. Aber auch dann muß man sich darüber im klaren sein, daß sich das Erbe des ersten Fünfjahresplanes noch lange geltend machen und die rapide Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung zu einem wesentlichen Teil nur möglich sein wird, wenn die Einfuhr von Fertigfabrikaten gesteigert wird und die Zulassung einerseits eines privaten Unternehmertums, andererseits freier Genossenschaften zur Teilnahme am wirtschaftlichen Aufbau erfolgt.

Gesunde Entfaltung der Produktivkräfte und Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Bevölkerung ist nur möglich auf dem Wege der Preisgabe der Prinzipien der „Generallinie“, der gegenwärtigen Formen und Tempi der Industrialisierung und Kollektivisierung. Aber eine solche radikale Aenderung der Wirtschaftspolitik verpflichtet sich auf das engste mit überaus akuten Problemen sozialer und politischer Natur.

## 10. Die Sowjetunion – ein Land des werdenden Sozialismus?

Die Möglichkeit der Verwirklichung und des Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion, isoliert von anderen hochentwickelten Industrieländern, wurde früher auch von den russischen Kommunisten verneint. Den gegenteiligen Standpunkt vertraten nur unbedeutende Oppositionsgruppen innerhalb der KP. d. SU. Auch die Periode der NEP hatte in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommunistischen Partei ausgelöst: der Rückzug in Rußland fiel mit der Beurteilung der voraussichtlichen Entwicklung als einer Epoche der „relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ zusammen. Gegenwärtig aber klafft zwischen der kommunistischen Beurteilung der Perspektiven des Sozialismus in Rußland und der der Aussichten eines sozialistischen Sieges in den Ländern des entwickelten Kapitalismus eine unüberbrückbare Kluft.

Das XI. Ekki-Plenum (Mai 1931) hat sich nicht entschließen können, die Theorie der „relativen Stabilisierung“ zu revidieren, und hat erklärt, daß trotz der grausamen Wirtschaftskrise nur eine „revolutionäre Krise“, aber keine „revolutionäre Situation“ vorhanden sei. Diese nebelhafte scholastische Definition wird verständlich, wenn man die Rede von Manuilskij, dem Referenten zur Frage der Weltkrise auf dem Ekki-Plenum, zum Vergleich heranzieht: „Wir bolschewistischen Revolutionäre“, führte Manuilskij aus, „wissen, daß kein einziger Widerspruch des Kapitalismus im Rahmen des Kapitalismus gelöst werden kann . . . , aber daraus geht keineswegs hervor, daß der Kapitalismus bereits seine letzte Grenze erreicht hat oder in eine so ausweglose Situation geraten ist, daß ihr bereits sein Tod folgen mußte . . . Der Kapitalismus hat früher manövriert und wird weiter manövrieren.“ („Bolschewik“ 1931, Nr. 8.)

Aber bei dieser realistischen Beurteilung der Aussichten der sozialistischen Revolution in den Industrieländern haben die Kommunisten in der letzten Zeit die von ihnen früher verworfene Theorie vom „Aufbau des

Sozialismus in einem Lande“ in vollem Umfang aufgenommen. Seit dem Triumph des Stalin-Kurses dominiert in der Führung der KP. d. SU. die Ueberzeugung, daß die Sowjetunion das Land des Sozialismus sei. „Die U. d. S. S. R. ist in die Periode des Sozialismus eingetreten . . . , die Frage des Sieges des Sozialismus in der U. d. S. S. R. ist entschieden“, schreibt das kommunistische Zentralorgan („Prawda“ vom 11. Mai 1931). Diese Ueberzeugung liegt auch dem Fünfjahresplan zugrunde. „In der U. d. S. S. R. sind alle erforderlichen und ausreichenden Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus gegeben“, schreiben die Verfasser des Planes in ihrer Einleitung zum Fünfjahresplan.

Aber viel wichtiger ist, daß die Möglichkeit eines isolierten Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion nunmehr im Zusammenhang mit den produktionspolitischen Erfolgen des Fünfjahresplanes auch von einigen europäischen Sozialdemokraten bejaht wird (so von Otto Bauer in seinem bereits zitierten Buche und einigen Mitarbeitern des „Klassenkampf“). Man kann verschiedener Meinung darüber sein, was diesen Wandel der Auffassungen bedingt hat: ob die Schärfe der Wirtschaftskrise oder die geringen Erfolgsmöglichkeiten der gegenwärtigen Taktik der sozialdemokratischen Parteien in den europäischen Ländern oder schließlich die Notwendigkeit, den Massen eine „erlösende Illusion“ zu geben. Es wäre aber in jedem Fall ein unverzeihlicher Fehler, wenn man eine solche Revision früherer Ansichten nicht mit dem nötigen Ernst betrachtete, zumal wenn sie von Otto Bauer, einem der bedeutendsten Theoretiker der Sozialistischen Internationale, vorgenommen wird.

Die Frage, ob in Rußland der Sozialismus im Werden begriffen ist, ist für jeden Sozialisten entscheidend. Wenn in der Sowjetunion tatsächlich dank der bolschewistischen Politik der Sozialismus im Entstehen ist, dann sind sowohl der Terror der GPU als auch die wirtschaftlichen Unzuträglichkeiten nur „Kinderkrankheiten“ einer noch nicht ganz gefestigten, geschichtlich und soziologisch jungen Gesellschaftsordnung, einer Gesellschaftsordnung, die der Menschheit die Befreiung von jeder Knechtung und Unterdrückung bringt. Dann wäre es aber auch die Aufgabe der Sozialisten und Proletarier der ganzen Welt, dem ersten sozialistischen Staate unter Preisgabe aller abweichenden Meinungen mit der größtmöglichen Aktivität beizustehen. Wenn das aber richtig ist, dann muß



auch der Bankrott der marxistischen Gedankenwelt und das Scheitern der Taktik der internationalen Sozialdemokratie offen eingestanden werden.

Die wichtigste Lehre des Marxismus im Gegensatz zu den Auffassungen des utopischen Sozialismus war, daß die Verwirklichung des Sozialismus nur dort möglich ist, wo die entscheidenden objektiven Voraussetzungen gegeben sind: eine hohe Entwicklungsstufe der Produktivkräfte, ein hohes kulturelles Niveau der Bevölkerung, ein zahlreiches Proletariat, das durch die Schule des wirtschaftlichen und politischen Kampfes gegangen ist. Wenn man annimmt, daß der Sozialismus ganz isoliert in der Sowjetunion siegen kann, wo von diesen Voraussetzungen nicht eine einzige gegeben ist, dann ist der Sozialismus auch zu jeder Zeit in jedem beliebigen Lande — in China, in Indien, in Südafrika — möglich. Dann bedarf es für den Triumph des Sozialismus nicht irgendwelcher wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Vorbedingungen, nicht zahlreicher sich emporkämpfender „Totengräber des Kapitalismus“, der proletarischen Klasse, dann bedarf es nur einer aktiven kommunistischen Partei, die kühn genug ist, die Macht zu erobern. Dann kann der Sozialismus jedem beliebigen Lande auf der Spitze der Bajonette dargebracht werden.

Alle Grundgedanken der Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus und die gesamte Taktik der internationalen Sozialdemokratie wären dann falsch und schädlich, denn sie wären nur Hindernisse auf dem Wege zur wirklichen Vollendung des Sozialismus. Die Bejahung der Möglichkeit des Sozialismus in Rußland ist eine schwere Anklage gegen die Taktik jeder, auch der linken sozialdemokratischen Partei in Europa. Denn wenn der Sozialismus mit den Methoden der Bolschewiki sogar in einem Lande siegen kann, in dem weder die objektiven noch die subjektiven Voraussetzungen hierfür gegeben sind, so muß er mit diesen Methoden in den hochentwickelten Industrieländern erst recht und zudem auch noch mit viel geringerem Aufwand und unter viel geringeren Opfern der Massen siegen können. Dann ist nur der Wille zum Kampf, dann sind nur die kommunistischen Kampfmethoden notwendig. Die Bejahung der Möglichkeit des Sozialismus in Rußland bedeutet daher die Revision aller Grundsätze und der gesamten Taktik der internationalen Sozialdemokratie.

Welche Gründe für die Annahme, daß die Sowjetunion den Sprung zum Sozialismus vollziehen wird, liefert nun die tatsächliche Entwicklung?

In unserem Buche „Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme“ haben wir vor über zwei Jahren eine Analyse der sozialen und ökonomischen Struktur des Sowjetregimes und seiner Entwicklungstendenzen versucht. Wir gelangten damals zu dem Ergebnis, daß „die Verstaatlichung der Industrie in Rußland keine vergesellschaftete Wirtschaft, sondern lediglich einen bürokratischen, schlecht funktionierenden Staatskapitalismus erzeugt“, daß „sich der Sowjetstaat immer mehr von der Arbeiterklasse emanzipiert“ hatte, und wir fügten hinzu: „Die russische Wirtschaft auf den Kopf zu stellen und mit Gewalt durch die kaum geöffnete Tür in das Reich des Sozialismus hineinzuschlüpfen, ist dem Sowjetstaat trotz allem Heroismus der russischen Revolution und trotz allen Opfern der russischen Arbeiterklasse nicht möglich gewesen.“ Was hat sich nun in den abgelaufenen zwei Jahren geändert? Sind irgendwelche Erscheinungen zutage getreten, die uns veranlassen müßten, das damalige Ergebnis zu revidieren? Die Verstaatlichung der Industrie, des Handels und des Verkehrswesens ist fast allumfassend geworden. Auf dem flachen Lande ist der private Bauernbetrieb zur Hälfte vernichtet worden. Aber diese beiden Tatsachen haben den Bürokratismus der Wirtschaftsorganisation nur verschärft und eine vergesellschaftete Produktion nicht geschaffen.

Doch nun schreibt Otto Bauer in seinem Buch (S. 223): „In dem Maße, als die Lebenshaltung der Volksmassen wird gebessert werden können, wird die terroristische Diktatur überflüssig und abgebaut, das Sowjetregime demokratisiert werden können. Wenn die Diktatur, die über den staatlichen Produktionsapparat verfügt, von einer Demokratie der werktätigen Massen abgelöst wird, wird aus dem Staatskapitalismus der Diktatur eine sozialistische Organisation der Gesellschaft.“ Wir wollen unsere Auseinandersetzung mit Otto Bauer nicht dadurch komplizieren, daß wir die Selbstauflösung der kommunistischen Diktatur nach mehreren Jahren uneingeschränkter Herrschaft und gerade in dem Augenblick, da ihr Triumph vollendet sein wird, in Zweifel ziehen. Unterstellen wir, daß Bauer recht hat; unterstellen wir, daß die Sowjetdiktatur ihre Mission mit der Erreichung eines hohen Lebensstandards der werktätigen Massen für erfüllt halten wird; unterstellen wir, daß die bolschewistische Diktatur dann selbst mit dem Aufbau der Demokratie beginnen wird. Aber Bauers Fehler ist der, daß gar keine Gründe für die Annahme



vorliegen, daß jene Grundvoraussetzung der Selbstaufhebung der Diktatur unter Weiterführung der bisherigen Politik der Sowjetregierung niemals wird erfüllt sein können. Die von Bauer so grell und so erschütternd lebenswahr geschilderte gegenwärtige Lage der Sowjetunion zeigt, daß das Lebensniveau der Arbeiter- und Bauernmassen von Jahr zu Jahr sinkt, daß die Industrialisierung von den russischen Arbeitern, wie Bauer sagt, erhungert wird.\*) Und es gibt auch keine Anzeichen dafür, daß diese Lage der arbeitenden Massen sich bei Weiterführung der Politik des „sofortigen Sozialismus“ bessern könnte. Mehr noch: die Pläne, die die Kommunisten für das zweite Jahrfünft in Aussicht nehmen, müssen eine noch größere Enteignung des Volkseinkommens zu Industrialisierungszwecken, einen weiteren Druck auf die breiten Volksmassen mit sich bringen.

In den abgelaufenen zwei Jahren hat die Verstaatlichung nahezu die gesamte Volkswirtschaft der Sowjetunion erfaßt. Nicht minder wichtige und nicht minder entscheidende Faktoren, von denen der Sieg des Sozialismus abhängt, entwickeln sich aber daneben in einer Richtung, die dem Sozialismus gegensätzlich ist und ihn ausschließt. Die Diktatur verwandelt sich immer mehr in eine Diktatur nicht des Proletariats und nicht der Werktätigen, sondern eine Diktatur von Cliques und Würdenträgern. Das Band zwischen der Kommunistischen Partei und den Arbeitermassen lockert sich im Laufe des Planjahrfünfts in beschleunigtem Tempo. Um der illusorischen Verwirklichung des Sozialismus willen muß die Diktatur in wachsendem Maße Gewalt gegenüber den Arbeitern anwenden. Um der Entfaltung der Produktivkräfte willen scheut sie nicht davor zurück, die Arbeiterklasse zur physischen und geistigen Aus-

\*) Im Unrecht sind die, die das Streitproblem in die Ebene der Moral verlegen und Otto Bauer vorwerfen, daß er zweierlei Maß anwende, daß er die bolschewistischen Methoden für Europa verwerfe, für Rußland aber gutheiße. Weit gefehlt! Bauer übt sehr scharfe Kritik an den Methoden der Sowjetdiktatur auch in Rußland selbst, er entwirft ein durchaus lebensrechtes Bild der Not der russischen Massen und der Schreckensherrschaft der Diktatur. Aber wenn Bauer die besonderen Wege der Sowjetunion schildert, meint er, daß sie historisch geworden und damit unvermeidlich seien. Nicht deswegen lehnen wir Bauers Standpunkt ab, weil er etwa die Sowjetdiktatur „gutheiße“, was er in Wirklichkeit nicht tut, sondern wir lehnen seinen Standpunkt ab, weil er, ohne die Sowjetdiktatur gutzuheißen, doch damit rechnet, daß der Sozialismus in der Sowjetunion auf irgendeine Weise siegen könnte.

zehrung zu verurteilen. Die Intensivierung der Arbeit in den Betrieben wächst, die Leistungssätze steigern sich, die Arbeitszeit wird verlängert, die Löhne sinken. Die geringen Ansätze einer Betriebsdemokratie, die in den Jahren der NEP bestanden hatten, verwandeln sich einerseits in den Fanatismus kleiner Gruppen von Rekordarbeitern, andererseits in eine Zwangsausbeutung der Massen der Arbeiterschaft. Der Arbeiter, der sich früher für den Besitzer des Betriebes und den Herrn des Landes hielt, erkennt immer mehr das Illusorische seiner wirtschaftlichen Rechte und gerät immer mehr in die Lage eines bloßen Verkäufers seiner Arbeitskraft, der von den Launen der großen und kleinen Diktatoren abhängt. Die Sowjetbourgeoisie der NEP-Periode ist von der GPU in fleißiger Arbeit ausgerottet worden, aber im Schoße des Sowjet- und Parteiapparats verbirgt sich, fein säuberlich maskiert, die Schicht der regierenden Bürokratie, der jetzt auf allen möglichen krummen Wegen der dem Arbeiter vorenthaltene Mehrwert zufließt.

Noch vergänglicher, noch weniger wirksam ist die absolute Beseitigung der Privatwirtschaft auf dem flachen Lande. Die wirtschaftliche Ungleichheit ist jetzt verschleiert, und die ursprüngliche Akkumulation vollzieht sich auf dem flachen Lande insgeheim im Schleichhandel, in der illegalen Uebernahme von Aufträgen, in eindeutigen Schiebergeschäften. Aber gerade jetzt entsteht auf dem Lande, wie wir in dem Kapitel über die Kollektivisierung zeigten, jene produktionstechnische Basis, auf der später in rapidem Tempo eine ökonomisch starke Bauernwirtschaft sich entwickeln wird.

Der Schluß, den jeder ernste Beobachter der Sowjetwirklichkeit ziehen muß, ist: wachsende Isolierung der Staatsgewalt von den werktätigen Massen, fortschreitender Prozeß des sozialen Inhaltswandels der Staatsmacht. Die Bejahung der Möglichkeit eines sozialistischen Sieges im rückständigen Rußland ist stets eine Utopie gewesen. Aber das Utopische dieser Ansicht ist besonders anschaulich jetzt, da in der Sowjetunion von den Elementen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung außer der Verstaatlichung der Wirtschaft nichts mehr übrig geblieben ist. Gerade in den letzten Jahren ist die „Diktatur der Arbeiter und Bauern“ in ihrer Bekämpfung sogar einer „Demokratie für die Arbeiter“, sogar einer „innerparteilichen Demokratie“ zu einer Diktatur von Personen geworden, und die Vernichtung aller Schattierungen der linken und rechten Opposition innerhalb der Kommu-

nistischen Partei hat jedes selbständige Denken im Keime erstickt. Gerade in den letzten Jahren hat die Diktatur die breiten Arbeitermassen, die einzige Klasse, mit der sie noch verbunden war, zu einem Hungerdasein verurteilt, ihre Teilnahme an der Arbeit der Sowjets, der Gewerkschaften und aller anderen Organisationen liquidiert, sie von jedem Einfluß auf die politische Entwicklung ausgeschaltet und durch ihre ganze Politik das Vertrauen in die Lebensfähigkeit und Berechtigung des Regimes untergraben, das die Kommunisten verwirklichen und zu Unrecht Sozialismus nennen. Noch viel weniger als vor zwei oder drei Jahren liegt gegenwärtig ein Anlaß vor, an den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion zu glauben . . .

Einen großen Fehler begehen die sozialistischen Politiker, die auf diesem Gebiete irgendwelche Illusionen nähren. Wir teilen durchaus den richtigen Gedanken, daß die Sowjetunion als ein Land der Revolution gegenüber allen interventionistischen Versuchen, unter welchem humanem Aushängeschild sie auch auftreten mögen (Kampf gegen Religionsverfolgungen, gegen Zwangsarbeit, gegen Dumping), verteidigt werden muß; und wir sind ebenfalls der Meinung, daß der Sturz der Sowjetregierung angesichts der heutigen Lage Europas zu einem Erstarken der Reaktion und der kapitalistischen Offensive in der ganzen Welt führen muß. Aber diese auch von uns geteilte Ansicht bedarf keineswegs einer Verbindung mit der Illusion von einem werdenden Sozialismus in Rußland. Freilich: wenn die Repräsentanten der kapitalistischen Welt, ihre Lobredner und Sachwalter, die Sowjetunion als den ersten sozialistischen Staat hinstellen, werden sie ihrer Klassenaufgabe durchaus gerecht. Sie bereiten sich die Gelegenheit vor, den Mißerfolg des Sowjetexperiments eben als Mißerfolg des Sozialismus, als Beweis für die Lebensunfähigkeit einer solchen „persönlichkeitstötenden, grob materialistischen“ Ordnung zu feiern. Aber um so wichtiger ist es, daß die Position des wissenschaftlichen Sozialismus nicht auch noch von sozialistischer Seite verwischt wird, daß in den Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse keine verhängnisvollen Illusionen großgezogen werden. Die Sozialisten müssen den Arbeitermassen klarmachen, daß die Mißerfolge und schweren Entbehrungen, die die Sowjetunion durchmacht, nicht die Folge des sozialistischen Systems, sondern nur das Ergebnis des Versuchs einer gewaltsamen Verwirklichung des Sozialismus in

einem rückständigen Lande sind. Als ein Land der Revolution muß die Sowjetunion mit aller Entschiedenheit verteidigt werden. Aber das muß so geschehen, daß eine schwere Schädigung auch der internationalen Arbeiterbewegung im Falle des unvermeidlichen Scheiterns der utopischen Sowjetpolitik verhindert wird.\*)

Den Glauben an den Sieg des Sozialismus in Rußland halten wir für eine Utopie. Aber wir teilen auch nicht die Ansicht derer, die da behaupten, daß die russische Wirtschaft sich in der Richtung der vollen Wiederherstellung der privatkapitalistischen Produktion, in der Richtung der vollen Beseitigung der verstaatlichten Industrie entwickelt. Man muß sich Rechenschaft ablegen über die Wandlungen, die in den letzten Jahren in der Sowjetwirtschaft vor sich gegangen sind. In der NEP-Periode war am kompliziertesten und für die Volksmassen am schwersten zu tragen die Aufgabe des Wiederaufbaus und der erweiterten Reproduktion des Anlagekapitals der Industrie. Das Problem des Anlagekapitals ist jetzt, wenn auch mit Hilfe von Zwang und Gewalt, gelöst. Damals vollzog sich im Sowjetstaate eine gewisse Kapitalbildung, hauptsächlich in den Reihen der Bauernbevölkerung und der neuen Bourgeoisie, und die Forderung, daß diese Kreise unter Wiederzulassung eines privaten Unternehmertums zum wirtschaftlichen Aufbau herangezogen würden, war durchaus begründet. Jetzt ist die gesamte Bourgeoisie ruiniert, alle Ersparnisse der Bauern sind beschlagnahmt. Eine radikale Kapitalverlagerung hat sich vollzogen. Alle verfügbaren Mittel sind aus der Bevölkerung schon herausgepumpt, in das Anlagekapital der verstaatlichten Industrie schon eingegangen. Einer Forderung der Uebergabe dieses Vermögens an private Unternehmer käme jetzt eine ganz andere wirtschaftliche und soziale Bedeutung zu. Nunmehr handelt es sich um die wirtschaftlich zweckmäßige

\*) In den schwersten Jahren des Kriegskommunismus haben die russischen Revolutionäre, Kommunisten wie Sozialdemokraten, voller Hoffnungen auf das revolutionäre Deutschland und das revolutionäre Oesterreich geblickt. Sie hatten gehofft, daß ihnen vielleicht von dort die Hilfe der siegreichen Arbeiterklasse rechtzeitig zuteil werden würde. Heute erwarten manche Sozialdemokraten der von der Krise betroffenen europäischen Länder in ihrem Kampf um den Sozialismus eine Hilfe vom Sowjetstaat. Aber wenn die Hoffnungen der russischen Sozialisten, die grundsätzlich vollauf berechtigt waren, getrogen worden sind, wie utopisch muten da schon bei ihrer Entstehung jene Hoffnungen europäischer Sozialisten an!

Verwendung bereits erzeugten Anlagekapitals, das die Werktätigen mit Schweiß und Blut zusammengetragen haben. Endlich gibt es in der Sowjetunion auch keine privaten Unternehmer mehr mit einem Kapital, das ihnen eine wirtschaftliche Leitung großindustrieller Betriebe ermöglichen würde. Gewiß werden, wenn entsprechende Vorbedingungen da sind, private Kapitalien von neuem gebildet und konzentriert werden, aber vorläufig sind sie in nennenswertem Umfang noch nicht da. Auch ausländische Kapitalisten werden sich (sei es direkt, sei es durch russische Strohänner) nicht so bald zur Investierung ausreichenden Kapitals in einem „Lande der unbegrenzten Möglichkeiten“, in einem Lande, das ohne Kapitalisten auszukommen versucht hat, entschließen. All dies zwingt uns, das Problem der Entstaatlichung jetzt etwas anders zu sehen als vor zwei Jahren.

Welches Regime den Bolschewismus auch immer ablösen möge, — wir glauben, daß keine Staatsmacht gewillt sein wird, auf die Staatswirtschaft, die dem Staate eine solche Machtfülle verleiht, ganz zu verzichten. Das würde auch aus den oben angeführten Gründen nicht möglich sein. Andererseits würde keine Staatsmacht in der Lage sein, alle Industriebetriebe, die sich heute in der Hand des Staates befinden, rationell zu leiten und die Volksmassen erneut mit drückenden Steuern zu belasten, um die **gesamte** verstaatlichte Wirtschaft auch fürderhin finanzieren zu können. Dadurch und schließlich auch durch den Druck der besitzenden Gesellschaftsschichten würde jede Staatsmacht, die das gegenwärtige Regime ablösen sollte (ebenso wie auch die Sowjetregierung, falls sie sich zum Rückzug, zu einer Systemänderung entschliesse), gezwungen sein, die Entstaatlichung der heutigen verstaatlichten Wirtschaft in gewissem Umfang durchzuführen und privates Industrieunternehmertum von neuem zuzulassen. Aber der soziale Inhalt sowohl der Verstaatlichung als auch des dann noch verbleibenden Staatskapitalismus würde je nach der politischen Struktur des künftigen Regimes verschieden sein.

Würde der Bolschewismus von einem reaktionären Regime abgelöst, so wäre die Entstaatlichung nur der **Schlußakt** der Tragödie der **Auspöderung der Volksmassen**, die in der Periode der Ueberindustrialisierung begonnen hat. Das von den Massen zusammengetragene und ihnen fortgenommene Vermögen würde in die Hände der gegnerischen Klasse, der Privatkapitalisten, geraten. Aber auch die in den Händen eines reaktionären Staates

verbleibenden Betriebe würden nur der Festigung einer Staatsmacht dienen, die die Arbeiterklasse unterdrückt. Wenn aber der Bolschewismus von einer demokratischen Staatsordnung abgelöst würde oder wenn die Sowjetregierung unter dem Druck der Unzufriedenheit des Proletariats den Weg der Demokratisierung beschritte, wäre eine weitgehende Erhaltung der Staatswirtschaft von erstrangiger positiver Bedeutung unter dem Gesichtswinkel der Interessen der breiten Massen und in erster Linie der Arbeiter. Die Arbeiterklasse würde dann mit allen Mitteln danach streben müssen, daß **nur** die Betriebe entstaatlicht würden, die der Staat nicht gesellschaftlich zweckmäßig leiten und der Privatwirtschaft gegenüber nicht konkurrenzfähig erhalten könnte. Die Entstaatlichung müßte dann nur im Rahmen des unbedingt Notwendigen vorgenommen werden dürfen. Eine solche Politik würde sich der Arbeiterklasse schon um deswillen aufdrängen, weil sie ein Interesse an der pfleglichen Verwaltung bereits mobilisierten Volksvermögens hat, eine Klasse von Mehrwertbeziehern weder künstlich schaffen noch festigen will und andererseits bestrebt sein muß, dem demokratischen Staate in seiner Politik der Hebung des Massenwohlstandes und der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung die nötige Unabhängigkeit zu sichern.

Das Rußland der Zukunft wird nach unserem Dafürhalten, solange nicht in den hochentwickelten Industrieländern der Sozialismus triumphiert hat, durch eine **starke Entfaltung des Staatskapitalismus** gekennzeichnet sein. Die langjährige Vorherrschaft des Sowjetwirtschaftssystems wird auch an der Gesellschaftsordnung, die das Sowjetregime ablösen sollte, nicht spurlos vorübergehen.

Was das Sowjetdorf betrifft, so genügt die Durchbrechung der heutigen Zwangsmethoden der Kollektivierung, damit der landwirtschaftliche Privatbetrieb erneut den Sieg davontrage. Genossenschaften würden nur auf der Basis der Freiwilligkeit bestehen bleiben können. Und die Aufgabe eines demokratischen Staatswesens wäre es dann, den armen und der Proletarisierung verfallenden Schichten des künftigen russischen Dorfes zu Hilfe zu kommen.

Im Hinblick auf das Thema dieses Buches haben wir uns hauptsächlich auf wirtschaftliche und soziale Probleme beschränkt. Wir haben gezeigt, welche wirtschaftlichen und sozialen Prozesse sich in der Sowjet-

union in den letzten Jahren vollzogen haben; wir haben gezeigt, wie in Industrie und Landwirtschaft die Entfaltung der Produktivkräfte, wenn auch allzu teuer und mit Qualen und Entbehrungen erkauft, vor sich geht; wir haben die Sackgasse gezeigt, in die die gewaltsame Verwirklichung der Ueberindustrialisierung und Kollektivisierung bereits eingemündet ist, und die schweren Erschütterungen angedeutet, die unvermeidlich noch bevorstehen. Wir haben darauf hingewiesen, wie die heutige Diktatur in eine immer größere Isolierung hineingerät, indem sie Bauerntum und Proletariat, die entscheidenden Gesellschaftsklassen des Landes, gegen sich aufbringt. In irgendeinem Stadium muß die heutige Sowjetpolitik einmal revidiert werden. Wann und wie die Diktatur überwunden werden wird, wissen wir nicht. Aber so große Bedeutung wir den ökonomischen Faktoren beimessen, glauben wir doch, daß diese Ueberwindung sich nicht einfach aus irgendeinem ökonomischen Krach ergeben, sondern auf den Wegen der Politik, auf den Wegen des Anwachsens der Unzufriedenheit der Massen erfolgen wird, die die Diktatur entweder stürzen oder, was wahrscheinlicher, zum Rückzug, zum Verzicht auf das Diktaturregime und den sozialen und wirtschaftlichen Utopismus zwingen werden.

Die Erforschung der Sowjetwirtschaft läßt uns nicht allein Wesen und Entwicklungsaussichten des Wirtschaftssystems der Sowjetunion verstehen. Sie erklärt uns auch, welches die Kräfte sind, auf die sich das Sowjetregime bislang stützen kann, und warum anderseits die utopische Sowjetpolitik schicksalhaft zum Mißerfolg verurteilt ist.

\* \* \*

Während der Drucklegung dieses Buches brachten die Zeitungen die Meldung über die neue Schwenkung der Sowjetpolitik, die Stalin auf der Konferenz der Wirtschaftler proklamiert hat. („Prawda“ vom 5. Juli 1931.)

Diese neue Erklärung Stalins ist in manchen Presseorganen als Zeichen eines radikalen Kurswechsels, als Ankündigung einer neuen NEP verstanden worden. Zu so weitgehenden Schlüssen liegt jedoch kein Anlaß vor. Zum mindesten kann man sagen, daß die Proklamierung eines Kurswechsels nicht in der Absicht Stalins gelegen hat. Seine Rede bedeutet nicht die Preisgabe der Politik der „Generallinie“, sondern sie enthält nur Befehle des Diktators über einige Aenderungen im Rahmen der Generallinie.

In unserer Darstellung haben wir die Ursachen, die zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten der Sowjetregierung geführt haben, bloßgelegt, und wir haben auch wiederholt auf die Tendenzen hingewiesen, die ihre verspätete Anerkennung in der jüngsten Rede des Generalsekretärs der KP.d.SU. finden.

Die Methoden der Zwangswerbung von Arbeitern für die Industrie auf dem flachen Lande, die Bindung der Arbeiter an die Betriebe, die Intensivierung der Arbeitsleistung, die Differenzierung der Löhne, uneingeschränkte Anwendung des Akkordsystems, einheitliche Befehlsgewalt des Direktors im Betriebe, Verkleinerung der Trusts, Sparsamkeitsanweisungen („Rubelkontrolle“): alle diese „neuen Methoden“, wie sie jetzt von Stalin proklamiert werden, sind schon seit vielen Monaten in der Praxis der Sowjetwirtschaft zu Hause. Neue Wege hat Stalin nicht gewiesen. Aber seine Rede wird sicherlich große Bedeutung haben, weil sie diesen Methoden die kommunistische Weihe verleiht, weil der „Stellvertreter Lenins“ in einer jeden Widerspruch ausschließenden Weise jene Kommunisten zurechtweist, die bislang noch wagten, die angeführten Maßnahmen als unsozialistisch oder arbeiterfeindlich zu kritisieren.

Geringere praktische Bedeutung kommt Stalins neuem Versuche zu, mit loyalen Fachleuten „Frieden zu schließen“. Bei dem ersten besten wirtschaftlichen Mißerfolg wird die Regierung von neuem Schuldige suchen und sie wird sie in Gestalt jener finden, die im Sowjetstaat am rechtlosesten sind: der Fachleute, der Intellektuellen. Mehr als einmal ist es so gewesen. Kurz nach dem Schachty-Prozeß hatten Kujbyschew und Ordshonikidse den Fachleuten „Frieden“ versprochen, und wenige Monate später folgte die Inszenierung der Prozesse Ramsin und Groman.

Sehr bezeichnend ist aber Stalins Eingeständnis, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der Stadt nur darauf zurückgeführt werden könne, daß die Arbeitermassen aus der hungernden Stadt aufs Land gezogen wären, daß die „ununterbrochene Arbeitswoche“ in vielen Betrieben nur auf dem Papier stehe, daß das System des „sozialistischen Wettbewerbs“ und der „Stoßbrigaden“ nicht den erwarteten wirtschaftlichen Nutzen erbringe und daß schließlich die Sowjetunion ohne kapitalistische Methoden der Wirtschaftsführung nicht auskommen könne.

Mit alledem liefert die Rede des Diktators den Beweis dafür, daß die Politik der Generallinie das Land in eine Sackgasse getrieben hat. Und es dünkt uns, als könnte Stalin ein großes Verdienst für sich buchen, indem seine Rede so manchem die Urteilsbildung darüber erleichtert, wohin denn nun eigentlich die Sowjetunion steuert: ob zum Sozialismus oder, wie wir in diesem Buche nachzuweisen versuchten, zu einem eigenartigen Kapitalismus mit starkem Uebergewicht der Staatswirtschaft.

Stalins neue Richtlinien müssen zu einer neuerlichen Verschärfung des Druckes auf die Arbeiter, zu einer weiteren Verstärkung der Position der Betriebsleitungen führen, die sich in der Hauptsache aus Kommunisten und „ehrlichen“ Verwaltungsbeamten proletarischer Herkunft zusammensetzen; die Arbeiter bleiben nach wie vor entmachtet, einer unabhängigen gewerkschaftlichen Organisation beraubt. Damit wird eine neue, sehr bedeutsame Etappe im sozialen Inhaltswandel des Sowjetstaates, im Prozeß der Herausbildung neuer herrschender Schichten zurückgelegt.

Die Versuche, mit Hilfe einer besonders „geschickten“ Politik in wechselnder Folge von Angriff und Rückzug das entscheidende Problem des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs des Landes zu lösen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Lösung des Problems hat zur Voraussetzung den radikalen Verzicht auf das Diktaturregime, den Abbau der utopischen Wirtschaftspolitik und eine wirkliche Verständigung zwischen Arbeiterklasse und Bauerntum.

## Theodor Dan: Wohin steuert die „Generallinie“?

In seinem bekannten Buche über „Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme“ (Verlag Kaden & Comp., Dresden 1929) hat Jugow die Bilanz der sogenannten „neuen ökonomischen Politik“, der NEP, gezogen. Er stellte fest, daß alle Möglichkeiten einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen der NEP erschöpft wären, die Sowjetwirtschaft in eine Sackgasse geraten wäre und infolgedessen die ganze Politik der bolschewistischen Diktatur wiederum, wie es schon einmal, in den Jahren 1920—1921, beim Zusammenbruch des „Kriegskommunismus“ der Fall gewesen, am Scheidewege stände.

Die ganze weitere Entwicklung hat schlagende Beweise für die Richtigkeit der Jugowschen Analyse gebracht. Den Ausweg aus der wirtschaftlichen Sackgasse hat aber die bolschewistische Diktatur nicht in der von Jugow mit Recht als den Interessen der Revolution und der arbeitenden Massen allein entsprechend empfohlenen Richtung der „Liquidierung des überholten Regimes der Diktatur, der Demokratisierung des politischen Systems und einer radikalen Aenderung der utopischen Wirtschaftspolitik“ gesucht. Wie das am Ausgang großer Revolutionen so oft geschieht, siegte der Selbsterhaltungstrieb einer aus der Revolution selbst hervorgegangenen diktatorischen Gewalt über alle anderen Erwägungen. Unwillig, ihren eigenen Sündenfall zuerst vor sich selber durch „Ausnahmemassregeln“ verdeckend, aber unaufhaltsam glitt die Diktatur auf die Bahnen der sogenannten „Generallinie“ ab, deren Gefahren und katastrophale Folgen niemand vordem so treffend gekennzeichnet hat wie gerade die jetzigen Machthaber Stalin und Molotov in ihrem Kampf gegen den „linken“ Trotzismus. Und es ist keineswegs die Ueberzeugung von der Richtigkeit der „Generallinie“, keineswegs das Bewußtsein eigener Stärke, sondern die Angst, die sie zwingt, immer waghalsigere und wahnsinnigere „Tempi“ zu fordern, um ihr Regime möglichst rasch durch die Gefahrenzone hindurchzuputschen.

In seiner neuen Schrift schildert nun Jugow notgedrungen knapp, aber überzeugend und auf ein reichhaltiges Tatsachen- und Ziffernmaterial sich stützend, die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen der „Generallinie“ und deren soziale Auswirkungen. Die Diktatur hat sich einstweilen nach der Sprengung der NEP in die neue Periode hinübergerettet. Aber die wirtschaftliche Sackgasse bleibt. Gewiß stirbt der soziale Riesenorganismus, ebensowenig wie das in der Zeit des „Kriegskommunismus“ und später der NEP der Fall gewesen, auch im Rahmen der „Generallinie“ nicht einfach ab, das revolutionäre Land verwandelt sich nicht in einen „Friedhof“. Unter dem grausamen und blutigen Schild der „Generallinie“ geht der Prozeß der nachrevolutionären Wandlung der wirtschaftlichen Struktur des Landes vor sich.

Auf ihm fußend, vollzieht sich aber gleichzeitig auch der Prozeß der tiefgreifenden Wandlung seiner sozialen Struktur. Und gerade die Außerachtlassung dieses sozialen Prozesses trägt am meisten dazu bei, einen so hervorragenden Sozialisten wie Otto Bauer, mit dem die russische Sozialdemokratie sonst am vollkommensten in der allgemeinen Einstellung zur bolschewistischen Diktatur als dem geschichtlichen Werkzeug einer bäuerlichen, vom Proletariat geführten Revolution übereinstimmt, zu Trugschlüssen und Illusionen zu verleiten, die weniger für die russische Sozialdemokratie verhängnisvoll sind, deren geschichtliche Zukunft fest in der tatsächlichen Entwicklung des revolutionären Landes und ihrer Arbeiterklasse fundiert ist, als für die internationale sozialistische Arbeiterbewegung, die sie zudem in den Zeiten der schrecklichen und entmutigenden Wirtschaftskrise auf gefährliche Irrwege führen können.

Bauer will hoffen, daß den mageren Jahren des ersten „Fünfjahresplanes“, der sich vor allem die Entwicklung der Produktion der Produktionsmittel zum Ziele setzt, die fetten des zweiten und der nächstfolgenden folgen werden, in denen der Schwerpunkt in die Produktion der Konsumgüter verlegt werden wird. Dadurch würden die Bedürfnisse der arbeitenden Massen in steigendem Maße befriedigt werden können, ihre Unzufriedenheit und damit auch jeder Grund für terroristische Gewaltmaßnahmen der Regierung werden verschwinden und die Sowjetmacht vom Regime der Diktatur zum Regime der Demokratie freiwillig übergehen können: die staatskapitalistische Gesellschaftsordnung der Diktatur werde sich automatisch in eine sozialistische Ge-

sellschaft der sich demokratisch selbstverwaltenden Massen verwandeln.

Jugow hat gezeigt, daß Bauers Hoffnungen sich, auch vom rein ökonomischen Standpunkte aus gesehen, als trügerisch erweisen: die tatsächliche Entwicklung schafft das gerade Gegenteil der wirtschaftlichen Voraussetzungen, auf die Bauer seine Erwartungen aufbaut. Womöglich noch trostloser steht es aber mit den sozialen und politischen Voraussetzungen, die doch in Rußland, wie überall in der Welt, unmittelbar die sozialen Schicksale des Landes (in der Bauerschen Hypothese also den Uebergang von der staatskapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft) bestimmen.

Die Jahre der NEP waren durch den Prozeß des zunehmenden „Verwachsens“ auch der bürgerlichen Schichten der nachrevolutionären Gesellschaft mit dem bolschewistischen Regime charakterisiert. Die „Intelligenz“, die Bauernschaft, ja, die neue Bourgeoisie (die „NEP-Leute“) selbst wurden „sowjetfreundlich“, freilich nur soweit sie die Sowjetmacht ihren Interessen dienstbar zu machen hofften und soweit diese Macht selbst den Prozeß der „thermidorianischen Entartung“ durchmachte. Man „bereicherte“ sich gern, insoweit die „Bereicherung“ zu einer der heiligsten Pflichten des Sowjetbürgers erklärt wurde, man sträubte sich aber ganz entschieden dagegen, daß die Früchte dieser „Bereicherung“ durch prohibitive Steuern konfisziert oder durch die „Preisschere“ zugunsten des „sozialistischen Wirtschaftssektors“ enteignet werden sollten. An diesem Gegensatz platzte gerade der Rahmen der NEP auseinander. Weder konnten die Bolschewisten, die diktatorische Staatsform beibehaltend, dem aufstrebenden ländlichen und städtischen Bürgertum feste rechtlich-politische Garantien gewähren, die Diktatur somit ihres revolutionär-terroristischen Charakters entkleiden und sie in eine „bonapartistische“ Diktatur der Besitzenden verwandeln, noch wollten sie durch allmähliche Demokratisierung des Regimes den Weg der demokratischen Selbstliquidierung der Diktatur beschreiten und auf diese Weise die in der gegebenen internationalen Umgebung unvermeidlich gewordene kapitalistische Wirtschaftsentwicklung in den Formen ermöglichen, die im höchsten geschichtlich möglichen Maße die Interessen der Arbeitenden hätten sichern können. Ohne die Grundlagen der kapitalistischen, wenn auch staatskapitalistischen Wirtschaft beseitigen und zum unverfälschten „Kriegs-

kommunismus“ zurückkehren zu können, gingen sie zur „Generallinie“, zur physischen Vernichtung der „neuen Bourgeoisie“ und zur Vergewaltigung der Bauern über, waren aber dabei gezwungen, alle Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der kapitalistischen Ausbeutungsmethoden sozusagen ins Innere ihrer eigenen Diktatur aufzusaugen.

Ueber die verhängnisvollen wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Wandlung berichtet die Jugowsche Schrift mit aller Deutlichkeit. Nicht minder verhängnisvoll haben sich aber auch die sozialen und politischen Ergebnisse erwiesen. Ein sich immer mehr vertiefender Riß trennt die aus der Revolution hervorgegangene diktatorische Macht von allen Klassen der nachrevolutionären Gesellschaft. Die „Intelligenz“, in ihren Erwartungen einer freiheitlicheren Entwicklung bitter getäuscht, wendet sich wieder von der Sowjetmacht ab und kann nur unter dem schwersten Druck, gegen die eigene Ueberzeugung, an den „Plänen“ mitarbeiten, deren Sinnlosigkeit und Verderblichkeit ihr klar ist, mit jenem inneren Widerwillen, den die Bolschewisten ihr als „Schädlingtum“ zur Last legen. Die Ueberreste der „neuen Bourgeoisie“ suchen sich als ultra-loyale „Stalinisten“ in den Poren des Sowjetapparates zu retten und verbergen ihre Ersparnisse, in Gold, Devisen oder Brillanten umgewandelt, bis zu den „besseren Zeiten“. Die Bauern, ihrer Empörung von Zeit zu Zeit in hoffnungslosen Aufständen und in Akten des Agrarerrors Luft gebend, fangen an, einen dumpfen Haß gegen die Revolution zu hegen, die ihnen das Land raubt, das sie ihnen vor 14 Jahren gegeben hat. Hunderttausende von „Kulaken“ verrecken bei der Zwangsarbeit im weiten Norden und in Sibirien. Millionen „Mittelbauern“, in die Kolchosen hineingezwängt, üben auf Schritt und Tritt passiven Widerstand und träumen von einem „Wunder“, vielleicht einem Krieg, der ihnen die verlorene wirtschaftliche Freiheit zurückgeben würde. Die Arbeiter, durch heroische Anstrengungen der langen Revolutionsjahre erschöpft, unter stärksten Druck gesetzt und dem Elend und Hunger preisgegeben, werden entmutigt, verlieren mit dem Glauben an die bolschewistischen Utopien auch den Glauben an die Ideale, die sie einst besessen hatten, und harren passiv aus in der Erwartung „irgendeiner“ Wandlung, die ihre trostlose Lage verändern würde. Und über alledem thront der „Apparat“ der Diktatur, der zu einer privilegierten

Kaste verknöchert, durch Selbsterhaltungstrieb und Angst an den „Führer“ festgebunden, aber auch bereit ist, im Augenblick der Gefahr diesen „Führer“ zugunsten eines anderen, glücklicheren zu verraten; der „Apparat“, der der Demokratie haßerfüllt gegenübersteht und sich den unter sein Kommando gestellten Massen immer mehr entfremdet, dabei aber mit ihnen an der für jede Diktatur am meisten verwundbaren Stelle, in der Armee, verbunden ist und durch sie ihre Stimmungen in sich aufsaugt.

Die Geschichte lehrt uns zur Genüge, wovon die Situation erfüllt ist, wenn am Ausgang einer großen Revolution alle Klassen der nachrevolutionären Gesellschaft von einer „Veränderung“ träumen, die ihnen Ruhe und Wohlstand bringen soll, und keine in sich die innere Kraft fühlt, diese ersehnte „Veränderung“ zu erkämpfen, so daß die Schicksalswürfel der Revolution nur im engen Kreise des abgesonderten „Apparates“ geworfen werden! Nicht zu den sonnenbestrahlten Höhen des Sozialismus, sondern in finstere Abgründe der Konterrevolution führen die Wege der „Generallinie“. Und die Rettung aus dieser Gefahr kann nicht durch die passive Duldung dieser Linie „erhungert“ werden, da sie selbst doch täglich und stündlich diese Gefahr heraufbeschwört! Die Rettung der Revolution kann nur erkämpft werden!

Es ist zur Genüge bekannt, warum die russische Sozialdemokratie nicht nur alle Arten einer wirtschaftlichen oder bewaffneten Intervention der ausländischen Bourgeoisie, sondern in den gegebenen geschichtlichen Verhältnissen auch alle Versuche einer gewaltsamen Niederwerfung der bolschewistischen Diktatur entschieden bekämpft. Die einzige Möglichkeit der Rettung der Revolution und der Sicherung der Interessen der arbeitenden Massen sieht sie in der allmählichen Auflösung des Sowjetregimes unter dem Druck des organisierten Kampfes der Arbeiterklasse und in einer Politik dieser Klasse, die sie zur Verfechterin der wirtschaftlichen Forderungen der Bauernschaft macht und damit die Bauern an die Revolution und das Proletariat bindet, den „Bund der Arbeiter und Bauern“ wiederherstellt, den die Bolschewisten in bitteren Hohn verwandelt haben.

Dieser Kampf der Arbeiter um die Demokratisierung des Regimes ist jetzt viel schwerer geworden, als er im Jahre 1921, bei der Liquidierung des „Kriegskommunis-



mus“, und sogar in den Jahren 1927/28, beim Absterben der NEP, war. Und er wird mit jedem Jahre immer schwerer, weil das Verhältnis der sozialen Kräfte immer ungünstiger für die Arbeiterklasse sich gestaltet und weil die „Generallinie“ **Tatsachen** schafft, mit denen auch das demokratisierte Rußland sich abzufinden und auf denen die Arbeiterklasse zu bauen haben wird, soll das schon ausgegebene Gold und das schon vergossene Menschenblut nicht wirklich ganz ergebnis- und nutzlos vergeudet worden sein. Die Zukunft der errichteten industriellen „Giganten“; das Problem der Heranziehung des ausländischen Kapitals unter Vermeidung einer kolonialen Versklavung des Landes; das Schicksal der exproprierten und verbannten „Kulaken“, deren Hab und Gut und Grund und Boden in andere Hände übergeführt worden sind; die komplizierte Frage der Liquidierung der Zwangskolchosen und der Sicherung der wirtschaftlichen Freiheit für die Bauern bei gleichzeitiger Förderung der freiwilligen Bauerngenossenschaften, die erst die volle Ausnutzung der landwirtschaftlichen Maschinen und der höheren landwirtschaftlichen Technik ermöglichen können, — dies und anderes mehr sind **soziale und ökonomische Probleme**, die das demokratisierte Rußland zu lösen haben wird und die den Kampf der Arbeiterklasse um die Demokratie keineswegs zum Kampfe um die **rein politische** Form des Staates gestalten.

Dieser Kampf ist ungemein schwer. Das größte Hindernis ist aber dabei die politische Passivität der erschöpften Arbeiterklasse, die durch die Illusion eines Sozialismus, der „erduldet“ und „erhungert“ werden könne, nur verstärkt wird. Alle Bemühungen der russischen Sozialdemokratie sind darauf gerichtet, die Arbeiterklasse zur **politischen Aktivität** zu erwecken. Und diese Bemühungen müssen von dem gesamten internationalen Sozialismus unterstützt werden. Denn die politische Aktivität der russischen Arbeiterklasse ist heute mehr denn je das einzige Mittel, den Triumph der Konterrevolution abzuwenden, der zum schwersten Schläge für das russische wie für das gesamte Weltproletariat werden würde.